

Politische Berichte



Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260226, 50150 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 0221/211658 Fax: 0221/215373

Nummer 23 / 16. Jahrgang

17. November 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Deregulierung beim Ladenschluß zerstört jeden Feierabend!

**Regierungskoalition will Verkaufszeiten bis 20 Uhr abends
/ HBV und DAG kündigen heftigen Widerstand an**

Deregulierung beim Ladenschluß zerstört jeden Feierabend

In einem PDS-Dossier wird die „sogenannte Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten“ als „Eckstein in der neokonservativen Deregulierungsoffensive“ bezeichnet, „mit dessen Beseitigung noch ganz andere Gebäude zum Einsturz gebracht werden sollen, als nur das Gerüst des Ladenschlußgesetzes“.

Schließen abends die Geschäfte, so kehrt langsam „Ruhe“ ein, für die Bewohner von Städten und Vororten zu merken am Abklingen des Verkehrslärms. Es sind in gewisser Weise allgemeingültige Ruhezeiten, laut Ladenschlußgesetz: Mo., Di., Mi. und Fr. zwischen 18.30 Uhr und 7 Uhr, Sa. ab 14 Uhr, am langen Sa. ab 18 Uhr, am Donnerstag ab 20.30 Uhr (Gesetz über den Dienstleistungsabend); als „Ausgleich“ an „langen Samstagen“ von April bis September ab 16 Uhr. Zusätzlich gibt es 14 Paragraphen mit Ausnahmeregelungen, die sehr großzügig genutzt und genehmigt werden.

Das Ifo-Gutachten empfiehlt mögliche Öffnungszeiten Montags bis Freitags von 6 Uhr bis 22 Uhr, Samstags von 6 Uhr bis 18 Uhr, Einführung von Nacht- lizenzen. Die Regierungskoalition versucht es jetzt erstmal bis 20 Uhr und Samstags bis 16 / 18 Uhr. Solche Öffnungszeiten würden den Boden bereiten für die Beseitigung weiterer Ar-

beitszeitgrenzen. So ist schon in der Debatte die Samstagsarbeit als Regelarbeitszeit und Arbeitszeitkonten bis „unendlich“ bei Metall; bei Bau wurde im Sommer die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt (siehe PB 22/95). Von immer mehr Betrieben wird die 7-Tage-Schicht-Woche beantragt, sogar von Neckermann im Handelsbereich.

Passend zum Deregulierungskonzept: die Kürzungen bei Arbeitslosengeld-/hilfe und Sozialhilfe, sie lassen betroffenen Menschen wenig Wahl, solche schlechten Arbeitszeiten abzulehnen. Selbst das Ifo-Gutachten stellt fest: „Mit einer Liberalisierung der Ladenschlußzeiten sehen sich die Beschäftigten im Einzelhandel in einem verstärkten Wettbewerb mit Arbeitskräften außerhalb des Einzelhandels, die eher bereit sind, die ungünstigen Arbeitszeiten zu akzeptieren. Dies wird die Möglichkeit begrenzen, ähnlich hohe Lohnzuschläge wie beim Dienstleistungsabend am Donnerstag durchzusetzen.“ (50% für Arbeitszeit nach 18.30 Uhr)

Das nächste stürzende Gebäude ist das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und die Tarifautonomie: Der Vorstandsvorsitzende der Douglas Holding und Vorsitzende im DIHT-Handelsausschuß, Kreke, fordert lauthals: „Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, um den Einfluß der Betriebsräte auf die Arbeitszeit auszuschalten. Denn zur Zeit ist das Arbeitszeitende (18.30 Uhr)

in Betriebsvereinbarungen festgelegt – in Manteltarifverträgen ist in einer Protokollnotiz festgehalten, daß solche Vereinbarungen zu schließen sind.

Wie stark die Front der Beschäftigten ist, wird sich zeigen, wenn die Gewerkschaften HBV und DAG zu Aktionen aufrufen. Im nächsten Jahr laufen die Manteltarifverträge aus, dort wird dann um die Lage der Arbeitszeit und um Zuschläge für unsoziale Arbeitszeiten gestritten werden müssen. Vor fünf Jahren wurde gegen den Dienstleistungsabend gestreikt und er kam trotzdem. Diese Niederlage hat Resignation hinterlassen, und es gibt unter den Kollegen doch starke Zweifel, daß das Ladenschlußgesetz und die bisherigen Öffnungszeiten gehalten werden können. Argumente für den Erhalt gibt es viele, und betroffen sind nicht nur Einzelhandelsbeschäftigte. In Schleswig-Holstein versucht die HBV jetzt, einen Runden Tisch herzustellen mit Sportverband, Kirche, Volkshochschulverein und ähnlichen, um den „Feierabend“ zu retten. Nötig wäre, daß sich auch die IG-Metall und andere Gewerkschaften entschließen, Arbeitszeitgrenzen zu erhalten und die Einzelhandelsbeschäftigten so zu unterstützen. (brg)

Literaturhinweise: „Streit um Ladenschlußzeit“, Dossier 3-95 der PDS Bundestagsgruppe Bereich III, Bundeshaus 53113 Bonn. „arbeiten und leben im Einzelhandel/ Deregulierung und Ladenschluß“, HBV, Kanzlerstr. 8, 40472 Düsseldorf.



Kurdistan-Demonstration in Köln von Polizei verboten

Weil sich an der von etwa 100 deutschen Kurdistan-Solidaritätsgruppen, deutsch-kurdischen Freundchaftsvereinen, Antifa-Gruppen, BUKO, medico, PDS u. a. vorbereiteten Demonstration „Für eine politische Lösung in Kurdistan“ am 18. November in Köln (wir berichteten) angeblich auch Kurdinnen und Kurden beteiligten wollten und deshalb mit Straftaten zu rechnen sei, hat die Kölner Polizei diese Demonstration am 10. November verboten. In der Presse verbreitete die Polizei sogar die absurde Legende, etwa 15.000 Kurdinnen und Kurden wollten in Köln demonstrieren, PKK-Generalsekretär Öcalan habe aus Syrien die Demonstration „angeordnet“.

medico international, die Bonner „Informationsstelle Kurdistan“ und andere Veranstalter kritisierten das Verbot der Demonstration, zu der 3.000 bis 5.000 Personen, vorwiegend Deutsche, erwartet wurden. Das Verbot untergrabe Grundrechte.

Die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke, die die Demonstration angemeldet hat, erklärte, nach der Aufhebung elementarer politischer Rechte für die kurdische Exilbevölkerung in der BRD durch das sogenannte „PKK-Verbot“ von 1993 solle nun offenbar auch der Protest gegen die staatliche Kurdenverfolgung, gegen die Waffenlieferungen in die Türkei, und die Solidarität aus der deutschen Bevölkerung mit dem Emanzipationskampf der kurdischen Bevölkerung verboten werden. „Dieses Vorgehen belegt erneut das unbeirrte Festhalten der bundesdeutschen Behörden an einer Gesinnungspolitik, die auf das martialische Durchsetzungsvermögen der Polizei baut, anstatt zu versuchen, durch einen politischen Dialog zu einer friedlichen Lösung in Kurdistan beizutragen.“

Die Veranstalter haben Klage gegen das Verbot eingelegt, über die in den nächsten Tagen vor Gericht entschieden wird. (rül)

Letzte Meldung:

Kurdenverfolgung neuerlich verschärft

Der CDU-Innensenator des Landes Bremen, Ralf Bortscheler, hat am 14.11.1995 den „Kurdisch-Deutschen Verein für Völkerfreundschaft – Hevalti“ verboten.

Sechs Tage vorher hatte das Polizeipräsidium in Hannover einen Kongreß des kurdischen Frauenverbandes TAJK verboten.

Die neue Repressionswelle erfaßt bedenkenlos elementare Lebensäußerungen der kurdischen Bevölkerungsgruppe in der BRD.

Der Bremer Senator Bortscheler nennt stumpfsinnig, brutal und ohne Achtung vor den Menschenrechten Hevalti eine „klassische Tarnorganisation“ der verbotenen PKK: „Hevalti ist eine Volkstanzgruppe zur Förderung der PKK“ (maf)



Zwischen 1.000 und 2.000 Personen beteiligten sich am 4. November in Bonn an der bundesweiten Demonstration der Sozialhilfeinitiativen und anderer Verbände gegen die geplanten Sozialhilfekürzungen (Bilddokument aus: ND). Mitglieder von Arbeitsloseninitiativen aus Berlin, Schwerin, Erfurt, Bremen, Wilhelmshaven u. a. beteiligten sich an der Demonstration. Auf Plakaten stand: Wir wollen keine Geschenke und schon gar nicht Almosen – wir wollen Arbeit. Die Veranstalter wollen sich jetzt darum bemühen, die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen durch Druck auf die Länderregierungen im Bundesrat zu stoppen. – (rül)

Zwei-Klassen-Armut

Andrea Fischer über die geplante Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes

Hauptanliegen des Entwurfs ist die Ausdehnung des Personenkreises, der abgesenkte Sozialhilfe in Sachleistungen erhält. Die dadurch erwarteten Ersparnisse sollen die Kommunen für den Ausgabenanstieg „entschädigen“, der durch die im selben Gesetzentwurf vorgesehene Abschaffung der „originären Arbeitslosenhilfe“ sowie den Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der unentgeltlichen Beförderung von Schwerbehinderten im öffentlichen Nahverkehr entsteht. Mit der Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe sollen 800 Mio. DM im Bundeshaushalt gespart werden. Die Bundesregierung rechnet mit einer entsprechenden Erhöhung der Sozialhilfekosten bei den Kommunen in Höhe von zwei Dritteln dieses Betrages. Die Kosten für die Beförderung von Schwerbehinderten sollen in Höhe von 230 Mio. DM im Jahr vom Bund auf die Länder verlagert werden.

So werden Flüchtlinge gegen Arbeitslose und Behinderte ausgespielt - eine Umverteilung unter den Schwächsten der Gesellschaft. Flüchtlinge werden damit zu einer Manövriermasse für die sozialpolitischen Umbaupläne der Bundesregierung.

Die jetzt vorgesehene dauerhafte Absenkung der Sozialhilfeleistungen auf weitere Gruppen von Asylbewerbern

trifft 260.000 Menschen, die schon lange in Deutschland leben. Es geht um Menschen, die gerade, weil ihr Asylantrag offensichtlich begründet ist, ohne eigenes Verschulden ein jahrelanges Verfahren abwarten müssen. Es geht um Menschen, die trotz abgelehnten Asylantrages aus humanitären Gründen geduldet werden, weil bei der Rückkehr Gefahr für Leib und Leben droht, weil das Heimatland die Rückkehr verweigert oder weil der Rückkehr gesundheitliche Gründe entgegenstehen. Diese Duldungen sind von deutschen Behörden angeordnet worden - nun sollen die Menschen dafür mit einem Leben unterhalb des Existenzminimums bezahlen.

Dieses Vorhaben ist umso unanständiger, als denselben Menschen in aller Regel die Erlaubnis zur Aufnahme einer Arbeit gar nicht erteilt wird. Sie haben also gar keine Chance, für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Gleichwohl werden sie dann mit niedrigen Sozialhilfeleistungen dafür „bestraft“, daß sie dem Steuerzahler „zur Last fallen“.

Obwohl die Verknüpfung der drei Vorhaben - abgesenkte Leistungen für Asylsuchende, Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe und keine Bundesbeteiligung mehr an den Fahrtkosten für Behinderte - den instrumentellen Charakter der vorgesehenen Sachleistungen für Asylsuchende klar erkennbar macht, bemüht sich der Bundesgesundheitsminister um wohlklingende Begründungen. Die Sozialhilfe soll den Menschen eine eigenständige Lebensführung möglich machen, das Asylbewerberleistungsgesetz soll Menschen bei vorübergehendem und kurzem Aufenthalt mit dem Nötigsten versorgen. Nach dem neuen Gesetzentwurf ist ein Aufenthalt bis zu drei Jahren vorübergehend! Die Begründung versteigt sich zu noch mehr Euphemismen. Der Gesetzentwurf beruft sich auf die notwendige Gleichstellung aller Asylsuchenden mit den schon heute vom Asylbewerberleistungsgesetz Betroffenen. Mit dieser perfiden Argumentation soll eine Gleichstellung im Unrecht ge-

rechtfertigt werden. Es wird nicht viel Zeit ins Land gehen, bis mit derselben Begründung auch die Bürgerkriegsflüchtlinge auf das niedrigste Niveau des Asylbewerberleistungsgesetzes gedrückt werden.

Über die moralischen Einwände hinaus sind auch die angestrebten Einspar-effekte höchst fragwürdig. Die bisherige Erfahrung mit der Sachleistungsgewährung zeigt, daß zwar den Asylsuchenden unwürdige Lebensumstände zugemutet werden, von einer Kostenersparnis aber nicht die Rede sein kann. Durch die „Essenspakete“ ist künstlich ein Markt mit in der Regel oligopolistischen Strukturen geschaffen worden, die Anbieter können Preise und Qualität bestimmen. Folglich sind die Preise hoch und die Qualität schlecht. Diese bisher bekannten negativen Effekte werden mit der geplanten Ausdehnung der Sachleistungsgewährung sich vervielfachen. Viele der betroffenen Flüchtlinge leben nicht in Sammelunterkünften, so daß zusätzliche Kosten für den Transport der „Eßpakete“ entstehen werden. Außerdem wird der Verwaltungs- und Organisationsaufwand dramatisch erhöht. Aus diesem Grund haben verschiedene Bundesländer bereits in der Vergangenheit auf die Sachleistungsgewährung verzichtet und sind wieder zu Geldleistungen übergegangen. Die Unterbringung in Sammelunterkünften ist - jenseits aller humanitären Einwände - zudem erheblich teurer als die Unterbringung in Mietwohnungen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung trägt diesen Erfahrungen Rechnung, indem er für die Sachleistungsgewährung 250 Mio. DM für den organisatorischen Mehraufwand berücksichtigt. Es verbleibt noch ein Einsparvolumen von 886 Mio. DM. Das bedeutet, daß ein Fünftel des angestrebten Spareffekts für die erhöhten Organisationskosten aufgewendet werden muß!

Daher stellt sich die Frage, ob der angestrebte Kosteneffekt tatsächlich das einzige Ziel des Gesetzentwurfs ist. Oder ob es nicht vielmehr um die Abschreckung von Flüchtlingen durch

Schikane geht, um ein Zeichen an die ansässige Bevölkerung, daß man kein Herz und schon gar kein Geld für die Neuankömmlinge hat. So stellt man Neidgefühle, die man angeblich bekämpfen will, erst her.

Auf die SPD ist bei der Verhinderung dieses Gesetzes nicht zu rechnen. Sie hat das Asylbewerberleistungsgesetz beim „Asylkompromiß“ 1992 mitbeschlossen. Auch wenn jetzt der sozialpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Dreßler, gegen die Änderung spricht - erst vor wenigen Wochen hat der niedersächsische Innenminister Glogowski (SPD) Herrn Seehofer aufgefordert, die geplante Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes doch endlich zu beschleunigen.

Gegen die große Koalition der Ausländerfeinde bleibt festzuhalten: Es gibt keine moralische Legitimation für die systematische Schlechterstellung von Flüchtlingen!

Nicht die gleiche Behandlung aller Flüchtlinge kann das politische Ziel sein, sondern allein die Gleichbehandlung der Flüchtlinge mit allen anderen Menschen in Deutschland.

Deshalb geht es nicht um eine Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes, sondern um dessen Abschaffung!

Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge gehören in den Geltungsbereich des Bundessozialhilfegesetzes. Außerdem dürfen sie nicht daran gehindert werden, für ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit selbst aufzukommen.

Andrea Fischer ist sozialpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Ihr Beitrag wurde aus Platzgründen geringfügig gekürzt.



AKTUELL IN BONN

45000 Landminen seit 1991 Bundesdeutsche Unternehmen haben seit 1991 45000 Landminen exportiert. Das hat die Bundesregierung auf eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen mitgeteilt. In den Jahren 1985 bis 1991 waren nur 262 Landminen exportiert worden. Seitdem „boomt“ das Geschäft, vor allem der Export: Von 1985 bis 1990 genehmigte die Bundesregierung Ausfuhren im Wert von 414,248 Millionen DM. Zehn Firmen teilen sich das Geschäft mit den fürchterlichen Minen. Bis auf 20 Minen, die 1986 exportiert wurden, erfolgten alle Lieferungen in NATO-Länder. Da das Regime in der Türkei Hauptabnehmer deutscher Waffenslieferungen ist, dürften die meisten Minen also gegen Kurdinnen und Kurden zum Einsatz kommen. (Drucksache 13/2432)

PDS contra Bannmeile

Die PDS hat Anfang November einen Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht, der die Bannmeile um den Bundestag und das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe aufheben soll. Die Bannmeile stelle einen „verfassungsrechtlich bedenklichen Eingriff in das Grundrecht der Versammlungsfreiheit dar“, heißt es in dem Entwurf. Auch das Argument, Parlamentarier und Richter sollten vor „Pressionen“ geschützt werden, sei falsch, da selbst Abgeordnete

wegen politischer Aktionen innerhalb der „Bannmeile“ belangt werden könnten und in der Vergangenheit auch mehrfach belangt wurden.

BND-Atomschmuggel: Aussagen verweigert

Der Bundestags-„Plutonium“-Untersuchungsausschuß, der die Affäre um den Plutonium-Schmuggel des BND nach München untersuchen will, kommt nicht dazu, die BND-Spitzen zu vernehmen. Der Zeuge und BND-Mitarbeiter „Adrian“ verweigerte am 26. Oktober vor dem Ausschuß die Aussage: Gegen ihn werde wegen unedlicher Falschaussage ermittelt. „Adrian“ alias „Willi Liesmann“ war vom BND als Dolmetscher bei dem Schmuggelgeschäft eingesetzt. Der in Spanien lebende BND-Spion „Rafa“ war trotz Zusicherung freien Geleits erst gar nicht in die BRD eingereist. Einem dritten V-Mann des BND namens „Roberto“ war seitens des spanischen Ermittlungsrichters untersagt worden, zur Zeugenvernehmung in die BRD zu reisen. „Roberto“ sitzt zur Zeit in Spanien in Untersuchungshaft.

Zwei neue Minenjagdboote

Obwohl im laufenden Haushalt gar nicht eingeplant, bewilligte die Regierungsmehrheit im Bundestag auf An-

trag von Finanzminister Waigel Ende Oktober 85 Millionen DM überplanmäßige Ausgaben, um zwei neue Minenjagdboote in Auftrag zu geben. Die Boote sollen 1998 fertiggestellt werden. Angeblich seien sie dringend erforderlich, weil die Auslandseinsätze der Bundesmarine im Golf und in der Adria Bedarf für zusätzliche Minenjagdboote gezeigt hätten. Die Boote würden gebraucht, um „international eingegangenen Verpflichtungen nachkommen zu können“, behauptet die Bundesregierung frech. Welche Einsatzverpflichtungen das wohl sein werden, die die Bundesregierung für 1998 jetzt schon eingegangen ist? (Drucksache 13/2715)

Adenauer-Stiftung / Inkatha

Fast ein Fünftel der sogenannten „Entwicklungshilfe“, die die Bundesregierung in den Jahren 1985 bis 1995 an Südafrika zahlte, floß unter Kontrolle der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ der CDU: etwa 30 Millionen DM von insgesamt etwa 150 Mio. DM „Entwicklungshilfe“. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS hervor. Die PDS hatte gefragt, nachdem die südafrikanische Tageszeitung „Weekly Mail and Guardian“ berichtet hatte, der für zahlreiche Morde verantwortliche „Geheimdienst“ der reaktionären „Inkatha“-Bewegung werde durch die Konrad-Adenauer-Stiftung

unterstützt. Die Bundesregierung bestreitet dies. Die Mittel, die die Konrad-Adenauer-Stiftung verwende, seien für „gesellschaftspolitische Bildungsarbeit“ wie z. B. „Wahlerausbildung“, „Schulung von Führungskräften“ usw. vorgesehen.

Was kommt demnächst?

Der Bundestag berät am 23. November u. a. über die Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Kostendämpfung in den Krankenhäusern sowie über eine große Anfrage der SPD zu „Multimedia“. Erstmals beraten wird eine kleine Anfrage der Grünen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz sowie ein Antrag der PDS auf Einsetzung einer Enquetekommission „Armut und Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland“. Am Freitag, den 24. November, steht u. a. „die Lage der Menschen im ehemaligen Jugoslawien“ sowie ein Antrag der Grünen auf Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer auf der Tagesordnung. Ebenfalls am 24. November findet die nächste Sitzung des Bundesrates statt. Am 14. Dezember soll das Europäische Parlament über die Zollunion EU-Türkei beschließen. Noch im Dezember soll nach den Forderungen der FDP ein neues Ladenschlußgesetz im Bundestag eingebracht werden. Eine Novelle des Staatsangehörigkeitsgesetzes ist für Januar vorgesehen.

Ein Haushalt der sozialen Demontage

R. Kotschi zum Bundeshaushalt 96 und Gegenpositionen der PDS

Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1996 verstärkt die in den letzten Jahren erfolgte soziale Demontage und die Ausgrenzung immer größerer Bevölkerungsteile aus dem Arbeitsleben und den sozialen Sicherungssystemen. Angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit bedeuten der beabsichtigte Wegfall der Arbeitslosenhilfe für bestimmte Personengruppen und weitere Kürzungen im Bereich der Arbeitslosenhilfe die endgültige Preisgabe des grundgesetzlich verankerten Sozialstaatsprinzips. Durch die Kürzung der Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz werden Kosten, die der Bund zu tragen hätte, zusätzlich auf die Kommunen abgeschoben und diese in den finanziellen Ruin getrieben. Neue beschäftigungspolitische Impulse gehen vom Haushalt 1996 nicht aus.

- Die drastische Kürzung der Mittel für die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern wird nicht nur dort einen selbsttragenden Aufschwung verzögern, sondern auch in den alten Ländern zu negativen Wirkungen für Wachstum und Beschäftigung führen.

- Ein spürbarer ökologischer Umbau ist nicht erkennbar.

- Für den sozialen Wohnungsbau werden die Mittel verringert, die Wohnungsnot auch dadurch fortgeschrieben, daß das Wohngeld nicht an die steigenden Mieten angepaßt worden ist.

- Forschung und Bildung sind gemessen an den Zukunftsanforderungen unterfinanziert.

Die Vorschläge der Bundesregierung und der Regierungskoalition zum Ausgleich der steuerlichen Mindereinnahmen werden den Anforderungen einer soliden Haushaltsplanung nicht gerecht, da sie insbesondere für 1996 von nicht nachvollziehbaren Grundlagen ausgehen.

- So unterstellt die Reduzierung der Personalkosten um 1 Mrd. DM eine Nullrunde im öffentlichen Dienst.

- Die von der Bundesregierung veranschlagten Einnahmen in Höhe von 1,7 Mrd. DM aus der Privatisierung der Lufthansabeteiligungen sind in 1996 aus EU-rechtlichen Gründen ebenfalls kaum realisierbar.

- Auch die Privatisierung von im Bundes Eigentum befindlichen Wohnungen wird - abgesehen von der damit verbundenen sozialen Verunsicherung - mit hoher Wahrscheinlichkeit die Einnahmeerwartungen nicht erfüllen.

- Die Fristverkürzung für die Berücksichtigung der Mineralölsteuer ist nichts als ein Verbuchungstrick.

- 3 Mrd. DM „Sonstiges“ in klingende Münze umsetzen zu wollen, ist ein Hasardspiel.

Es ist notwendig, die im Alltag von Millionen von Menschen immer offensichtlicher werdenden Gebrechen des heutigen Gesellschaftssystems:

- Massenarbeitslosigkeit
- Ausbildungsnotstand
- Hochschulmisere
- Altersarmut,
- Defizite an bezahlbaren Wohnungen durch Haushaltsumschichtungen und die Realisierung von möglichen Mehreinnahmen so zu bekämpfen, daß 1996 der Prozeß der sozialen Demontage für die Bürgerinnen und Bürger beendet wird.

Zu den dringendsten mit dem Bundeshaushalt 1996 zu lösenden Aufgaben gehören:

- Arbeitsmarktpolitische Sofortmaßnahmen, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Entstehen neuer

Arbeitsplätze zu fördern, unter anderem durch eine zweite Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Fortführung der Sanierungsmaßnahmen im Umweltbereich durch die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Verstetigung und Entbürokratisierung der Trägergesellschaften für beschäftigungspolitische Maßnahmen.

- Keine Kürzung der Arbeitslosenhilfe und keine Verlagerung dieser Kosten auf die Kommunen.

- Maßnahmen zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum durch Anpassung des Wohngeldes an die gestiegenen Mieten und Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

- Maßnahmen zur Beseitigung des Rentenstraftrechts und der Überführungslücken im Rentenüberleitungsgesetz.

- Keine Kürzung des BAFöG und Anpassung der Bedarfssätze an die gestiegenen Lebenshaltungskosten und damit Gewährleistung der Hochschulbildung für alle jungen Menschen, unabhängig von der Einkommenslage der Eltern.

- Anpassung der Ausbildungskapazitäten an die wachsende Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden.

- Einleitung einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise durch Begrenzung der Ressourcenverschwendung und keine weiter zunehmende Belastung von Luft und Wasser, Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und damit der Verkehrsvermeidung sowie Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene.

- Gewährung einer kommunalen Investitionspauschale, um vor Ort über die notwendigsten Maßnahmen entscheiden zu können.

Die Finanzierung dieser Aufgaben kann aus dem Haushalt 1996 erfolgen durch:

- die Reduzierung von 27 in -nderungsanträgen der Bundestagsgruppe der PDS benannten Haushaltstiteln des Bundesministeriums für Verteidigung im Umfang von über 7 Mrd. DM, darunter 635 Millionen DM für die Entwicklung des Eurofighters 2000, 870 Millionen DM für die Beschaffung von neuen Flugzeugen, 145 Millionen DM für die Beschaffung des Waffensystems MRCA, 1.130 Millionen DM für weitere wehrtechnische Entwicklung und Erprobung neuer Waffen. Die Bundesregierung hat demgegenüber unter anderem die Rüstungskonversion und Friedensforschung durch Bereitstellung von Haushaltsmitteln zu fördern.

Es gilt, die bestehende Haushaltspraxis zu durchbrechen, wonach Jahr für Jahr die mehr als 1.000 Haushaltstitel des Rüstungshaushaltes zu Lasten der Arbeitsförderung und der Bereitstellung sozialer Leistungen erhöht werden.

- die Reduzierung der Ausgaben von 32 in -nderungsanträgen der Bundestagsgruppe der PDS benannten Haushaltstiteln im Umfang von einer Mrd. DM, insbesondere durch die Reduzierung sämtlicher Verwaltungsausgaben, die hälftige Kürzung der für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung vorgesehenen Mittel im Umfang von 560 Millionen DM, Verzicht auf den Ausbau der Atomkraftanwendung sowie den Transrapid.

- den Abbau der aus Zeiten des Kalten Krieges nach westlichen Standards überdimensionierten Bundesrohölreserve, was beim Verkauf von 1 Million Tonnen einen Erlös von 180 Millionen

DM erbringen kann.

- die Reduzierung der Entschädigungen und Amtszulagen nach § 11 Abgeordnetengesetz auf 81 Mio. DM. Die im Bundeshaushaltsplan 1996 vorgenommene Diätenerhöhung um 12 Millionen DM greift der Beschlußfassung durch den Bundestag vor. Zudem kann nicht hingenommen werden, daß Abgeordnete des Bundestages sich besserstellen, während große Teile der Bevölkerung von wachsender Arbeitslosigkeit, sozialer Unsicherheit und realen materiellen Verlusten betroffen sind.

- Rückforderung der Fördergelder von Unternehmen, wenn nach Abschluß der Forschungsarbeit Arbeitsplätze für die Fertigung der Ergebnisse aus der Forschung ins Ausland verlagert werden.

- Umstellung des Förderinstrumentariums, da die Förderung nicht an das Investitionsvolumen, sondern an die Zahl der zu schaffenden oder zu sichernden Arbeits- und Ausbildungsplätze gebunden wird.

Weitere Arbeitsplätze können insbesondere in den neuen Bundesländern gesichert werden durch Einführung einer Hilfeabgabe der gewerblichen Wirtschaft für die Kapitalaufstockung kleiner und mittlerer Betriebe, Genossenschaften und MBO-Unternehmen in Form von Beteiligungen des Bundes oder der Länder - wie es sie in Form einer Investitionshilfeabgabe der gewerblichen Wirtschaft in den alten Ländern ab 1952 gab. Bei einer Abgabe von 10 Prozent der Jahresüberschüsse nach Steuern und 4 Prozent der Umsätze könnten 28 Mrd. DM aufgebracht werden.

Wenn Bundesregierung und Bundestagsmehrheit ein gleiches Tempo wie bei Gesetzen zur Absenkung sozialer Leistungen an den Tag legen, können diese Einnahmen bereits mit Beginn des Jahres 1996 für den Bundeshaushalt wirksam werden.

Durch eine vom Bundestag einzusetzende Kommission sind die Umstände und Erlöse des Verkaufs ehemaliger DDR-Kreditinstitute vollständig aufzuklären. Wie vom Bundesrechnungshof festgestellt wurde, sind beim Verkauf der früheren DDR-Banken möglicherweise Schäden in zweistelliger Milliardenhöhe entstanden.

Welche weiteren Maßnahmen sind denkbar?

Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -mißbrauch ist das Personal der Finanzverwaltung insbesondere im Bereich der Betriebsprüfung erheblich zu verstärken. Die damit verbundenen Mehraufwendungen werden durch die erzielbaren Einnahmen mehr als kompensiert. Allein eine 10%ige Reduzierung des Steuerbetrugs würde zu Steuermehreinnahmen in Höhe von 15 Mrd. DM führen.

Die Banken und Versicherungen sollten zur Zeichnung einer zinslosen Anleihe in Höhe von 5% ihrer Bruttowertschöpfung verpflichtet werden. Diese Zwangsanleihe ersetzt einen Teil der im Haushaltsentwurf 1996 veranschlagten verzinslichen Neuverschuldung.

Die Besteuerung von Börsenumsätzen sollte durch eine Expertenkommission kritisch überprüft werden und die Bundesregierung die Diskussion dieses Themas im internationalen Rahmen initiieren. Eine Arbeitsmarktabgabe für besser verdienende Beamte könnte eingeführt und die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Arbeitslosenversicherung vorbereitet werden.

Dr. Reinhard Kotschi ist Mitarbeiter der PDS-Bundestagsabgeordneten Prof. Christa Luft.

SPD und „harte DM“

Dabeisein muß sich richtig lohnen

Was gäbe es nicht alles für fundierte Gründe, um die Währungsunion zu kritisieren und abzulehnen:

- daß sie Instrument der EG-Großraumwirtschaft ist,

- daß die Deregulierungspolitik damit in großem Maßstab weiterbetrieben werden soll,

- daß sie der Vormacht des deutschen Kapitals dient,

- daß bestehende Ausgleichsmechanismen der Währungsparität zwischen Gebieten unterschiedlicher Produktivkraftentwicklung beseitigt werden und die Lohnhöhe zum entscheidenden Ausgleichsinstrument wird, der Druck auf die Reallöhne also EG-weit verschärft wird,

- daß die Arbeitslosigkeit steigen und in Ländern wie Irland, Griechenland, Portugal die Verarmung und Verödung ganzer Regionen zunehmen wird, und, und, und.

Dazu hört man von Schröder/Scharping nichts. Stattdessen positionieren sie die SPD dort, wo Brunner und Konsorten nach Maastricht und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgehört haben: bei der „starken DM“.

Warum jetzt und warum so? Auf der letzten Konferenz der EU-Finanzminister wurde der Fahrplan bestätigt, daß die Ergebnisse des Jahres 1997 darüber entscheiden werden, welche Länder an der Währungsunion teilnehmen. Für den Kreis der zukünftigen Mitgliedsländer der Währungsunion werden dann die Austauschrelationen festgeschrieben, mit denen die bisherige Landeswährung in die neue Währung eingeht. Waigel hat auf dieser Konferenz u. a. Italien bis ins nächste Jahrtausend „ausgeschlossen“.

Unter dem Vorwand, es ginge um Inflation und Geldwert innerhalb des zukünftigen Gebietes der Währungsunion, kritisiert die SPD die Regierung wegen zu lascher Durchsetzung deutscher Interessen. Er scheue sich nicht, das „nationale Interesse“ zu thematisieren, tönt Schröder.

Die Bewertung der DM gegenüber anderen Teilnehmerstaaten der Währungsunion, das Gewicht der DM innerhalb der Währungsunion und die Bewertung der neuen Währung gegenüber dem Rest der Welt - dieser „Außenwert“ der DM, das ist es, worum es geht.

Wen interessiert das und für wen will sich die SPD mit dieser Kampagne einsetzen? Für alle diejenigen, die Vermögen, insbesondere Auslandsvermögen haben oder zu erwerben beabsichtigen, ob als Land oder Häuschen in der Toskana, als Aktienpaket oder - vermittelt über die private Lebensversicherung - in Staatspapieren anderer Länder. Je „stärker“ die DM, umso billiger ist der Urlaub im Ausland und vor allem: umso billiger ist jeder Vermögenserwerb im Ausland. Diesem Klientel bieten Scharping und Schröder die SPD an.

Derzeit und in den nächsten Jahren zunehmend werden Milliarden an Vermögensbeständen in der Mittelklasse umgeschichtet durch Erbschaft. Neues Kapitalvermögen wartet auf wertsteigernde Anlage. „Finanzen“, das „Wirtschaftsmagazin für erfolgreiche Kapitalanleger“, meint dazu (und zu Scharping/Schröder): Werde der deutsche Kurs nicht akzeptiert, dann scheitere die Währungsunion. Der Versuch, für die starke Mark angeblich noch besser als die Union oder die FDP zu sorgen, wird die SPD kaum an die Regierung bringen, aber weiter zerrütten. (che)

Der Lauscher an der Wand ...

Jürgen Korell über einen neuen Vorstoß der CDU-SPD-Landesregierung von Baden-Württemberg zum „großen Lauschangriff“

Es kam, wie es kommen mußte: Der Große Lauschangriff wurde wieder in die Diskussion gebracht. Dieses Mal durch einen Gesetzesantrag der Großen Koalition von Baden-Württemberg an den Bundesrat, obwohl die Würde des Menschen unantastbar ist und jeder das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat, die Freiheit der Person sowie die Wohnung unverletzlich sind.

Verfassungsänderungen

Um die geplante Ergänzung des Verbrechensbekämpfungsgesetzes mit dem Grundgesetz zu vereinbaren, sollen die Artikel 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung) und 14 GG (Schutz des Eigentums) geändert werden. Baden-Württemberg begründet seinen Antrag, wie kann es anders sein, mit „der besonderen Bedrohung durch die organisierte Rauschgiftkriminalität und das sonstige organisierte Verbrechen“. Die Schwaben befürchten, daß die „organisierte Kriminalität“ zu einer „systembedrohenden Kraft“ werden kann. Neben dem Großen Lauschangriff sollen nach dem Willen von SPD und CDU die Möglichkeiten der Vermögenseinziehung erweitert werden. Ungewöhnlich deutlich lehnte der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Rezzo Schlauch, den Gesetzesantrag ab. „Es ist „ein doppelter Anschlag auf das Grundgesetz“, sagte Rezzo Schlauch in Bonn. Im Gegensatz dazu befürwortet die Bonner SPD den Antrag und wirft FDP und Teilen der CDU die Sabotage einer wirksamen Verbrechensbekämpfung vor. Auf diese Art und Weise überhole die SPD Bundesinnenminister Kanther mit Vollgas auf der rechten Seite.

Verräterische Semantik: „Täter“ statt „Tatverdächtiger“

Mit dem großen Lauschangriff ist nicht „nur“ das Belauschen, sondern auch die Aufzeichnung von Bildaufnahmen gemeint. Geht es nach dem Willen der Großen Koalition aus

dem Ländle, sollen also künftig heimlich Videos in Wohnungen von „Tätern“ gedreht werden können. Bezeichnend, daß im Gesetzentwurf von dem Täter die Rede ist, obwohl der Tatverdächtige gemeint ist. Eine derartige Semantik impliziert, daß Unschuldige gar nicht erst in die Überwachungsmühlen geraten können, obwohl bereits die Telefonüberwachung zeigt, daß genau das Gegenteil richtig ist. Täter wird der Mensch nur durch die rechtskräftige Verurteilung und sofern die Beweise für eine Täterschaft vorliegen, wird der Große Lauschangriff überflüssig. Damit nicht von der totalen Überwachung die Rede sein kann, werden die Überwachungsmöglichkeiten der Wohnräume vordergründig eingeschränkt. Der Große Lauschangriff in den Wohnräumen soll nämlich nur angewandt werden, „wenn sich der Täter oder Teilnehmer dort aufhält oder aufzuhalten pflegt und wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre“. Widersinniger sind Formulierungen kaum zu gebrauchen. Sofern eine Wohnung nicht genutzt wird, braucht sie auch nicht überwacht zu werden.

Ein Senat beim Oberlandesgericht soll die Rechtsstaatlichkeit wahren und über die Maßnahmen entscheiden. Bei Gefahr im Verzug reicht die Entscheidung der Staatsanwaltschaft oder ihrer Hilfsbeamten aus. Ungeachtet der Fortdauer der Maßnahme muß der Senat anschließend über die Rechtmäßigkeit entscheiden. Sollte er eine andere Entscheidung treffen, müssen die aufgegebenen Unterlagen nachweisbar vernichtet werden. Aus den Köpfen der ErmittlungsbeamtenInnen sind die Überwachungsergebnisse allerdings nicht zu löschen, und den Austausch der an der unberechtigten Überwachungsmaßnahme beteiligten PolizeibeamtenInnen sieht das Gesetz nicht vor. Einerseits soll dem Persönlichkeitsschutz ein hoher Stellenwert eingeräumt werden, indem die Entscheidung über die Einschränkung der Grundrechte der Senat eines Oberlandesgerichts zu treffen hat, andererseits kann jeder Polizeibeamte, der gleichzeitig Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft ist, bei Gefahr im Verzuge längstens für ein Wochenende selbst über die Grundrechtseinschränkungen entscheiden.

Umkehr der Beweislast und Bereicherung durch Beschlagnahme

Liegen „schwerwiegende Straftaten“ vor, soll die Möglichkeit der Vermögenseinziehung erweitert werden. Schwerwiegende Straftaten sind nach der Erklärung keine schweren Straftaten, sondern ragen durch ihre spezifische Gemeinschädlichkeit besonders hervor. Schwerwiegende Straftaten „sind insbesondere Straftaten der Organisierten Kriminalität“. Demnach kann der Landdiebstahl ebenso eine schwerwiegende Straftat sein wie die Wirtschaftskriminalität oder der Betrug. Ausschlaggebend ist letztendlich, daß die Straftat der „Organisierten Kriminalität“ zugerechnet werden kann, um 15.000 DM einzuziehen zu können. Dafür müssen „tatsächliche Anhaltspunkte“ die Vermutung zulassen, daß das Ver-

mögen aus schwerwiegenden Straftaten herrührt oder dafür verwendet werden soll. Begründen läßt sich die Vermutung schon, wenn der „Umfang des Vermögens im offensichtlichen Widerspruch zu den Lebensumständen der Betroffenen“ steht. Mit diesem Gesetzesvorschlag können Vermögen ohne eine gerichtliche Verurteilung eines Beschuldigten eingezogen werden. Nicht einmal der Betroffene selbst muß eine Straftat verdächtig sein, geschweige denn, daß er vor der Maßnahme angehört werden muß. Die Sicherstellung wird je nach Zuständigkeit von einem Landeskriminalamt oder dem Bundeskriminalamt angeordnet. Gegen die Sicherstellung kann der Betroffene innerhalb eines Monats Beschwerde beim zuständigen Gericht erheben. Der Betroffene selbst muß die Gründe für die Aufhebung der Sicherstellung darlegen. Eine Verfahrensweise, die landläufig als Beweislastumkehr bekannt wurde. Während bei Durchsuchungen der Betroffenen sofort Widerspruch gegen die Beschlagnahme einlegen kann und die Polizei eine richterliche Anordnung einholen muß, trägt der Betroffene bei der Vermögenseinziehung die Verantwortung der rechtlichen Überprüfung selbst.

Der kompletten, d. h. entschädigungslosen Einziehung unterliegt das sichergestellte Vermögen, „wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte die hohe Wahrscheinlichkeit besteht, daß es aus schwerwiegenden (...) Straftaten herrührt oder hierfür verwendet werden soll“. Nicht einmal bei der endgültigen Einziehung müssen Beweise vorliegen. Die hohe Wahrscheinlichkeit genügt für die Bereicherung des Staates, denn das Vermögen geht in das Eigentum des Bundes oder Landes über, dessen Behörde die Anordnung getroffen hat.

Statt Senkung der Kriminalität: Vorgetäuschte Hektik und Abbau von Grundrechten

Kriminalität kann lediglich aufgeklärt werden und sollte nach Möglichkeit im Vorfeld verhindert werden. Dies ist zu erreichen, wenn Menschenwürde und Menschenrechte als verinnerlichte Werte breite gesellschaftliche Akzeptanz erfahren. Werte, die ernst genommen werden, dazu führen, daß niemand wegschaut, der Gewalt und andere Kriminalität erlebt, sondern in adäquater Form aktiv wird. Damit ist nicht die Bürgerwehr gemeint, sondern die individuelle Verantwortung, die auch die Polizei in die Lage versetzt, ihren Schutzauftrag ohne umfangreiche Eingriffsbefugnisse nachzukommen. Ein Straftaten verhöhrende Kriminal- und Sozialpolitik kostet Geld. Die Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte bedarf keiner finanziellen Aufwendungen. Sie täuscht aber nur ein operative Hektik vor, die noch vom Erfolg gekrönt sein wird.

Ein Staat, der die Erlaubnis zum Lauschen in der Wohnung gibt, begibt sich auf die moralische Ebene der Kriminellen. Denn dann achtet der Staat die Menschenwürde und andere Grundrechte der Bürger ebenso wenig wie die Straftäter.

Jürgen Korell ist Mitglied der BAG „Kritisch Polizistinnen und Polizisten“

UNBEQUEM

Schwerpunktthema:



Polizeiübergriffe

Und...

- EUROPOL - das Europäische Kriminalamt etabliert sich
- Verschmähte Liebe
- Freiwillige Polizeireserve
- Buchkritik und -tips

Zu bestellen bei GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Jahresabo (4 Ausgaben) 15 DM.

DIE ROTE HILFE

195

keine Auslieferung an die Folterstapel-Spionier!

Freiheit für Benjamin Ramos Vega!

Außerdem:

Vorwort: zu neuen Taten

Der König der Mitternacht

Prozess gegen Birgit Meyerfeld

Deutschland und die große Welt

Einwurf für ein neues BKA-Symbol

Recht des Leben vom Mord

Alte Kamell

Zu bestellen bei Rote-Hilfe Literaturvertrieb, Postfach 6444, 24125 Kiel, Jahresabo (4 Ausgaben) 15 DM.

GEHEIM

Nr. 2/1996 10.10.1996 7,50 DM ZE 13894 F

Rolf Götzer
Vom „Mißbrauch“ des Polizeirechts

Schwerpunkt-Thema
Hände weg von den Medien!

IG Medien, Fachgruppe Journalisten
Zur Kampagne „Hände weg von den Medien“

Der staatliche Griff nach den Medien

Leckert Spee
Journalisten als Täter und Opfer

Ekkehard Jürgens
Sechs Faustregeln für den Umgang mit Geheimdienstgeschichten

George P. Mill (USA), Michael Oppersalski
Die neo-amerikanische „Förderung der Demokratie“

Enrique Bernades
Naming Names

Zu bestellen bei GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Jahresabo (4 Ausgaben) 32 DM.

Nach dem Attentat auf Rabin

Ausgang des Friedensprozesses ungewisser denn je

„Shalom“, sagte mir vor wenigen Tagen ein israelischer Freund zum Abschied; sichtlich bewegt und irritiert durch die Ermordung des Chefs der Regierung in Israel. Während bislang als wahrscheinlich erschien, daß allein aus dem arabischen Lager Angriffe auf die israelische Politik erfolgen würden, setzt nun, unmittelbar nach der Attacke vom 4.11.95, eine Befragung darüber an, ob die Gefahren durch die rechtsradikalen Siedlergruppen bislang nicht eher unterschätzt wurden. War etwa der Inlandsgeheimdienst Shin Beth, der sonst gerne palästinensische Gefangene foltern läßt, zu sehr von der ideologischen Interessensgleichheit zwischen Regierung und Siedlungsbewegung überzeugt, um hier keine Gefährdungspotentiale erkennen zu können? Ist Rabin von seiner eigenen, bis zuletzt auch überwiegend praktizierten Überzeugung eingeholt worden, daß „Galiläa und Samaria“ (die Westbank) nicht aufgegeben werden? Welchen tatsächlichen Spielraum haben rassistische Organisationen wie „Kach“ oder „Kahane lebt“ oder „Eyal“, die trotz Verbot imstande zu sein scheinen, sowohl bei den militanten Siedlerfraktionen Unterstützung zu erhalten als auch, zumindest teilweise, innerhalb der parlamentarischen und religiösen Rechten – dem Likud-Block – Rückhalt zu haben? Sie wünschten nicht nur einmal in der letzten Zeit den Tod von Rabin herbei. Der für den Personenschutz Rabins zuständige General ist inzwischen zurückgetreten, die Regierung muß eine offizielle Untersuchung zu den Versäumnissen während der Demonstration in Tel Aviv einleiten. Die Mär von der allseits beliebten Einzeltätertheorie wollte man sowieso nicht glauben.

Der Schock, den die israelische Bevölkerung nun durchlebt hat, könnte genutzt werden, um nun – allerdings schnellstens! – die rechten Kräfte im Land besser unter Kontrolle zu bringen und hiermit aufzuräumen; d.h. auch die Siedlungen zu evakuieren. Der sog. Friedensvertrag von Oslo im September 1993 war schon immer eine Krücke: Die strategischen Wehrdörfer, selbst im Ga-

zastreifen, waren bislang nicht praktischer Gegenstand der Verträge, d.h. der Stop des weiteren Ausbaus wurde nicht thematisiert. Die palästinensische Autonomie ist eine von Israels Gnaden, die Zukunft einer eigenständigen Entwicklung in den besetzten Gebieten hängt vom Wohlwollen des US-amerikanisch dominierten Machtkartells ab. Hier ist



Auf den Schlachtruf rechtsradikaler Siedler „Tötet die Araber“ folgte der Schlachtruf „Tötet die Verräter“, auf die Losungen rechtsradikaler Demonstrationen folgte die Tat.

auch nach dem eilig zusammengebastelten Abkommen, was schließlich in den USA unterzeichnet worden ist, nichts Entscheidendes passiert. Als im Februar 1994 in Hebron durch die zionistische Siedlerbewegung ein Blutbad in der Moschee angerichtet wurde, zeigte sich die ganze Widersprüchlichkeit dieses Prozesses. Wahrscheinlicher als eine Beschleunigung der Appeasementpolitik allerdings erscheint, daß mit dem jetzigen Attentat auch die bislang getroffenen, eher minimalen Vereinbarungen zwischen israelischer Regierung und PLO noch zögerlicher umgesetzt werden. Das Risiko, selbst für diese Übereinkommen mit der entmachteten PLO auch in Israel noch ermordet zu werden, ist deutlich gestiegen. Auf einem schon bislang schmalen Grat der parlamentarischen Mehrheit (eine Stimme!) läßt sich keine sog. Friedenspolitik fortset-

zen, falls damit nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Gesellschaft in Israel sich noch weiter polarisiert. Bereits jetzt ist die Gefahr einer Spaltung zwischen einem eher „europäischen“ und einem mehr „orientalischen“ Teil der israelischen Bevölkerung vorhanden – das Land beherbergt immerhin eine Gesellschaft, die sehr heterogen zusammengesetzt ist. Möglicherweise liegt hier ein viel größeres Problem als in einem sog. Friedensabkommen mit der PLO.

Keine andere offizielle Sichtweise werden die meisten arabischen Regierungen haben können; bedingt durch das internationale Kräfteverhältnis ist zum Ausgleich mit dem bisherigen Feind keine Alternative vorhanden. Daher auch die schnelle Bestätigung nach dem Tod von Rabin durch Hussein und Mubarak für diesen Friedensprozeß; hingegen ist in der Haltung Libyens zwar zutreffend, daß Rabin für eine Vielzahl von Verbrechen an den PalästinenserInnen verantwortlich ist, dennoch ist diese Ansicht eher von propagandistischen Motiven geleitet als von dem Angebot einer tatsächlichen politischen Alternative zur jetzigen Situation. Syrien hat sich ebenfalls von der jetzigen Eskalation der inner-israelischen Konfrontation konsterniert gezeigt und noch einmal auf ein zufriedenstellendes Abkommen über die Golanhöhen gedrängt.

Daß radikale islamische und palästinensische Gruppen den Tod von Rabins begrüßen, liegt in der Logik ihrer Argumente; ein paar Tage zuvor war einer ihrer Anführer, Schakaki, in Malta vom israelischen Mossad ermordet worden, Rabin soll den Auftrag gegeben haben. Diese Gruppierungen haben den Anspruch, die arabische Armutsbevölkerung zu vertreten, die – paradox, aber ebenso wie die „orientalische“ jüdische Bevölkerung – in dem gegenwärtigen Prozeß immer schon das Nachsehen hatte. – (mc)

Ciller und Türke

Bei den Parlamentswahlen am 24.12. kandidiert die Regierungschefin im offenen Bündnis mit den Faschisten

Bei den für den 24.12. angesetzten Parlamentswahlen in der Türkei sucht die Regierungspartei unter Tansu Ciller unverhüllt Unterstützung auf der äußersten Rechten. Cillers Partei DYP hat ein Wahlbündnis mit der faschistischen MHP des Alparslan Türke geschlossen. Das Wahlbündnis setzt eine seit fast 30 Jahre dauernde, in den späten 60er Jahren zwischen Demirel und Türke formulierte Zusammenarbeit der Vorgängerpartei der DYP mit der MHP offiziell fort. Zugleich hat die Regierungschefin vier berüchtigte Polizeichefs dafür gewonnen, auf der Liste der DYP zu kandidieren:

- Hayri Kozakcioglu. Erster „Supergouverneur“ für die Gebiete im Ausnahmezustand (seit 1987). Verantwortlich für zahlreiche Dorfzerstörungen, Folterungen und Morde.
- Önal Erkan. 1980, im Jahr des Militärputsches, wurde Erkan Polizeichef in Ankara, 1984 Polizeichef in Istanbul. 1991 wurde er zum General-Polizeichef ernannt und Gouverneur „für die Gebiete im Ausnahmezustand“ (also die kurdischen Gebiete). In seine Amtszeit fällt u.a. der bis heute nicht aufgeklärte Mord an dem DEP-Abgeordneten Mehmet Sincar. Erkan kommentiert dazu: „In einem Gebiet, in dem es Terror gibt, ist es normal, daß es unaufgeklärte Morde gibt.“

- Necdet Menzir. Er wurde 1992 Polizeichef in Istanbul. In seiner dreijährigen Amtszeit wird ein „Rekord an Exekutionen“ durch die Polizei erreicht: Oppositionelle, die bei Schußwechseln, Überfällen der Polizei auf Wohnungen, Fahndungen u.ä. auf offener Straße erschossen werden. Menzir soll Kontakte zur Mafia haben.

- Mehmet Agar. 1988 Polizeichef von Ankara, 1990 Polizeichef in Istanbul. Es gibt Behauptungen, daß sein Aufstieg durch kompromittierende Videos über die Frau des früheren Staatspräsidenten Özal befördert wurde.

Der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, erklärte im Interview im kurdischen Fernsehsender med-TV, die PKK werde eine „demokratische Front“ gegen die Koalition von Ciller und Türke unterstützen. Ciller und Türke wollten die Türkei bis zum Jahr 2000 in den „Händen eines faschistischen Regimes“ halten. „Deshalb sollen sich pazifistische und demokratische Kreise vereinigen und ihre Kraft zusammen tun ... Wir werden sie unterstützen.“

Die (prokurdische) Partei HADEP (Partei der Demokratie des Volkes) hat angekündigt, daß sie ein Wahlbündnis mit verschiedenen linken türkischen Parteien anstrebt. Man sei auch bereit, mit der Partei der Neuen Demokratie Cem Boyners (eines türkischen Großkapitalisten, der sich neuerdings für demokratische Reformen und einen Dialog mit der kurdischen Bevölkerung einsetzt) zusammenzuarbeiten, falls diese ihren „demokratischen Ansatz“ weiter verfolge. Quelle: DEM-Nachrichtenagent, 8.11.-1995

Gefangene im Aufruhr US-Justiz reagiert mit harter Repression

Die unerträglichen Zustände in den US-amerikanischen Gefängnissen haben Ende Oktober in mindestens vier Gefängnissen zu Rebellionen geführt, auf die das Justizministerium mit einer neuen Welle von Repression reagierte.

Laut Berichten der US-Presse – andere Berichte liegen leider noch nicht vor – kam es am 20.10. in Memphis, Tennessee, zu Unruhen: Gefangene zerschlugen die Fensterscheiben, zerstörten Zelleneinrichtungen, legten Brände, die die Feuerwehr erst am nächsten Tag unter Kontrolle hatte. 50 Menschen erlitten Rauchverletzungen, der Sachschaden betrug rund 5 Mio. Dollar.

Am gleichen Tag besetzten Gefangene in Greenville, Illinois, die meisten Gefängnisgebäude und weigerten sich, in ihre Zellen zurückzugehen. Aus Furcht vor dem aufgestauten Haß der Gefangenen verbarrikadierte sich das Wachpersonal und wurde erst nach Stunden von der Polizei „befreit“. Nur wenige Tage zuvor hatten Gefangene in

Talladega, Alabama, und Allenwood, Pennsylvania, rebelliert. Im Hochsicherheitstrakt von Allenwood eskalierte eine Auseinandersetzung unter Gefangenen durch das Eingreifen des Wachpersonals zu einer regelrechten Revolte. Es sei wie in einem Kriegsgebiet gewesen, wird ein Feuerwehrmann zitiert.

Die unmittelbaren Anlässe der Revolten sind nicht bekannt. Aber die allgemeinen Ursachen sind unschwer auszumachen: Die Verschärfung von Gesetzen und die Verlängerung der Strafdauer hat zu einer ungeheuren Überfüllung der Gefängnisse geführt, zu einer Konzentration größten sozialen Elends und verzweifelter Hoffnungslosigkeit auf kleinstem Raum. Durch die Verschärfung der Haftbedingungen – so wurden in immer mehr Gefängnissen Rundfunk- und Fernsehgeräte aus den Zellen entfernt, Sportmöglichkeiten gestrichen; außerdem verbietet ein neues Gesetz den Gefangenen, den College-Abschluß nachzuholen – wird das Gefäng-

nisleben vollends zur Hölle.

Das Justizministerium reagierte auf die Aufstandshandlungen, deren Ausweitung es zu befürchten scheint, mit brutaler Härte: In über 70 der 80 Bundesgefängnisse wurden die Gefangenen auf unbestimmte Zeit in ihren Zellen eingeschlossen; sie können seither nur mit ihren Zellengenossen kommunizieren. Tatsächlich gibt diese Art Repressalie Anlaß zu größter Sorge. Es ist bekannt – Mumia Abu-Jamal berichtet in seinem Buch ... aus der Todeszelle ausführlich davon, daß ein verrohtes Anstaltspersonal für Widerstandshandlungen von Gefangenen furchtbar Rache zu nehmen pflegt: So wurden Gefangene z.B. im Gefängnis Camp Hill nach einer Rebellion schwer mißhandelt und erniedrigt, ihre Habseligkeiten wurden zerstört oder gestohlen.

Mit der jüngsten bundesweiten Einschließungsmaßnahme werden die Gefängnismauern zugleich gegen jede kritische Öffentlichkeit abgeriegelt. – (scc)

In Erwartung der schrittweisen Aufhebung der Wirtschaftsaktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, BRJ (Föderation aus den Staaten Serbien und Montenegro), beginnt dort eine umfassende Debatte über die Neustrukturierung der nationalen Ökonomie und die Möglichkeiten einer Wiedereingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt. Auf verschiedenen Wirtschaftskonferenzen werden z.Zt. die unterschiedlichsten Modelle der Umgestaltung diskutiert.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht in letzter Zeit die Diskussion über die Privatisierung.

Dabei geht es im Falle der BRJ nicht nur um die Veräußerung staatlichen Eigentums in Privatkapital, sondern betrifft ebenso gesellschaftliche und genossenschaftliche Eigentumsformen. Schon jetzt ist aber nach den jüngsten Zahlen ein Übergewicht an Privateigentum sichtbar. Nach den unlängst von der Wirtschaftskammer Serbiens veröffentlichten Zahlen befinden sich von den 60 600 Unternehmen Serbiens rund 85 % in Privateigentum, während 7-8 % gesellschaftliches Eigentum und 7-8 % genossenschaftliches/gemeinschaftliches Eigentum bilden (s. Kasten).

Analysiert man aber die Struktur der Privatunternehmen genauer, zeigen sich größere Differenzierungen. Als nämlich durch das Privatisierungsgesetz von Ende 1989 die Gründung von Privatbesitz möglich wurde, schossen alle mögliche Kleinstfirmen wie Pilze aus dem Boden. Deren ökonomische Anfangswerte waren entsprechend niedrig. Der Hauptteil des Vermögens liegt heute weiterhin in den Unternehmen des genossenschaftlich/gesellschaftlichen Gemeineigentums. Die Debatte kreist nun darum, wie dieses Vermögen privatisiert werden soll – oder eben nicht.

Privatisierung in Montenegro

Ein Teil der Wirtschaftswissenschaftler favorisiert das montenegrinische Privatisierungsmodell. Montenegro hatte schon vor vier Jahren mit einer vollständigen Privatisierung begonnen. Grundlage der Privatisierung bildet die

Ausgabe von Aktien. In den Transformationsprozeß sind die drei Entwicklungsfonds eingeschaltet: der Entwicklungsfonds, der Renten- und Schwerbeschäftigtenfonds und der Beschäftigungsfonds. Mit dem Gesetz ist vorgesehen, daß der Rest des Gesellschaftskapitals, für den kein Eigentümer bestimmt ist, nach dem Aktienkauf in die Fonds übertragen wird, und zwar nach dem Schlüssel: Entwicklungsfonds 60 %, Rentenfonds 30 % und Beschäftigungsfonds 10 %. Diese Quellen sollen dann die

negrinische Modifikationen auch für Serbien. Er sieht vor allem in dem Ausbau der Klein- und Mittelunternehmen die Zukunft für die BRJ. Theoretiker dieses Modells ist der jetzt zum Minister ernannte Dragan Tomic. Dieser wurde vor zwei Jahren zum Vorsitzenden der Lobby der internationalen Manager in Belgrad gewählt und ist Direktor der Möbelfirma SIMPO. Diese Firma soll gerade – nach serbischen Angaben – zur europagrößten Möbelfirma avanciert sein. Dabei besteht die SIMPO im Kern

Privatisierungsdebatte in der BR Jugoslawien

Deutschland und Japan als Vorbild?

Hauptfinanzierungsquellen für die Entwicklung Montenegros darstellen. „Das Gesetz (über Eigentums- und Verwaltungstransformation) hat den letzten Funken von Gesellschaftseigentum eliminiert“, so mit deutlichen Worten der montenegrinische Ministerpräsident Djukanovic.

Grundlage für das montenegrinische Modell war die tschechische Brutalprivatisierung. Der „Minister für das Unternehmertum“ in Serbien, Djukic, favorisiert dieses Modell mit den monte-

nur aus drei Fabriken mit nicht mehr als jeweils 500 Beschäftigten. Daneben wurden aber fast 40 kleine Betriebe gebildet, die die nötigen Zuträgerdienste leisten. Dieses Modell ist natürlich nicht in Jugoslawien erfunden worden. Ohne Bedenken wird in der ökonomischen Debatte auf das Modell Japan hingewiesen, in der genau die oben beschriebene Wirtschaftsstruktur vorherrscht. Mit all den bekannten negativen Folgen auf die in den Kleinstfirmen abhängigen Beschäftigten.

Eigentumsverhältnisse in Serbien

In Serbien gibt es insgesamt 60 616 Unternehmen im Gesellschafts-, Privat-, Genossenschafts- und Gemeineigentum, heißt es in einer Analyse des Zentrums für Informatik der Wirtschaftskammer Serbiens.

Von 60 616 Unternehmen sind 4500 Gesellschafts-, 51 412 Privat-, 2 098 Genossenschafts- und 2 605 Gemeinschaftseigentum.

In der Industrie und im Bergbau gibt

es 1 306 Gesellschafts-, 7 654 Privat-, 25 Genossenschafts- und 758 Gemeinschaftsunternehmen. Die Wasserversorgung zählt 51 Gesellschafts-, 8 Privat- und 6 Gemeinschaftsunternehmen. Im Handel sind 748 Gesellschafts- und 30 787 Privat-, 125 Genossenschafts- und 690 Gemeinschaftsunternehmen. Im Sektor Verkehr und Verbindungen befinden sich 165 Gesellschafts-, 1 208 Privat-, 29 Genossenschafts-, 103 Gemeinschaftsunternehmen. Gastgewerbe und Tourismus: 1 503 Privat-, 4 Genossenschafts-, 105 Gemeinschafts- und 229 Gesellschaftsunternehmen.

Das Modell Deutschland/Japan

Die Rigorosität, mit der die Verfechter der vollständigen Privatisierung in der BRJ auftreten, wird von einem größeren Teil der Ökonomen nicht geteilt. Der Gouverneur der jugoslawischen Zentralbank Avramovic kritisiert die vollständige Privatisierung und fordert, daß der staatliche Sektor nicht vollständig ausgeschaltet werden sollte. Er favorisiert die Einführung des sogenannten postkeynesianischen Modells. Nach seiner Auffassung sei die Grundlage dieses Modells der Konsens zwischen Arbeitern, Arbeitgebern und dem Staat um die Gleichberechtigung aller Eigentumsformen – des Privat-, Staats- und Gemeineigentums. Ein solches Modell trage zur größeren ökonomischen Effizienz und sozialer Gerechtigkeit bei.

Es ist bei einer solchen Betrachtungsweise kein Wunder, daß in der ökonomischen Debatte in Jugoslawien immer wieder Deutschland und Japan als Vorbilder genannt werden.

„Eine Vergleichsanalyse der Reformen von 1989 und jener von 1994 ergibt, daß das sogenannte japanisch-deutsche Modell für die Bundesrepublik Jugoslawien mehr geeignet ist, denn es hat sich in der Kombination der marktwirtschaftlichen Art und Weise und der Prinzipien der gesellschaftlichen Solidarität als erfolgreich erwiesen.“ (Serbien 7 1995)

Die jugoslawische Linke und das Modell China

In der letzten Zeit wird von der jugoslawischen Linken das chinesische Modell favorisiert. Nach ihren Auffassungen billigt die chinesische Regierung zwar das Privateigentum, behält aber trotz starker Expansion im Privatsektor die dominante Position des Staatseigentums bei. Darüber hinaus bewahrt das einheimische Kapital das Primat gegenüber ausländischen Investitionen. Eine der zentralen Forderungen der jugoslawischen Linken, die im wesentlichen repräsentiert wird durch die Nachfolgeorganisation Bund der Kommunisten – Bewegung für Jugoslawien. (hau)

Friedensverhandlungen?

Zu behaupten, der US-Beauftragte Holbrooke sei ein „Vermittler“ im Jugoslawien-Konflikt, zeugt von einer Blockierung jeglichen Denkvermögens. Sind doch die USA seit langem selbst Partei in diesem Konflikt, ja sogar der wichtigste Kriegsherr dort überhaupt. Ohne die US-geführten Bombardements etwa hätte die vereinte muslimische und kroatische Soldateska ihre Großoffensive vom September 95 (zusammen mit der vorangegangenen Krajina-Eroberung die mit Abstand größte ethnische Säuberungsaktion des gesamten jugoslawischen Bürgerkriegs) nie durchführen können.

Genau betrachtet, hat der Krieg in Jugoslawien eine Doppelnatur: Er ist zum einen ein Bürgerkrieg zwischen Serben, Kroaten und Muslimen, und er ist zum anderen ein Interventionskrieg des Westens gegen die Serben, ein sog. Krieg niedriger Intensität, wie dies früher einmal genannt wurde. Holbrookes jüngste Angriffe gegen die (bosnischen) Serben gleich zu Beginn der „Friedenskonferenz“ beispielsweise, die den Serben das Recht auf Selbstbestimmung sowohl im Hinblick auf ihre Staatszugehörigkeit als auch im Hinblick auf ihre politische Repräsentanz überhaupt abgesprochen, liegen auf einer Linie mit den verbrecherischen September-Bombar-

dements gegen serbische Verteidigungsstellungen, Versorgungseinrichtungen, Verkehrswege, Fabriken, Krankenhäuser, Schulen und Wohngebäude: So wie das Recht auf schwere Waffen in und um Sarajevo damals allein den Muslimen zugesprochen wurde, so soll nun das Recht auf Selbstbestimmung wieder einmal allein der muslimisch-kroatischen Seite zuerkannt werden, den Serben nicht. Ob also nun US-Kriegshandlung oder US-„Friedensinitiative“ – beides dient ausschließlich dazu, eine zum Prinzip gemachte, mit zweierlei Maß operierende Willkür-Politik des Westens durchzusetzen.

Durch sein Mitwirken in Holbrookes „Vermittlungs“-Theater hat Milosevic den USA für ihren weiteren diplomatischen und sonstigen Krieg gegen die Serben einen nicht zu unterschätzenden Vorteil zugespielt. Man kann dieses jegliche serbische Verhandlungsposition untergrabende Verhalten Milosevics eigentlich nicht begreifen – und zwar auch und gerade dann nicht, wenn man die bloße Aufhebung der Sanktionen als dringlichste Aufgabe jugoslawischer Diplomatie ansieht. Sicher ist nur eines: Dadurch, daß das vom Sicherheitsrat installierte Haager Tribunal auftragsgemäß Anklage gegen Karadzic und Mladic erhob und damit sowohl die po-

Dayton oder: Ein Krieg wird fortgesetzt

litische als auch die militärische Spitze der bosnischen Serben vom unmittelbaren Verhandlungsgeschehen weitgehend fernhält, hatte „Mr. Yes“ hier ein sehr leichtes Spiel.

Nein, als Friedenskonferenz ist diese „Bosnien“-Konferenz genauso wenig angelegt wie seinerzeit das Münchener Treffen von 1938. Es geht vielmehr um die Entrechtung eines Volkes, in diesem Fall der bosnischen Serben, und um die exemplarische Durchsetzung eines Diktates von sich immer mehr als Allmachtsherrscher begreifenden Großmächten.

Wie damals könnte es aber sein, daß die völlige Entmachtung noch gar nicht auf der Konferenz selbst, sondern vielmehr danach stattfindet: Wenn dann überall im Land Nato-Bodentruppen stationiert sind, die in kürzester Zeit sich bestens mit ihrer Umgebung vertraut gemacht haben, und wenn dann auch noch mit Milosevics Mithilfe Karadzic und Mladic mehr und mehr ausgeschaltet werden, ja dann ist es Zeit für den letzten, finalen Militärschlag gegen die bosnischen Serben. Ein Vorwand wird sich finden, und wenn einem gar nichts einfällt, inszeniert mal eben Markale III. Und vielleicht wird dann sogar schon die Drohung mit einem solchen Militärschlag genügen: Irgendein

weichgekochter Vertreter der Srpsk wird einen Vertrag über deren vollständige Eingliederung nach Bosnien-Herzegowina unterschreiben, und widerstandslos werden Izetbegovics und Tudjman's Truppen in die Serbische Republik einrücken, ihre Armee entwaffnen und dann ein paar „Übergriffe“ veranstalten ... Die Krajina läßt grüßen. Wie auch immer – die Zeichen stehen auf Sturm, und anstatt Milosevic-haf daherzuschwadronieren, daß man „einer politischen Lösung nie näher gewesen“ sei (so aber jüngst der bosnisch-serbische Parlamentspräsident Momcilo Krajcnik), ist es hohe Zeit, die Augen aufzumachen, die immer dreierlei Attacken des Westens wahrzunehmen und sie als solche zu verurteilen – anstatt in Sprachlosigkeit zu verharren. Dabei ist die permanente Klarstellung unverzichtbar, daß eine Friedenskonferenz ohne wirklich neutralen Organisator und ohne grundsätzliche Gleichberechtigung aller Konfliktparteien (auch und gerade in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht) und insbesondere ohne neutrale, keinesfalls schon am Krieg beteiligte „Friedenstruppen“ lediglich der nichts anderes ist als eine Anti-Friedenskonferenz!

(H.K. – Eine Zuschrift aus dem Friedensladen Heidelberg, aus Platzgründen leicht gekürzt)

„Fabrikproblem, Lohnproblem, Wohnungsproblem“

ArbeiterInnen aus Bangladesch in der Textilindustrie Malaysias. Eine Studie von Anja Rudnick

Die alternative Medienvereinigung GAMA (Global Alternative Media Association) veröffentlichte kürzlich eine Untersuchung, die sich mit der Lage Arbeiterinnen und Arbeiter aus Bangladesch in der Textilindustrie von Penang (Malaysia) befaßt. Diese Studie wirft ein Schlaglicht auf einige der Probleme, die die internationale Arbeitsteilung, die Ausgliederung arbeitsintensiver Produktion in sogenannte Niedriglohnländer, für betroffene Arbeiterinnen und Arbeiter mit sich bringt: Wanderbewegungen, die der Nachfrage nach billiger Arbeitskraft folgen, ausufernde Differenzierung selbst der Ärmsten. Wir dokumentieren Auszüge.

Obwohl die malayische Textil- und Bekleidungsindustrie im Vergleich zu den anderen bedeutenden Herstellungsländern in Asien eher klein ist, wuchs dieser Sektor inzwischen zum zweitgrößten Exportbereich industriefertiger Güter in Malaysia. (...) Laut der malayischen Behörde für Industrielle Entwicklung arbeiten in diesem Sektor 120 000 Menschen. Manche ... schätzen jedoch, daß diese Zahl sogar 200 000 erreichen könnte, wenn man die nicht registrierten kleinen Fabriken mit einbezieht. (...)

Unsere Studie in Penang zeigt, daß ...das größte Problem des Sektors zur Zeit im Mangel an Arbeitskräften besteht ... Es stellte sich heraus, daß die Mehrheit der Textil- und Bekleidungsunternehmen diesem Problem dadurch erfolgreich begegnen, daß sie in großem Stil ArbeiterInnen aus Bangladesch einstellen. Von den 16 großen und kleinen Bekleidungsbetrieben, die wir in unserer Studie untersucht haben, beschäftigten nur drei keine ArbeiterInnen aus Bangladesch oder anderen Ländern. Zur Belegschaft der anderen 13 Firmen zählten zwischen 15 und 50 % ArbeiterInnen aus Bangladesch. (...)

Bangladeschis in Malaysia

In Malaysia gibt es angeblich die meisten ArbeitsmigrantInnen in ganz Asien. Offiziell gibt es etwa 1 Million MigrantInnen, nimmt man jedoch illegale MigrantInnen hinzu, rangiert diese Zahl zwischen 1 und 3 Mio. bei einer Bevölkerung von 18 Mio. Menschen. Zwei Drittel der MigrantInnen kamen aus Indonesien. (...)

1991 beschloß Malaysias Regierung, ArbeitgeberInnen zu gestatten, für bestimmte Industriebereiche ArbeiterInnen im Ausland zu rekrutieren, um den Arbeitskräftemangel zu überwinden. Danach zogen die Bangladeschis in den herstellenden Sektor ein. Die Regierungen beider Länder vertieften ihre Beziehungen, und der Migrationsfluß schwoll an und wurde beständiger. Heute werden Bangladeschis auf Plantagen, in Pumpwerken, Restaurants, im Bausektor und in bestimmten Industriebereichen beschäftigt. Offiziell leben 67 000 Bangladeschis in Malaysia. Andere Quellen ... schätzen jedoch, daß diese Zahl inklusive der illegal Eingereisten mindestens 200 000 beträgt. (...)

Eine Studie von 5 Fabriken

Hierzu führte ich Ende 1994 Interviews und Gruppendiskussionen mit etwa 45 ArbeitsmigrantInnen aus fünf Fabriken im Staat Penang in ihren Wohnungen durch. Es wurden fünf verschiedene Fa-

briken untersucht, weil sich die Behandlung und Entlohnung der ArbeiterInnen aus Bangladesch womöglich von Fabrik zu Fabrik unterschied. (...) Zwei von ihnen, ein Ausbeutungsbetrieb (Fabrik 1) und eine kleine Niederlassung einer vor Ort etablierten Firma (Fabrik 2), stehen am hinteren Ende einer Kette von Sub-Verträgen, eine weitere (Fabrik 3) ist ein mittelgroßer Betrieb, und zwei sind gut etablierte Textiltochter transnationaler Konzerne (Fabrik 4: Tochter eines japanischen Multis; Fabrik 5: Niederlassung eines Multis aus Hongkong). (...)

Agenturen und Arbeitsvoraussetzungen

Die Bangladeschis werden von Agenturen in Bangladesch rekrutiert, die eng mit malaysischen Agenturen zusammenarbeiten. In Bangladesch annonciieren die Agenturen in Tageszeitungen und behaupten; daß es für ArbeiterInnen aus Bangladesch Möglichkeiten gäbe, in Malaysia eine große Menge Geld zu machen. (...)

Die meisten ArbeiterInnen waren zwischen 20 und 30 Jahre alt. Etwa 25 % der Befragten hatte einen Universitätsabschluß. (...) Bangladeschis werden jeweils nur für eine bestimmte Fabrik rekrutiert. Es ist streng verboten, diese Fabrik zu verlassen und andernorts eine Stellung anzunehmen. Die Verträge laufen immer auf der Basis von zwei Jahren. ArbeitgeberInnen können einen Vertrag um ein Jahr verlängern, nach dessen Ablauf die ArbeiterInnen nach Bangladesch zurückkehren müssen.

Ausgenommen die Bangladeschis in Fabrik 1 und 2, die von derselben Agentur rekrutiert worden waren, kamen die ArbeiterInnen von verschiedenen Agenturen. Diejenigen, die im November 1994 länger als ein Jahr in Malaysia gewesen waren, hatten der Agentur 5 000 RM bezahlt. Ein zweites Kontingent in Fabrik 2 hatte 6 000 RM bis 7 000 RM bezahlen müssen. Auch eine Gruppe in Fabrik 4, die im September 1994 angekommen war, hatte 6 000 RM bezahlen müssen.

Die ArbeiterInnen in Fabrik 1 (alle mit Universitätsabschluß) unterzeichneten den Vertrag mit ihrer Agentur in Dhaka. In dem offiziell aussehenden Arbeitsvertrag wird erklärt, daß sie für die in Malaysia gesetzlich vorgeschriebene Höchstdauer von 8 Stunden Arbeit an 6 Tagen in der Woche 500 RM pro Monat (20 RM pro Tag) ausgezahlt bekommen würden. Nach ihrer Ankunft in Malaysia wurde den ArbeiterInnen von ihren neuen Bossen erklärt, daß die Verträge Fälschungen wären. Während der ersten vier Monate erhielten sie 270 RM pro

Monat (10 RM pro Tag). Während des ersten Jahres erhielten sie zwischen 325 und 350 RM pro Monat (12-13 RM pro Tag). Die Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden pro Tag verlängert, und es wurden keine Überstundenzuschläge bezahlt (lt. Gesetz 150%). Am Ende ihres ersten Jahres konnten sie bis zu 16 RM für 10 Stunden verdienen. Weitere 2,5 Überstunden wurden eingeführt, jedoch noch immer nicht extra vergütet. Heute arbeiten sie mindestens 72,5 Stunden pro Woche. (...) (In den Fabriken 2, 3 und 4 geht es den ArbeiterInnen im Prinzip nicht anders - Red.)

Schulden oder Ersparnisse?

Selbst auf Grundlage begrenzter Daten wird offensichtlich, daß es sehr schwierig, manchmal sogar unmöglich ist, die einmal bezahlte Gebühr von 5 000 bis 7 000 RM während des zweijährigen Ver-



trages zurückzuverdienen, geschweige denn Geld zu sparen, um die daheimgebliebene Familie zu unterstützen. In vielen Fällen hatte die gesamte Familie mitgeholfen, einem Familienmitglied zu ermöglichen, nach Malaysia zu gehen. Land wird verkauft, und Ersparnisse gehen drauf. Manche Menschen leihen sich auch Geld und erhöhen so noch die Zinslast ihrer Schulden. (...)

„Mein Vater hat viele, viele Ringgit verloren“, erklärte ein Bangladeschi aus Fabrik 1 bewegt. Nach einem Jahr und vier Monaten harter Arbeit konnte er erst 1 500 RM zurückbezahlen. Seinen KollegInnen ... erging es kaum besser. (...)

Löhne und Arbeitsbedingungen

Nach dem malaysischen Gesetz müssen ArbeitgeberInnen MigrantInnen und einheimische ArbeiterInnen gleichbehandeln, sowohl in der Bezahlung als auch in den Vergünstigungen. (...) Obwohl ein systematischer Vergleich der Arbeitsbedingungen und Bezahlung von MigrantInnen und Einheimischen nicht durchführbar war, traten in vier der fünf untersuchten Fabriken substantielle Unterschiede in Behandlung und Entlohnung zutage. (...) Wie bereits erwähnt, wird in den Fabriken 1 und 2 Überstundenarbeit nicht mit den gesetzlich vorgeschriebenen 150 % vergütet. Auch an öffentlichen Feiertagen und Sonntagen erhalten die ArbeiterInnen statt der doppelten oder dreifachen Überstundenrate nur den normalen Lohn. In den Fabriken 1 und 3 müssen die ArbeiterInnen in „Notfällen“ sogar extreme Stundensätze arbeiten. Während des Untersuchungszeitraumes mußten sie mitunter 35 Stunden arbeiten, ohne zu schlafen. Auch die Ar-

beiterInnen in Fabrik 4 wurden gezwungen, 54 Stunden am Stück zu arbeiten, um einen Auftrag fertigzustellen, während die einheimischen ArbeiterInnen nach Hause gehen konnten, wenn sie müde waren. (...)

Alle befragten Bangladeschis gaben an, daß Einheimische viel besser bezahlt würden. Ein Arbeiter ... beschrieb: „Ich mache denselben Job wie ein chinesischer Arbeiter. Beide müssen wir schleppen. Ich kriege 13 RM, und er kriegt 20 RM pro Tag. Dieselbe Arbeit, 7 RM Unterschied.“ (...)

Einheimische ArbeiterInnen erhalten um die Zeit des chinesischen Neujahrsfestes einen Bonus. Dieser Bonus beträgt gewöhnlich 1-2 Monatsgehälter. Die Bangladeschis in Fabrik 1 erhielten im vergangenen Jahr einen Bonus von 5 RM. In den Fabriken 2 und 4 erhielten sie nichts ... An öffentlichen Feiertagen erhalten die Bangladeschis in den Fabriken 1, 2 und 3 nicht frei ... Der gesetzliche Jahresurlaub von 9 Tagen kommt den Bangladeschis in den Fabriken 1 und 2 nicht zugute ...

Freizügigkeit und Lebensbedingungen

In allen Fabriken werden die Pässe der Bangladeschis vom Management einbehalten. Die ArbeitgeberInnen befürchten, daß die ArbeiterInnen sonst fortgingen und einen besser bezahlten Job annähmen. (...)

Für die ArbeiterInnen aus Bangladesch ergeben sich daraus weitreichende Konsequenzen. In einem Land, in dem AusländerInnen jederzeit in der Lage sein müssen, sich auszuweisen, bedeutet das eine ernste Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit. (...) In der Regel müssen sie die Polizei zur Wache begleiten, wo sie dann jeweils 50 RM „Gebühren“ bezahlen müssen. (...) In Fabrik 4 behält das Management jeden Monat 50 RM vom Lohn der Bangladeschis als sog. „Sicherheitszahlung“ ein. (...)

Das Management der Fabriken stellt Unterkunft und Transport bereit. Obwohl die ManagerInnen oft behaupteten, die Unterkünfte seien gut möbliert und verfügten über Kühlschränke und Fernseher, fanden wir bei unseren Besuchen nur sehr einfache und stark überfüllte Wohnungen vor. Ein Apartment wird in der Regel von 10 bis 15 ArbeiterInnen bewohnt, von denen die meisten auf dem Fußboden schlafen müssen. (...)

Fragt man die ArbeiterInnen aus Bangladesch, ob sie auch nach Malaysia gekommen wären, wenn sie vorher über die wirklichen Löhne und Arbeitsbedingungen Bescheid gewußt hätten, verneinen dies alle mit Ausnahme der ArbeiterInnen von Fabrik 5. „Sie nahmen mir zwei Jahre meines Lebens“, klagt ein Arbeiter aus Fabrik 1. (...) Die bitteren Gefühle über die Unterschiede in der Behandlung der ArbeiterInnen aus Bangladesch und der Einheimischen überwiegen. Der Mangel an Bewegungsfreiheit und die feindselige Einstellung vieler Einheimischer tragen weiter zum allgemeinen Unbehagen bei. So faßt ein Arbeiter aus Fabrik 3 zusammen: „Leben in Malaysia ist so kompliziert, so kompliziert. Bossperson, Fabrikproblem, Lohnproblem, Wohnungsproblem, alle leiden.“ (...)

Anne Rudnick ist Studentin der Universität Amsterdam (Quelle: CL-Netz)

Gifte und Gase in Ludwigshafen-Süd

Ludwigshafen. Seit Jahrzehnten verbreitet die Chemiefirma Raschig AG (730 Beschäftigte) in Ludwigshafen Süd einen ungeheuren Gestank, insbesondere am Wochenende – beliebt ist die Nacht von Samstag auf Sonntag – schlimm sind auch heiße Tage im Sommer. Jahre zuvor wurde für 1994 eine Verbesserung angekündigt. Die Zeit ist verstrichen, die Situation blieb unverändert.

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich Raschig als eine hochbrisante Giftküche. Unter anderem wird dort verarbeitet:

- Toluol, Benzol, Benzylchlorid, Dimethylcarbamoylchlorid, Epichlorhydrin, Phenol – krebserregend, teils sehr reaktiv, giftig, leicht entzündlich
- Chlor
- Methanol – giftig und leicht entzündlich
- Propansulton – eindeutig krebserregend,
- Formaldehyd – giftig, stechender, reizender und belästigender Geruch.

Durch diesen Spezialbetrieb wird den geplagten Raschig-Nachbarn zum einen ein ekelerregender Geruch zugebetet, der sich in der ganzen Wohnung einnistet und nicht mehr rauszutreiben ist, also die Lebens- und Wohnqualität erheblich eingeschränkt. Verursacher ist das zwar sehr geruchsintensive, aber „gänzlich unschädliche“ Pyridin, so die Beteuerungen der Geschäftsleitung bzw. des Gewerbeaufsichtsamtes (MM 5.10.89). Um den Gestank abzustellen, „wären exponentiell hohe Kosten notwendig“; die jedoch gedenkt Raschig nicht aufzuwenden (Mannheimer Morgen, 16.2.1990).

Ein Sicherheitsrisiko

Vor allen Dingen aber schickt der Chemiebetrieb sein behandlungsbedürftiges Abwasser, also hochgiftige, krebserregende Stoffe, über die städtische Kanalisation durch Wohngebiete zur BASF Kläranlage. Dabei werden giftige

Gase (z.B. Benzol- und Chloroformdämpfe) in Konzentrationen aufgewirbelt, die zuweilen die zulässigen Grenzwerte überschreiten, teilweise gar um ein Vielfaches, Benzol bis zum 18fachen des vom Länderausschuß für Immissionsschutz vorgeschlagenen Grenzwerts. Man kann durchaus von einer erheblichen Gesundheitsgefährdung der betroffenen Bevölkerung reden. Die Firma Raschig ist ein Sicherheitsrisiko. Stadt, Umweltamt, Gewerbeaufsichtsamtsamt, der Wirtschaftskontrolldienst wären schon lange gefordert.

Dann ging sogar die Polizei auf die Barrikaden

Im Mai diesen Jahres schließlich probte sogar die Polizei des Präsidiums Ludwigshafen-Süd eine Art Aufstand gegen die Raschig-Sauerei, nachdem es den Beamten (oder auch Zelleninsassen) immer wieder zum Kotzen übel wurde. Die Polizeigewerkschaft schaltete sich ein. Das Gewerbeaufsichtsamtsamt in Neustadt wurde alarmiert und Kontaktaufnahme mit Umweltschutzverbänden angekündigt.

Die SPD-regierte Stadt Ludwigshafen spielte wieder ihre alte Rolle. Sie lud zu einer nichtöffentlichen Anwohnerversammlung ein und versuchte, die Leute zu beruhigen. Die GdP-Vertreter hatten den starken Eindruck, daß Stadt und Raschig die Angelegenheit herunterspielen (MM 11.05.1995). Aus der Versammlung kam der Vorschlag, die Abwässer künftig durch den größeren städtischen Kanal in der Mundenheimer Straße zu schicken, um sie stärker zu verdünnen und mithin den Gestank zu reduzieren. So wird es jetzt gemacht;

für die Firma Raschig ist das die billigste Lösung. Aber wann werden endlich die Abwässer aufbereitet?

Grundwasserverseuchung

Damit nicht genug: Neben Gesundheit und Atemluft versaut Raschig seit Jahren munter das Grundwasser. Auch da hat es wohl am Druck der Behörden erheblich gemangelt, oder die Familie Raschig hat es verstanden, ihm geschickt auszuweichen. Dafür braucht es allerdings jemand, der ausweichen läßt.

Bereits 1989 wurde eine starke Grundwasserbelastung festgestellt und für das Trinkwasser eine „chronische, aber keine akute Gefahr“ diagnostiziert. Vorstandsmitglied Gerd Raschig hatte damals versprochen, die Firma werde die Sanierung vornehmen und bezahlen. (MM, 5.10.1989).

Sechs Jahre danach ist offenbar noch nicht viel passiert. 1994 tätigte die Firma nach Zeitungsmeldungen Rückstellungen in Höhe von 3,2 Mio. DM für Grundwassersanierungsmaßnahmen. Insgesamt sind aber mindestens 10 Millionen DM notwendig. Jährlich will Raschig angeblich 600 000

DM für die Sanierung locker machen. Zweifel sind angebracht, zumal Raschig erheblichen finanziellen Schwierigkeiten steckt. Die Gründe dafür bieten Stoff für eine Kriminalstory. Im Frühjahr diesen Jahres belegte das Kartellamt die Firma mit einem Bußgeld über 4,2 Millionen DM wegen verbotener Preisabsprachen im *Fahrbahnmarkierungsbereich*. Straßen werden vom Staat gebaut, man kann davon ausgehen, daß hier die öffentlichen

Haushalte geschädigt wurden. Das Vorstandsmitglied Friedrich Raschig (50% Aktienanteil) bekam eine Strafe über 300 000 DM wegen Verletzung der Aufsichtspflicht, zugleich wurde bekannt, daß die Staatsanwaltschaft Frankenthal wegen Schmiergeldzahlungen gegen Raschig ermittelt.

Das nicht gerade integre finanzielle Gebaren paarte sich mit „erheblichen

Managementfehlern“ (IG Chemie LU Arbeitsplätze waren bedroht. Je wurde es in der Stadtverwaltung Ludwigshafen und in der SPD lebhafter. beitsplätze, Standort in Gefahr! (Schulte betonte, daß Stadt und Lar ein sehr großes Interesse am Fortstand des Unternehmens hätten. „D halb seien diese auch zur gemeinsamen Übernahme der Firmenlasten im Umweltschutzbereich bereit“.

28.07.1995) Raschig hat es gesch Verursacherprinzip hin oder her – d Steuerzahler kommt mal wieder für d Schweinereien der Industrie auf. Ende August 1995 wurden Friedrich Raschig und mit ihm zwei weitere Vorstandsmitglieder entlassen. Rasch sitzt jetzt im Aufsichtsrat. Im „Mannheimer Morgen“ wird der Mann als tapferer Ritter präsentiert, der seine „persönlichen Interessen“ zum Wohle d Firma hintenanstellt. Kapitalgeber werden gesucht. Die drei Herren haben für ihren außerordentlichen Einsatz Fragen Unternehmensführung zusammen eine Million DM an Abfindung kassiert. Ursprünglich hätten es 3,2 Millionen DM sein sollen. Angeblich hat d IG Chemie LU dies verhindert. Bei einem normalen abhängig beschäftigten Menschen wäre es wohl eine fristlose Kündigung gewesen.

Die Stadt LU ist ihrer Industrie nicht gewachsen

Einiges spricht dafür, daß die Behörden in LU mit der Kontrolle der Chemiebetriebe in ihrer Stadt völlig überfordert sind, sowohl personell als auch in ihrer qualitativen Ausstattung. Statt McKinsey-Studien zu finanzieren und immer mehr Personal abzubauen und von besserem Service zu reden, hätte OB Schulte gut daran getan, im Umweltbereich mehr Leute einzustellen. Hier ließe sich etwas nachholen. Hoffnungen richtete sich da auf den neuen, im Sommer 1995 eingesetzten Umweltsenatoren W. Tatge von den GRÜNEN. Ein trauriges Kapital ist auch der Ludwigshafener Umweltmeßwagen. Das Personal, das ihn bedienen kann, muß aus Mainz herangekarrt werden. Das dauert – nach bis zu drei Stunden, ein unhaltbarer Zustand bei einem Störfall. Und Störfälle häuften sich in letzter Zeit.

– (Luise, aus: Kommunalinfo Mannheim, gek.

Die zeitgemäße Lösung.



Köln. Samstag 28. 10.: Eine Karawane von Bauwagenbewohnern mit ihren Wagen fuhr am 28. Oktober durch die Innenstadt und forderte bessere Stellplätze. Obwohl die Demonstration genehmigt war, erfolgten kurz vor Ende der Demonstration Verkehrskontrollen durch die Polizei, es wurden an den Fahrzeugen völlig banale Mängel festgestellt, die Demonstration wurde gestoppt. Es kam zu Handgemengen. Die Polizei verhaftet einige Demonstranten und behinderte Journalisten bei ihrer Arbeit.

– (aus Lokalberichte Köln)

Krefelder Memorandum zum Frieden auf dem Balkan

„Das jugoslawische Unglück beweist, daß Gewalt nicht mit Gewalt beantwortet werden darf, weil so immer neue Gewalt erzeugt wird.“ Das ist der Kernsatz eines Memorandums, das friedensengagierte Bürger in Krefeld und Umgebung und in Meerbusch verfaßt und im Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt haben. Sie wollen mit ihrer Erklärung der verbreiteten Unsicherheit in der Frage des Verhaltens zum Konflikt auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, namentlich dem militärischen Eingreifen, entgegenstehen. Mit Blick auf die durch die Bombenangriffe der NATO erzwungenen, unter amerikanischer Führung stattfindenden Gespräche der Machthaber der noch kämpfenden Volksgruppen spricht das Memorandum von Friedensplänen, die in Wirklichkeit auf ein Diktat hinauslaufen.

Das Memorandum stellt eine auf langfristigen Frieden gerichtete Position zur Diskussion. Grundgedanke ist, daß die betroffenen Völker des ehemaligen Jugoslawien eine Lösung ihrer Konflikte selbst finden müssen. Darin dürften sie nicht durch eigensüchtige Einmischung von außen gestört werden. Alle fremden

Truppen seien aus der Region zurückzuziehen. Die deutsche Beteiligung Eingreiftruppen ist zu widerrufen. Dieser politische Ansatz stützt sich in der Perspektive auf die Friedenskräfte in den Völkern. Vorgeschlagen wird ein großes Projekt internationaler uneigennütziger Hilfe. Ein solches Solidarprojekt wird auch dem um sich greifenden Geist, der auf militärische Stärke setzt, entgegenwirken. Das Memorandum schließt mit der wichtigen Feststellung, daß einem Willen zum Frieden nicht die Mittel friedlicher Lösungen ausgehen. Zu den Unterzeichnern aus Krefeld gehören u.a. die Stadträtin und Dozentin Rita Thies, der vormalige SPD Landtagsabgeordnete Dr. Eugen Geritz, der Regional-Dekan Dr. Adolf Düppengießer, der Verleger Klaus Düsseldorf, die Leiterin des NS-Dokumentationszentrums Villa Merländer, Dr. Ingrid Schupetta, und der DGB-Kreisvorsitzende Mittlerer Niederrhein Hartmut Wellow. Zu den überregionalen Unterzeichnern Dr. Uta Ranke Heinemann, Dr. med. Till Bastian vom Komitee für eine zivile Gesellschaft, der Journalist Eckart Spoo, der Staatsrechtler Prof. Helmut Ridder, die Berliner Malerin Gisela Breitling und der Liedermacher und Autor Franz Josef Degenhard.

– (Dr. med. Hans Brendler, Presseerklärung)

Demonstration gegen den Abschiebeknast Glasmoor

Hamburg. Etwa 700 Menschen demonstrierten am 11. November vor dem Hamburger Abschiebeknast Glasmoor gegen die Abschiebepolitik der BRD. Über Lautsprecher wurden die Gefangenen in englischer, türkischer und russischer Sprache über die Aktion informiert. Der Containerknast Glasmoor (84 Haftplätze) liegt außerhalb Hamburgs in der Nähe des Flughafens, was den Behörden schnelle und heimliche Abschiebungen erleichtert und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu erreichen. Die Gefangenen sind zu sechst in 27 qm kleinen Zellen eingesperrt. Sie haben in der Woche an vier Tagen jeweils zwei Stunden Umschluß; statt medizinischer Versorgung erhalten sie oft nur Beruhigungsmittel.

Allein schon durch die Lage des Kanstes ist der Kontakt zu den Gefangenen

schwierig. Hinzu kommen Besuchsregelungen, die Isolierung verstärken sollen. Die Gefangenen dürfen nur alle zwei Wochen 1 Stunde Besuch haben, die Besuchszeiten sind zweimal wöchentlich von 13 bis 16 Uhr. Mit Besuchsverboten und Repressalien gegen Gefangene (z.B. Telefon- und Duschverbot) versucht die Gefängnisleitung, die Unterstützung der Gefangenen zu verhindern – erfreulich erfolglos.

Seit am 6. November vierzig Gefangene des Gefängnisses ihre sofortige Freilassung und Bleiberecht forderten, organisiert die „Glasmoorguppe“ jeden Sonntag „Sonntagsspaziergänge“ nach Glasmoor, um gegen den Abschiebeknast zu protestieren und durch die Zäune und Fenster Ruf- und Sichtkontakt mit den Gefangenen aufzunehmen.

– (bab)



Plakataktion gegen die Abschiebung der Romafräu Nidar Pampurova im Frühjahr 1993 in Köln.

Menschenjagd legitimiert

Köln. Das Landgericht Köln hat in der vergangenen Woche das Verfahren gegen die Mitglieder der neofaschistischen Deutschen Liga, Bernd Schöppe und Alfons Ellers, eingestellt. Sie hatten 1993 ein Steckbriefplakat, versehen mit einer Belohnung von 5 000 DM gegen die Romafräu Nidar Pampurova in ganz Köln verklebt.

Die Steckbriefkampagne der Deutschen Liga löste damals große Empörung aus. Nicht nur in Köln, internationale Presse reiste an, das Fernsehen berichtete, der Rat befaßte sich mit der Sache. Am 13. Januar 1994 wurden die zwei Liga-Leute zu Geldstrafen von 800 / 1 600 DM verurteilt. Das Landgericht Köln bestätigte diese Urteil am 14. Juni 1994, kurz vor den Wahlen. Die Öffentlichkeit war davon ausgegangen, die Sache sei damit abgeschlossen.

Anfang 1995 hob das Oberlandesgericht Köln die Entscheidung des Landgerichtes auf und verwies die Sache zurück an das Gericht. Es war zu befürchten, daß die Justiz an einem Freispruch bastelte. Das Oberlandesgericht hatte z. B. erklärt, daß persönliche Belohnungsversprechen von privater Seite durchaus üblich seien. Die Bezeichnung von Frau Pampurova als „Scheinasylant“ faßte das OLG ebenfalls nicht als Beleidigung auf. Die Deutsche Liga frohlockte in einer Presseerklärung: Ihre Rechtsauffassung habe sich bestätigt und dann hieß es: „Ange-

sichts der Tatsache, daß sich Nidar Pampurova aller Wahrscheinlichkeit nach immer noch illegal in Köln aufhält, haben wir nunmehr zu überlegen, wie wir in dieser Angelegenheit weiter am Ball bleiben können.“ Diese Zitate zeigen überhaupt keine Einsicht, sondern im Gegenteil, sie erklären, in der gleichen Gangart weitermachen zu wollen.

Das Landgericht Köln mußte die Sache nun noch einmal neu behandeln. Laut Presseberichterstattung sollen sich die Angeklagten reuig gezeigt haben und zu Protokoll gegeben haben: Der Steckbrief sei ein „total falsches Mittel gewesen“. Der Kölner Stadt-Anzeiger bemerkt: „Gericht und Staatsanwalt quittierten so viel Einsicht mit einer Verfahrenseinstellung“. Wer die Deutsche Liga genauer kennt, weiß, was für Demagogen diese Leute sind. Die Bezeichnung „falsches Mittel“ ist auch keine Einsicht, welche Mittel werden sie in Zukunft einsetzen? Die Entscheidung des Landgerichtes Köln ist bitter: Die neofaschistische Deutsche Liga fühlt sich mit dieser schandbaren Steckbriefaktion bestätigt. Die Angelegenheit zeigt aber auch wieder einmal die Politik der Kölner Staatsanwaltschaft, sie trägt diese Politik mit und hatte anscheinend nur zum Schein und wegen der großen öffentlichen Proteste etwas gegen die Liga unternommen, dann aber im laufenden Verfahren eine Kehrwendung eingelegt.

– (jdd)

Armut in Karlsruhe

Karlsruhe. Am 2. November hat die Regierung Kohl die beabsichtigte Kürzung der Arbeitslosenhilfe um jährlich 3,4 Milliarden Mark beschlossen. Diese Reform sieht u. a. vor, die Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose jährlich um fünf Prozent zu kürzen.

Beim Forum der Volkshochschule „Armut in Karlsruhe“ wurden einige wenige der Auswirkungen dieser Reform beleuchtet: Die Zahl derjenigen, die von Sozialhilfe leben müssen, wird auf über 24 000 ansteigen. Derzeit müssen 21 000 Menschen – das sind sieben Prozent der Karlsruher Wohnbevölkerung – von Sozialhilfe leben. Schätzungen gehen davon aus, daß weitere 6 500 Menschen ihre Ansprüche auf Sozialhilfe gar nicht erst geltend machen, weil sie sich z.B. nicht der entwürdigenden Behandlung durch die Behörden unterziehen wollen oder schlichtweg ihre Ansprüche nicht kennen. 34 000 Menschen leben von weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Nettolohnes und fallen damit unter den Begriff der Armut. Der Verfasser des Armutsberichts der Stadt Karlsruhe

he hatte bereits bei der Veröffentlichung der Untersuchung 1993 darauf hingewiesen, daß vor allem jüngere Menschen und Lohnabhängige ausländischer Nationalität von der Verarmung in der Gesellschaft bedroht sind. Für junge Menschen sieht die Regierungsreform vor, überhaupt kein Arbeitslosengeld mehr zu zahlen, wenn sie keine oder nur kurz Versicherungsbeiträge geleistet haben. Sie sollen sofort auf Sozialhilfe gesetzt werden. Gegen die ausländischen Lohnabhängigen kann verstärkt das Ausländergesetz wirken: z.B. Abschiebung, wenn der eigene Unterhalt nicht sichergestellt werden kann. Damit wird die Rechtslosigkeit dieser Teile der BRD-Gesellschaft nochmals verschärft.

Eine weitere kritisierte Folge der Reform ist die zusätzliche Belastung der Kommunen. So ist der Anteil der Sozialhilfe am Nettohaushalt der Stadt Karlsruhe seit 1993 von 38 auf 43 Prozent angestiegen, während der Bund den Staatsanteil an den Sozialhilfezahlungen von 32 auf 15 % herunterdrückte.

– (map)

AKW Krümmel weiter in Betrieb

Kiel. Der Antrag der beiden Lüneburger Ärzte Hayo Dieckmann und Ulrich Clever, das AKW Krümmel stillzulegen und die Betriebsgenehmigung zurückzuziehen, wurde im Oktober vom Kieler Energieministerium abgelehnt. Die Ärzte, beide sind im Verband der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW), hatten in einer Studie hinreichende Anhaltspunkte für den Zusammenhang des AKW-Betriebs und der Häufung von Leukämiefällen in der Umgebung geliefert. Nach Ablehnung des Antrages durch das Energieministerium haben die beiden Ärzte Klage vor dem Obergericht in Schleswig eingereicht, um die Stilllegung des AKW's zu erreichen.

– (S.P.)

Plutonium für den Schrottreaktor Krümmel

Kiel. Die beiden Betreiber des AKW Krümmel, die Hamburgische Elektrizitätsgesellschaft (HEW) und die Preußen Elektra (Preag), planen den Einsatz der plutoniumhaltigen Mischoxid-Brennelemente (MOX) im Atommeiler. Bereits 1998 hatten die Krümmelbetrei-

ber in Kiel den Antrag auf Einsatz der MOX-Elemente gestellt – legten aber die vom TÜV für das Genehmigungsverfahren geforderten Unterlagen nicht vor. Der Aufforderung des S-H-Energieministers Möllers, den MOX-Antrag zurückzuziehen, kamen die Kraftwerksbetreiber nicht nach. Des Ministers Argumentation: Durch die mit dem Ultragift Plutonium bestückten Brennstäbe „würde das gesundheitliche Risiko“ von AKW-Mitarbeitern und Anwohnern „zusätzlich steigen“. Fachleute wie H. Hirsch von der Fachgruppe „Ökologie“ weisen darauf hin, daß „die Regelung des Reaktors durch den MOX-Brennstoff schwieriger“ wird:

Das AKW könne bei Störfällen schneller außer Kontrolle geraten. Um es den AKW-Betreibern nicht allzu leicht zu machen, möchte Minister Möller die Hürde der Umweltverträglichkeitsprüfung und die Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durchsetzen. Die AKW-Betreiber lehnen dieses Ansinnen als „skandalös“ ab. Denn als 1990 die AKW-Betreiber für das AKW Brunsbüttel den Antrag stellten, MOX-Elemente einzusetzen, gingen in Kiel 19618 Einwendungen dagegen ein. Ergebnis: Das Genehmigungsverfahren wurde auf Eis gelegt.

– (S.P.)

Zwei Jahre und drei Monate Haft für Schönborn

Dortmund. So das Urteil der Dortmunder Staatsschutzkammer am 8. 11. gegen den früheren NF-Vorsitzenden Schönborn. Das Gericht sah als erwiesen an, daß die Angeklagten die verbotene NF weitergeführt haben und auch die Aktivitäten des Klartext-Verlag unter das Verbot zu rechnen sind. In seiner Urteilsfindung stützte sich das Gericht auf die detaillierten Angaben, die Mitglieder der „Detmolder BürgerInneninitiative gegen das Nazizentrum“ zu Schönborns Aktivitäten machen konnten, während der Bielefelder Staatsschutz bereitwillig an „private Feste und Geburtstagsfeiern“ glaubte und keinen Anlaß sah, sich diese näher anzusehen. Zur Urteilsbegründung erklärte das Gericht, die Bestrebungen der Rechtsradikalen seien unvermindert darauf gerichtet, die Bundesrepublik abzuschaffen und – wie in ihren Publikationen angekündigt – einen sogenannten „deutschen Volksstaat“ zu errichten. „Solche Entwicklungen müssen unmissverständlich bekämpft werden.“ Die beiden Mitangeklagten, ebenfalls frühere Führungsmitglieder der NF, wurden zu je 10 Monaten Haft verurteilt.

– (FR 8.11., JW 8.11. – u.b.)

Demonstration kurdischer Jugendlicher in Duisburg

Duisburg. Der Verband der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK) hat am 28. Oktober, seinem Gründungstag, eine Demonstration in Duisburg durchgeführt. Der Verband besteht nun seit 9 Jahren. An der Demonstration, die auf dem Johannesmarkt durchgeführt wurde, haben sich mehrere tausend kurdische Jugendliche beteiligt. Vertreter der Jugendorganisationen der PDS und der Grünen sowie ein Abgeordneter des kurdischen Exil-Parlamentes hielten auf der Demonstration Reden. In der Rede des Vertreters der grünen Jugend hieß es, auch selbst sei man staatlichen Repressionen ausgesetzt. Unterdessen kam es zu einer Rangelei zwischen kurdischen und türkischen Jugendlichen vor einem türkischen Verein. Bei der Rangelei wurden die Fenster des Vereins eingeschlagen. Polizeikräfte, die das Geschehen aufnehmen wollten, wurden von den Jugendlichen daran gehindert. Der Vorfall wurde von den Organisatoren als „Provokation“ von Anhängern der türkischen MHP bezeichnet. Der genannte Verein sei ein Verein der MHP. Verschiedene türkische Organisationen beteiligten sich an der Demonstration. – (Kurdistan-Rundbrief Nr. 23)

Raubüberfall oder die Nadelstreifenvariante

Was drei Konsumgenossenschaften in Thüringen mit der Deutschen Bank in Sachen „Aufbau Ost“ erlebten.

124.062,50 DM Provision einfach vom Konto abgebucht von 3 ostdeutschen Betrieben, ohne dafür eine Gegenleistung zu erbringen, gibt es so etwas? So etwas gibt es: Bei der feinen Adresse der Deutschen Bank, und das unter dem Motto „Hilfe für den Aufbau von mittelständischen Strukturen“.

Als sich die Grenzen öffneten und das Herz der Bundesbürger voller Rührung war, wurden viele „wohlmeinende Helfer“ sofort tätig. Die Deutsche Bank kümmerte sich sofort um den Ankauf der Deutschen Kreditbank AG (ehemals Staatsbank), und die Allianzversicherung um die DDR-Monopolversicherung. Die Bundesregierung beauftragte die Kreditanstalt für Wiederaufbau, im Rahmen der ERP-Kreditgewährung ein Sonderprogramm zur Mittelstandsförderung für DDR-Betriebe aufzulegen.

Diese KfW-Kreditmittel waren an bestimmte Auflagen geknüpft und konnten selbstverständlich nicht durch Staatsbetriebe, Kombinate usw. in Anspruch genommen werden.

Das Besondere bei diesen Mitteln war, daß sie gebunden waren an Modernisierungsaufträge für langfristig am Markt zu plazierende mittelständische Unternehmen, und daß man jeweils von einer Hausbank eine Co-Finanzierung brauchte.

Das Verhängnis des Konsums nimmt seinen Lauf!

Die Kreisgenossenschaften in Apolda, Nordhausen und Worbis nahmen direkt im Juni 1990 Kontakt mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt auf. Jede der Genossenschaften entwickelte einen Modernisierungsplan für spezi-

elle Kaufhallen, die jeweils an guten Standorten gelegen und dringend modernisierungsbedürftig waren. Alle drei zusammen erhielten von der KfW eine Gesamtkreditzusage von 7.665.000 DM.

Alle Kreditanträge waren untersetzt mit entsprechenden Planungen, und alle Auflagen waren erfüllt, so daß von der KfW das jeweils notwendige Avis erteilt wurde. Die Gelder lagen bei der Hausbank - der Deutschen Bank - abrufbereit. In allen drei Fällen waren von den Filialleitungen nach Prüfung der Unterlagen die jeweilige Co-Finanzierung zugesagt. In Worbis sowie Apolda wurden die Konsumvorstände sogar von den Filialleitungen der Deutschen Bank ermuntert, vor der endgültigen Geldauszahlung doch schon einmal mit dem Umbau zu beginnen, weil alles andere nur noch eine Formsache sei.

In allen drei Fällen ging dann munter der Umbau los, das Geld wurde an die Handwerker zur Begleichung von Rechnungen bezahlt, die Lieferungen organisiert. Aus den laufenden Einnahmen bzw. der Tageskasse wurden dann jeweils die Rechnungen gezahlt, weil es wegen irgendwelcher kleinerer bürokratischer Schwierigkeiten noch immer nicht zu der Kreditauszahlung gekommen war.

Gespräche der Vorstände mit den Filialleitungen führten immer zu beruhigenden Äußerungen:

Im III. Quartal stellte auf einmal die Deutsche Bank Anforderungen, die weit über die geforderten Unterlagen des KfW-Programmes hinausgingen. Mal fehlte dies, mal fehlte das. 1990, als die Richtlinien zur Erstellung der DM-Eröffnungsbilanz noch nicht ergangen waren, war es schwierig genug, entsprechende Wertermittler, Gutachter und Bilanzprüfer zu bekommen, um dieses

alles auch auf den Weg bringen zu können. Der Deutschen Bank war dies sehr wohl bekannt.

Nachdem aber endlich eine Rohbilanz erstellt war, kamen ständig neue - wie die Vorstände berichteten - schikanöse Forderungen.

Im Dezember 1990 - alle Vorgaben waren erfüllt - fehlte dann zur Auszahlung der 7,6 Millionen DM, dies seit Juli abrufbereit in den Filialen vorlagen, als letzter Schlußbaustein - man glaubt es nicht und wird es in den Bereich der Fabel abtun - es fehlte zur Eintragung der Registerauszug über die Existenz der Deutschen Bank! In der Zwischenzeit weigerte sich die Hausbank bzw. die zuständigen Filialen der Deutschen Bank, die entsprechenden Baurechnungen weiter anzuweisen.

Es wurde nur angewiesen, was durch den Verband der Konsumgenossenschaften in Berlin als Globalbürgschaft anerkannt war. Der darüber hinausgehende Kreditbedarf, der ja auf dem Konto schon abrufbereit lag, wurde nicht angewendet und auch als Gegenbürgschaft nicht akzeptiert.

Kurz vor der Fertigstellung einzelner Bauetappen wurden dann bestimmte notwendige Einbauten von Zulieferfirmen nicht mehr finanziert bzw. die Bezahlung eingestellt, mit dem Ergebnis, daß Firmen ihre Ware bzw. die Produktionsteile nicht mehr zur Verfügung stellten und die notwendigen Bauten nicht termingerecht fertig wurden. Dadurch entstand die Notwendigkeit, andere dringend benötigte Geldmittel abzukziehen, um den Bau der jeweiligen Kaufhallen nicht endgültig zu gefährden.

Obwohl die Filialleitung der Bank mündlich zu diesem Bau angeraten hatte, wußte sie auf einmal davon nichts

mehr. In dem konkreten Fall Wort hielt die dortige Konsumgenossenschaft das alles nur für unglücklich Umstände, und im Februar 1991 wurde der Vorstand der Konsumgenossenschaft Worbis bei der KfW in Frankfurt vorstellig. Dort versuchte man immernoch, den Kredit endlich freizubekommen.

Im Laufe dieses Gespräches bei der Vorstand der Konsumgenossenschaft Worbis zum ersten Mal - und ihn völlig unverständlich - ein Schreiben der Deutschen Bank Worbis vorgelegt in dem diese auf die beantragten Kreditmittel schriftlich verzichtet hat und den KfW-Kredit zurücküberwies hat.

Der Inhalt dieses Schreibens war die Konsumgenossenschaft als antragstellendes Unternehmen nicht bekannt. Diese Verhaltensweise der Deutschen Bank war für die KfW völlig unverständlich. So etwas hätte man in dieser Art noch nicht erlebt. Man konnte aber erst recht nicht begreifen, daß dieses drei gleichgelagerten Fällen in Thüringen so geschehen sei.

Das Ende vom Lied - alle drei Konsumgenossenschaften haben ihre Kreditmittel nicht bekommen.

Alle drei Kreditmittelbeträge sind das KfW-Institut in Frankfurt zurück transferiert worden. Und als Dreistigkeit zum Schluß buchte die Deutsche Bank in allen drei Fällen vom Betriebskonto die Summe von 124.062,50 DM als Bereitstellungsprovision ab.

Das Ende vom Lied, der Markt war eine unliebsame Konkurrenz los.

Alle Angaben in diesem Artikel sind durch Unterlagen und eidesstattliche Versicherungen gedeckt.

Bodo Ramelow, Landesvorsitzender HD Thüringen. (Aus Platzgründen gekürzt)

Große Opposition statt Große Koalition?

In Berlin will die SPD wieder mit der CDU koalieren

Drei Wochen nach den Berliner Wahlen deuten alle Zeichen auf eine weitere große Koalition. Nachfolgend kurz der Stand der Diskussion in einigen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien.

SPD: Der Landesparteitag am 7. 11. beschloß, Mitte November Sondierungsverhandlungen mit der CDU aufzunehmen sowie Gespräche mit den Grünen zu führen. Gleichzeitig wurde beschlossen, erst auf einem weiteren Landesparteitag im Dezember über die Aufnahme formeller Koalitionsverhandlungen zu entscheiden. Während dieses langsamen Vorgehen (in die große Koalition) mit 188 Stimmen gegenüber 104 für den sofortigen Ausstieg in die Opposition beschlossen wurde, zeigt das Abstimmungsergebnis zu der Frage, ob die SPD-Senatoren zurücktreten sollen, wie zerissen die SPD gegenwärtig ist: Mit nur 9 Stimmen Mehrheit wurde die Forderung nach Rücktritt abgelehnt.

Inzwischen wurden am 12. 11. bereits Sondierungsgespräche zwischen SPD und CDU geführt.

Grüne: Die Grünen haben im Wahlkampf für eine Koalition mit der SPD gewonnen und ausgeschlossen, daß sie

eine solche von der PDS tolerieren lassen. Sie fordern jetzt von der SPD, daß sie in eine große Opposition gehen soll. Gleichzeitig sagen sie Nein zu einer schwarz-grünen Koalition und zur Tolerierung eines CDU-Minderheitensensats, den Teile der SPD befürworten. In ihrem auf der Landesdelegiertenkonferenz am 11. 11. gefaßten Beschluß sprechen sie sich für eine alternative Regierungsmehrheit ohne CDU aus, sagen aber nicht, wie sie es konkret erreichen können, wenn sie gleichzeitig eine Tolerierung durch die PDS ablehnen.

Auf Bezirksebene gehen die Grünen differenzierter vor. Sie haben sich von „Zählgemeinschaften“ gegen die PDS distanziert, wie sie Landowsky von der CDU gefordert hat. Sie lehnen PDS-Bürgermeister auch nicht grundsätzlich ab, wollen aber die Personalvorschläge gründlich prüfen. Konkret: Sie lehnen solche Kandidaten bzw. Kandidatinnen der PDS ab, die nach ihrer Auffassung belastet sind (Stasi).

PDS: Die PDS-Basis hatte sich im Vorfeld des Wahlkampfes gegen die Festlegung auf Tolerierung eines rot-grünen Minderheitensensats ausgesprochen; hierüber soll erst auf dem für Anfang Dezember stattfindenden Landespartei-

tag befunden werden. Gleichwohl von Spitzenkandidaten bzw. Landesvorstand geäußerte Tolerierungsmeinungen schienen deshalb irrelevant, weil nur wenige glaubten, daß die PDS tatsächlich in eine Lage kommen könnte, wo dies relevant werden würde.

Nach dem jetzigen Wahlergebnis haben SPD und Grüne zusammen 85 Sitze gegenüber 87 der CDU. Sofort haben PDS-Landesvorstand als auch die meisten Spitzenkandidaten ihr Tolerierungsangebot erneuert und 7 Schwerpunktthemen (u. a. Mieten, Sozialpaß, Ausbau des Straßenbahnnetzes statt U-Bahn) genannt. Mit Briefen an die SPD-Delegierten bzw. Anwesenheit von PDS-Vorstandsmitgliedern auf den Parteitagen von SPD und Grünen versucht die PDS, ihr Tolerierungsangebot an den „Mann zu bringen“. Von der PDS kam auch der Vorschlag, eine „unabhängige Persönlichkeit“ als Regierenden Bürgermeister zu wählen, zum Beispiel Günter Gaus. Der winkte aber sofort ab.

Auf Bezirksebene fordert die PDS für 5 Bezirke (Mitte, Marzahn, Hellersdorf, Lichtenberg, Hohenschönhausen) den Posten des Bürgermeisters. Dort hat sie jeweils Anspruch auf 3 der 5 Stadtratsposten. Da die Bürgermeister wie auch

Stadträte trotzdem gewählt werden müssen, ist hier die Aussage der Grünen wichtig, daß sie sich nicht zu Zählgemeinschaften gegen die PDS hergeben da dies nur der CDU nütze.

Praktische Zusammenarbeit von SPD, Grüne und PDS gab es bereits unter den „Jungen“. In einer gemeinsamen Erklärung sprachen sie sich gegen eine große Koalition aus.

Auf dem Landesparteitag der SPD dokumentierten sie die Ablehnung auf einem Transparent: „Diepgen jetzt absetzen, linke Mehrheit nutzen. SPD + PDS = 51,6%!“

In den Hintergründen bei allen Diskussionen sind im Moment die Inhalte von wie auch immer gearteten Koalitionen getreten. Eine rot-grüne Koalition ist eigentlich nicht vorstellbar, sieht man sich die praktische Politik der SPD-Senatsverwaltungen an. Die Kluft zwischen Grünen-Forderungen und SPD Positionen selbst in Fragen des ÖPNV, des Städtebaus, der Asylpolitik, Fusion Berlin-Brandenburg usw. ist extrem groß.

Lediglich in Fragen von Haushaltskürzungen (konkret: Sparmaßnahmen auf Kosten der Beschäftigten, Ausgabe stopp u. ä.) liegt man näher beieinander - (har

Mit dem am 27. Oktober vor der 36. großen Strafkammer des Landgerichts Berlin eröffneten Prozeß gegen sechs Generale der ehemaligen Führung der Grenztruppen der DDR findet die in der jüngeren deutschen Geschichte beispiellose Abrechnung der Sieger mit den Besiegten ihre Fortsetzung.

Auch dieser Prozeß sollte die Menschen in Ost- und Westdeutschland veranlassen, sich Klarheit darüber zu verschaffen, was seit der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands „im Namen des Volkes“, also in ihrer aller Namen, wirklich geschieht: Unter mißbräuchlicher Berufung auf eine freiheitlich-demokratische Rechtsordnung und den Rechtsstaat erheben sich Richter des einen Staates zum Richter über die Gesetzgebung und Rechtsordnung eines anderen Staates, erklären im nachhinein seine Gesetze für „rechtlich nicht relevant“ bzw. für „ungültig“ und verkehren Recht in Unrecht. Das ist so einmalig und so absurd, das ist eine flagrante Verletzung fundamentaler völkerrechtlicher Grundsätze, daß es unglaublich erscheint – aber das praktizieren bundesdeutsche Richter!

Dabei wurde den Fragen des Schutzes der Staatsgrenze der DDR von Anfang an ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Offensichtlich gingen die politischen Führungskräfte und die Justizorgane der BRD bereits 1990/91 von der Überlegung aus, daß sich die Opfer des Kalten Krieges – die es an der ehemaligen Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin bedauerlicherweise gab – besonders gut eignen, die DDR nachträglich weltweit zu diffamieren und ihre früheren Verantwortungsträger sowie die ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen zu kriminalisieren und strafrechtlich zu belangen.

Die Gesamtstrategie für die Strafprozesse gegen gesetzestreue DDR-Bürger zeichnete sich bereits im 1. Grenzprozeß ab. Dieser mit Priorität durchgeführte Prozeß hatte dreifache Funktion: erstens sollte er den „Volkszorn“ darüber entfachen, daß nun „wieder einmal“ die „Kleinen“ aufgehängt und die „Großen“ laufengelassen wurden; er sollte zweitens als Pilotprozeß richtungsweisend dafür sein, die reale geschichtliche Situation der Systemauseinandersetzung, in der konkrete Handlungen stattfanden, auszuklammern, und er sollte drittens die These vom „Unrechtsstaat DDR“ durch totale Negation der staatlichen Souveränität der DDR und durch totale Kriminalisierung des staatlichen hoheitlichen Handelns beweisen und begründen. Aufgabe der bürgerlichen Medien war es dabei, das Denken vieler Menschen nach dieser Konzeption auszurichten, wozu auch die suggestiven Formeln von den „Mauermorden“ und den „Mauerschützen“-Prozessen beitrugen.

Die in den Anklagen und bisherigen Urteilen eigens für diese Verfahren entwickelten Rechtskonstruktionen sind vielfach dubios, mißachten geltendes Völkerrecht sowie grundsätzliche Rechtsprinzipien der BRD und können nur als Ausdruck unverhüllter Siegermentalität bewertet werden. So wurde und wird u. a. von den ehemaligen Grenzsoldaten gefordert, daß sie das von der Volkskammer der DDR beschlossene Grenzgesetz als „Unrechtsgesetz“ hätten erkennen und Handlungen zu seiner Durchsetzung hätten ablehnen müssen.

Die Verfahren gegen Politiker und Angehörige der Grenztruppen der DDR laufen auf Hochtouren. Keine Führungsebene, vom Kommando der Grenztruppen bis zur Grenzkompagnie bzw. vom Chef der Grenztruppen bis zum Postenführer, soll ausgelassen werden. Davon zeugen nicht nur die lau-

fenden Verfahren und erhobenen Anklagen, sondern auch die zahlreichen Vorladungen zu Beschuldigten- und Zeugenvernehmungen. Jeder, der aufgrund seiner Dienststellung und seiner Dienstpflichten an der Erarbeitung von Befehlen oder anderen militärischen Bestimmungen zum Schutz der Staatsgrenze der DDR mitgewirkt hat, der Befehle erlassen oder erteilt hat, der am pioniertechischen Ausbau beteiligt war, und jeder, der im Grenzdienst auf Grund der Lage veranlaßt war, in Übereinstimmung mit dem Grenzgesetz von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, soll vor Gericht gezeirrt, des Totschlags oder des versuchten Totschlags schuldig gesprochen und verurteilt werden.



Abrechnung mit den DDR-Grenztruppen

Von Hans Fricke

Charakteristisch für diese Strafverfahren ist, daß die inhaltlichen Forderungen von Beschlüssen, Direktiven, Befehlen und anderen militärischen Bestimmungen aus dem Zusammenhang gerissen, willkürlich umgedeutet und im Sinne der Anklage als strafrechtlich relevante Beweismittel verwendet werden. So wurde, um ein Beispiel zu nennen, im Verfahren gegen Erich Honecker und andere als „Beweis“ für die Existenz eines „Schießbefehls“ auch auf eine Passage des vom Verteidigungsministerium jährlich erlassenen Befehls 101 zurückgegriffen. Danach waren Grenzverletzer „festzunehmen“ oder „zu vernichten“. Hätte das Gericht diese Befehlspassage nicht formalistisch bewertet, sondern sich die Mühe gemacht, die Systematik dieses Befehls zu erfassen, dann wäre festgestellt worden, daß den Grenztruppen im Rahmen ihrer Hauptaufgaben immer Aufgaben in zweifacher Hinsicht gestellt wurden:

- den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze zu gewährleisten und Grenzverletzer festzunehmen und
- immer bereit zu sein, bewaffnete Überfälle subversiver Kräfte entschlossen abzuwehren und im Falle einer Aggression Gefechthandlungen zur Sicherung und Verteidigung der Staatsgrenze zu führen.

Bei der erstgenannten Aufgabe war in Übereinstimmung mit dem Grenzgesetz der Schußwaffeneinsatz nur als letztes Mittel zur Festnahme – also nur zur Verletzung, nicht zum Töten der Grenzverletzer erlaubt. Deshalb widerspricht es diesem Teil des Befehls 101, wenn in ihn eine Aufforderung zum Töten von Grenzverletzern hineininterpretiert wird, und es widerspricht auch der Praxis der Aufgabenstellung in den

Grenztruppen. Die Forderung, Grenzverletzer „zu vernichten“, bezog sich nur auf die entschlossene Abwehr bewaffneter Angriffe bzw. auf die gefechtsmäßige Sicherung der Staatsgrenze im Verteidigungsfall.

Auch bei der Bewertung des § 27 des Grenzgesetzes der DDR (Anwendung von Schußwaffen) durch die bundesdeutsche Justiz wird Recht in Unrecht verkehrt. Jeder, der unvoreingenommen und unparteiisch diese Bestimmungen mit den entsprechenden Paragraphen 11 und 12 des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes vergleicht, erkennt, daß die Regelungen des Grenzgesetzes als Ausnahmeregelungen konzipiert sind,

solches Suggestieren keinen faßbaren Nachweis, aber es paßt wie andere Unterstellungen so schön zur These vom „Unrechtsstaat DDR“.

Die bundesdeutsche Justiz sieht auch in den im Grenzgebiet angelegten Minensperren eine strafrechtliche Verantwortlichkeit von Politikern und Militärs der DDR. Sie weigert sich beharrlich, zur Kenntnis zu nehmen, daß es sich bei der Grenze der DDR zur BRD nicht nur um eine Staatsgrenze im Sinne des Völkerrechts handelt, sondern daß diese Grenze gleichzeitig für die Staaten des Warschauer Vertrages die vorderste Linie für die gemeinsame Verteidigung im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen Warschauer Vertrag und NATO war. Weil das so ist, wurden bestimmte Maßnahmen des Schutzes dieser Grenze nicht allein durch die DDR, sondern als vorsorgliche Verteidigungsmaßnahmen in den politischen und militärischen Gremien des Warschauer Vertrages bzw. zwischen den politischen und militärischen Führungen der DDR und der Sowjetunion festgelegt. Dazu gehörten auch Entscheidungen zur Verlegung von Minen.

Es gibt keine völkerrechtliche Bestimmung, die einem Staat verbietet, seine Grenzen zum militärischen Sperrgebiet zu deklarieren und erforderlichenfalls auch durch Minensperren abzusichern, sofern durch die Anlage dieser Sperren und ihre Kennzeichnung bzw. Absperrung eine Verletzung der Zivilbevölkerung ausgeschlossen ist. Die Minenfelder befanden sich ausschließlich an der Staatsgrenze der DDR zur BRD, und zwar im Schutzstreifen, der seinem Charakter nach militärisches Sperrgebiet war und von den Grenztruppen militärisch gesichert wurde. Sie waren durch einen 2 Meter hohen Drahtzaun ausreichend abgegrenzt und durch große Warnschilder von beiden Seiten unübersehbar gekennzeichnet, so daß sie nur den Personen gefährlich werden könnten, die sich wissentlich dieser Gefahr aussetzten.

Man mag politisch und moralisch über das Grenzregime der DDR streiten: rechtlich – und allein darauf kommt es bei den Strafprozessen an – kann es nicht als rechtswidrig bezeichnet werden, sondern muß von der bundesdeutschen Justiz als staatsrechtlich zulässig hingenommen werden. Dazu gibt es in einem Rechtsstaat keine Alternative! Deshalb führt jedes Gericht, das in einem Verfahren zum Grenzregime das Recht der DDR zu ihrer Grenzsicherung grundsätzlich verneint, einen politischen Prozeß und fällt ein politisches Urteil. Gerichte, die Hoheitsträger der DDR für Handlungen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und auf der Grundlage der Verfassung ihres damaligen souveränen Staates anklagen, begehen damit einen Akt der Siegerjustiz. Indem sie nachträglich Handlungen für strafbar erklären, die zur Zeit ihrer Begehung nicht strafbar waren, verletzen sie das strafrechtliche Rückwirkungsverbot und verstoßen damit gegen fundamentale völkerrechtliche und rechtsstaatliche Prinzipien.

Politik und Justiz Deutschland sind aufgefordert, endlich Schluß zu machen mit der Kriminalisierung von 40 Jahren DDR, eines anerkannten Staates, weil dies weder historisch, politisch, moralisch, noch juristisch begründet ist und den Weg zum Inneren Frieden in Deutschland für lange Zeit versperrt.

Hans Fricke war lange Jahre ein Kommandeur der Grenztruppen der früheren DDR. Im GNN-Verlag erschienen von ihm 1993 seine Erinnerungen: „Davor, dabei, danach. Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet“. Sein Beitrag stützt sich auf das von der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) herausgegebene und im GNN-Verlag erschienene Weißbuch „Nr. 5: „Unrecht im Rechtsstaat – Strafrecht und Siegerjustiz im Beitrittsgebiet“.

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

Daimler rüstet Türkei weiter auf

Auf einer Veranstaltung der Grünen in Würth berichteten am 2.11. Holger Isabelle Jänicke vom „Büro für alternative Rüstungsexport-Kontrolle im DFG-VK“ zum Thema Waffenexport der Bundesrepublik an die Türkei. Die Türkei ist das Waffenimportland Nr. 1 auf der Welt, die Deutschen lieferten seit 1964 im Wert von knapp neun Milliarden Dollar.

Daimler Benz ist massiv daran beteiligt. U.a. sind vom Werk in Würth bislang elf Sattelzugmaschinen für den schnellen Transport von Panzern auf den Weg in die Türkei geschickt worden. Mindestens zusätzliche 115 Stück sollen folgen. Gegenüber den Beschäftigten im Werk werde Geheimniskrämerei betrieben, die Fahrzeuge werden als CKD (completely knocked down), das heißt als Bausatz, verschickt und dann in der Türkei bei Mercedes zusammengebaut. Mit friedlichen Aktionen soll dagegen vorgegangen werden. (evd)

Seehofer verweigert 7000 Pflegestellen

Das Bundeskabinett hat am 24.10.1995 auf Antrag von Bundesgesundheitsminister Seehofer (CSU) beschlossen, die Pflege-Personalregelung (PPR) auszusetzen. Damit will die Bundesregierung erreichen, daß im nächsten Jahr 7000 Krankenpflegestellen, die aufgrund der PPR ermittelt wurden, nicht besetzt werden können. Die PPR wurde als Artikel 13 des Gesundheits-Strukturgesetzes 1993 in Kraft gesetzt. Seitdem ermittelt das Pflegepersonal tagtäglich die Pflegeintensität eines jeden Kranken auf den Allgemeinstationen. Auf dieser Basis wird jeder Kranke einer von insgesamt neun Pflegeintensitätsgruppen zugeordnet. Je höher der Intensitätsgrad der Pflege, um so mehr Pflegepersonal sollte den Krankenhäusern aufgrund der PPR zustehen. Das Pflegepersonal erduldet den enormen Verwaltungsaufwand dieser Erfassung in der trügerischen Hoffnung nun endlich belegen zu können, was die Pflegenden tatsächlich leisten.

Dem Gesetzgeber war von vornherein klar, daß die PPR ein enormes Mißverhältnis zwischen ermitteltem Pflegeaufwand und besetzten Stellen im Pflegedienst offenkundig machen würde. Der ermittelte Mehrbedarf sollte deshalb nicht auf einen Schlag verwirklicht werden, sondern in Stufen in einem vierjährigen Zeitraum vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 1996.

Ursprünglich war das Gesundheitsministerium davon ausgegangen, daß durch die PPR ein Personalmehrbedarf von 13 000 Stellen ermittelt werden würde. Nach Aussagen des Gesundheitsministeriums sollen bis heute bereits 20 000 Stellen aufgrund der PPR ermittelt und neu geschaffen worden sein, was allerdings von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) bezweifelt wird. Ohne die jetzt vom Kabinett beschlossene Aussetzung kämen 1996 nochmals 7000 Stellen hinzu.

Diese 7000 Stellen werden von Seehofer nunmehr verweigert. Dabei ist ihre Notwendigkeit aufgrund der Maßstäbe ermittelt worden, die die Parlamentsmehrheit mit der PPR vorgegeben hatte. Und diese Maßstäbe waren schon kritikwürdig genug: ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich (§1, Abs. 3 PPR) sollte Pflege im Krankenhaus sein – mehr nicht! Berufsverbände und Gewerkschaften kritisierten, daß insbesondere der Zeitaufwand für soziale und psychische Betreuung der

Kranken durch die PPR viel zu wenig berücksichtigt würde. Wenn nun aber selbst die 7000 für eine ausreichende Pflege notwendigen Stellen verweigert werden, ist die Regierung offensichtlich an einem Punkt angelangt, wo sie die Krankenhäuser zu einer Pflege zwingen will, die schlechter als ausreichend ist.

Um so bedenklicher, daß in einer Gesprächsrunde im Bundesgesundheitsministerium die einflußreichen berufsständischen Pflegeverbände Kompromißbereitschaft signalisierten und vorschlugen, die PPR nur teilweise umzusetzen. Nur die ÖTV und andere Gewerkschaften sowie der Marburger Bund bestanden auf der fristgemäßen Umsetzung der vierten Stufe der PPR. Anstalten dafür zu kämpfen, macht die ÖTV aber auch nicht.

Die Aussetzung der PPR ist nur Teil eines ganzen Maßnahmenkatalogs, der die Krankenhausleistungen drastisch beschränken soll. Die Bundespflegegesetzverordnung (BpflVO) 1996, die die Krankenhäuser in finanzielle Engpässe treiben wird, ist noch nicht in Kraft, da bereitet Seehofer bereits ein Vorschaltgesetz zur BpflVO vor, das noch Mitte Dezember über die parlamentarische Bühne gebracht werden soll. Die Empörung über den Seehoferschen PPR-Betrug ist groß. Gewerkschaftliche Aktionen für die fristgerechte Umsetzung der vierten Stufe der PPR könnten vielleicht nützen, um das ganze Vorschaltgesetz zu Fall zu bringen. (kar)

Süddeutscher Verlag: Jubelfeier doch ohne Eier!

Der Süddeutsche Verlag (SV) soll in drei Teile zerschlagen werden. Belegschaft und Betriebsrat waren entschlossen, die negativen Folgen dieser Betriebsaufspaltung nicht hinzunehmen.

Am 6.10., dem 50jährigen Jubiläum der Süddeutschen Zeitung flogen nun doch keine Tomaten auf den Bundespräsidenten, wie Geschäftsführer Braun befürchtet hatte, keine wütenden Kollegen demonstrierten vor dem Festsaal, als die Gäste einzogen, und die Plakate mit dem Protest der Belegschaft blieben ungeklebt. Denn aus Furcht vor einer Störung des Jubiläums hatte die Geschäftsleitung nachgegeben und einige wichtige Forderungen des Betriebsrats erfüllt. Der erzielte Kompromiß sieht folgendermaßen aus:

Der soziale Besitzstand wird gewahrt: das übertariflich höhere Weihnachts- und Urlaubsgeld, Treueurlaub, Fahrgeldzuschuß, EDV-Schutzbestimmungen, Leistungszulagen usw. Alle geltenden Betriebsvereinbarungen sollen in den neuen Technik-Gesellschaften übernommen werden. Die neuen Betriebe treten dem Kapitalistenverband bei, so daß die Tarifbindung gewährleistet ist.

Diese Zusage wurde allerdings bitter erkaufte. Die Geschäftsleitung war nur bereit, hier zuzustimmen, wenn der Betriebsrat einer neuen Maschinenbesetzungsregelung in der Rotation zustimmt. Die Maschinenbesetzung regelt per Tarifvertrag, wieviele Drucker und Helfer an einer Druckmaschinenstraße stehen müssen. Ca. 54 Kollegen sollen danach ausscheiden. Sie werden zwar nicht entlassen, da es genügend Kollegen gibt, die gern mit Sozialplan ausscheiden. Aber natürlich bedeutet das, daß die restlichen Kollegen entsprechend intensiver malochen müssen – die zusätzliche Belastung ist groß.

Der bestehende Betriebsrat darf bis zu den nächsten Betriebsratswahlen, also für etwa zweieinhalb Jahre, in seinem Amt bleiben. (aus: AufDraht)

Pflege gefährlich

Bundesweit wird von Betreibern der Privatisierung von kommunalen Krankenhäusern das Stuttgarter Modell Sana GmbH als Musterprojekt propagiert: Kostensparend, weil privates Management jedem bürokratischen Denken von Kommunalbeamten und gemeinderätlicher Kontrolleuren überlegen sei. Jetzt berichtet die AG Weiße Fabrik, eine Arbeitsgruppe der ÖTV an zwei Stuttgarter Krankenhäusern, von Erfahrungen in der psychiatrischen Klinik des Bürgerhospitals.

Betriebsintern dokumentiert das Pflegepersonal der geschlossenen Stationen bereits seit Jahren durch Überlastungsanzeigen, daß sie die Verantwortung für die untragbaren Zustände nicht mehr übernehmen können. Auch die ÖTV informiert durch ihre Betriebszeitungen seit langem (zuletzt im Juli 1995 ausführlich über fünf Seiten) auch die lokale Presse und den Gemeinderat der Stadt Stuttgart. All das wurde regelmäßig ignoriert. Es brauchte, so scheint es, zuerst eine Beschwerde einer ehemaligen Patientin (in einem Leserbrief an die Stuttgarter Zeitung, d.Red.), damit die für Personal und Patienten unerträglichen Zustände an die Öffentlichkeit gebracht werden. Allein diese Tatsache bereits zeigt, daß sich der verantwortliche Krankenhausdirektor, Herr Spindler von der Sana, erst dann genötigt sieht, darauf einzugehen, wenn er durch die Öffentlichkeit dazu gezwungen wird.

Zu den „feldlazarettähnlichen Zuständen“, die Herr Professor Täschner im Artikel der Stuttgarter Zeitung vom 9.10.1995 treffend beschreibt, gehören Flurbetten und Zwangsmaßnahmen wie Fixierungen oder der hochdosierte Einsatz von Psychopharmaka. Immer wieder kommt es vor, daß nur zwei bis drei Pflegekräfte 25 bis 30 akute psychiatrische Patienten in geschlossener Umgebung verwahren müssen; gesetzlich vorgeschriebene Pausen können oft gar nicht genommen werden. Ein Zusammenhang zwischen Suiziden oder anderen Todesfällen in der Psychiatrie und den unerträglichen Mißständen läßt sich im Einzelfall natürlich nicht nachweisen. Offenkundig ist aber, daß es einen Zusammenhang zwischen der Versorgung der Patienten und der Anzahl, Qualifikation und Erfahrung der Kolleginnen und Kollegen gibt.

Neben der Tatsache, daß das Bürgerhospital die einzige psychiatrische Aufnahmeklinik im Umkreis Stuttgarts ist, gibt es aber eine ganze Reihe hausgemachter und bekannter Mißstände. Denn trotz aller Rechenakrobatik des Krankenhausdirektors Spindler sind längst nicht alle Stellen besetzt. So wurden vom Krankenhausmanager Spindler auch Aushilfen, die bei höchster Personalnot geholt werden, ganz im Sinne organisierter unmenschlicher vordergründiger Wirtschaftlichkeit so verrechnet, als wären diese Stellen tatsächlich auf den Stationen vorhanden. Des weiteren lohnt es sich genau hinzusehen, wie die Pflegepersonalstellen qualitativ besetzt sind. Statt durch examiniertes Personal werden nach wie vor viele Stellen auf den geschlossenen Stationen durch ungelernte Hilfskräfte besetzt.

Ein weiterer Punkt ist die hohe Fluktuation auf den geschlossenen Stationen; denn es gibt nur wenige Kolleginnen, die es lange unter den beschriebe-

Privatisiert: Sana GmbH in Stuttgart

nen Zuständen aushalten. In der Folge bedeutet dies, daß es zu wenige Kolleginnen gibt, die eine große Psychiatrie Erfahrung haben. Immer wieder kommt es zu Kündigungen von drei bis sechs Kolleginnen pro Station auf einen Schlag. Durch die ständige Überlastung sind die Ausfallzeiten auf den geschlossenen Abteilungen besonders hoch. Da es im ärztlichen Bereich nicht viel anders aussieht, müssen diese Defizite zusätzlich vom Pflegepersonal mit aufgefangen werden. Es gibt allerdings ein Gegenbeispiel: Eine der geschlossenen Aufnahmestationen; in ihrem ausgearbeiteten Konzept wurde festgelegt, daß weniger Patienten als auf den anderen geschlossenen Stationen betreut werden müssen, Flurbetten nicht vorkommen und die Station abends keine akuten Zugänge mehr aufnehmen muß.

So schlimm es ist, es bleibt eine Tatsache, daß sich diese Mißstände für Krankenhausdirektor Herr Spindler auszahlen. Und auch der Gemeinderat und die Stuttgarter Presse schauten bisher nur auf das enorm reduzierte Defizit im Bürgerhospital, ohne darauf zu achten, wie dies erkaufte wurde:

– Eine Personalstelle mit einer unqualifizierten Hilfskraft zu besetzen, ist erheblich billiger, als eine qualifizierte Pflegekraft einzustellen.

– Je höher und schneller die Fluktuation, desto billiger sind die Arbeitskräfte. Erfahrene Kolleginnen, die lange im Betrieb sind, kosten wegen Bewährungsaufstieg und höherer Altersgruppenstufe mehr als neue, junge Kolleginnen.

– Gar nicht besetzte, aber von den Kassen finanzierte Stellen sind zum Abbau des Krankenhausdefizites natürlich besonders effektiv zu verwenden.

Wenn Herr Spindler also in der Öffentlichkeit von Qualitätssicherung und hoher Pflegequalität spricht, ist in der Realität gefährliche Pflege an der Tagesordnung. Gemäß seinem Auftrag von der Stadt Stuttgart geht es ihm eben nicht um eine gute Patientenversorgung, sondern um eine ausreichende Patientenversorgung und um den Abbau des Defizits. Dies bedeutet, daß Mitarbeiterinnen wie Patienten in erster Linie reibungslos zu funktionieren haben, ein gutes Betriebsklima, das im Endeffekt ebenfalls den Patienten zugute kommen würde, ist dabei möglicherweise nicht einmal gewünscht. Mit einem Wort von Herrn Spindler eben ein „Rekrutierungsproblem“.

Momentan wird der Betrieb der geschlossenen Aufnahmestationen mit administrativen Maßnahmen aufrechterhalten. So wurden bereits einige Kolleginnen zwangsversetzt und die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Stationsablaufes an die jeweils noch anwesenden Pflegekräfte abgegeben.

Auch in den anderen Bereichen des Bürgerhospitals und des Krankenhauses Bad Cannstatt (für beide Kliniken ist Herr Spindler der Krankenhausdirektor) werden die Zustände drastisch schlechter.

Auch in anderen Bereichen ist es also nur noch eine Frage der Zeit, bis die Presse die Öffentlichkeit über die Mißstände in den Kliniken informieren muß; entweder weil es immer schmutziger wird und die Versorgung immer schlechter oder weil sich wieder Patienten an die Presse wenden.

AG Weiße Fabrik der ÖTV (gekürzt)

Zwickel für Anpassung an „Industriestandort“

IG-Metall-Gewerkschaftstag: Starke Kritik an Vorstandspositionen, aber keine Mehrheitsbildung auf der Linken

Von vornherein wurde in der Öffentlichkeit versucht, die Delegierten des Gewerkschaftstags unter Druck zu setzen und die Richtung der Auseinandersetzung vorzugeben. Der Spiegel wollte mit Enthüllungen über die Verschleuderung von Gewerkschaftsvermögen den Schwerpunkt der Diskussion setzen, weiter sollten sich „Traditionalist“ und „Modernisierer“ um die 30-Stunden-Woche streiten, wobei die „Modernisierer“ diejenigen sind, die sie ablehnen und damit „neue“ Wege in der Gewerkschaftspolitik gehen.

Bundespräsident Herzog legte in seiner Eröffnungsansprache geschickt nach: „Die Ressource Mensch – an sich schon eine unmoralische, inhumane Formulierung (Beifall) – pfleglich zu behandeln, ist besonders in einer Gesellschaft überlebenswichtig, die von der Kreativität und Schaffenskraft ihrer Bürger lebt.“ Und später: „Es sollte in der Diskussion über eine arbeitsplatzschaffende Tarifpolitik nicht von vornherein gleich schon Tabuthemen geben.“

Nach der Berichterstattung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder wurde in etlichen Diskussionsbeiträgen die Politik der Sozialpartnerschaft angegriffen, das „Co-Management“, die Flexibilisierung, auch der Arbeitszeiten über Langzeitkonten, die mangelnde Bestimmung der öffentlichen Diskussion durch gewerkschaftliche Themen. Parallel laufen Unterschriftenlisten zu Initiativ- und Ergänzungsanträgen, darunter einer, der die Einsetzung einer Untersuchungskommission zu den Immobilienengeschäften der IG Metall in Frankfurt forderte. Ansonsten bestimmte dieses Thema die Debatte nicht.

Eine Organisationsdebatte mit verqueren Standpunkten

Die erste große Diskussion wurde darüber geführt, ob der Vorstand von elf auf neun geschäftsführende Mitglieder verringert werden soll. Die Vorstandskritiker wollten bei elf bleiben, um die Demokratie gegen den nichtgewählten Apparat zu verteidigen, und erst später eine umfassende Organisationsreform durchführen. Es ergab sich eine kuriose Auseinandersetzung, in der keine Seite offen argumentierte, wie bei Personalfragen oft. Die Kritiker wollten linke Positionen und Yilmaz Karahasan im Vorstand nicht verlieren, der Vorstand hatte kein Konzept vorgelegt, wie der Apparat beschnitten, die Aufgaben besser verteilt und die Verwaltungsangestellten, bei denen bisher am meisten gespart wurde, wieder gestärkt werden können.

Er wollte den bisherigen Proporz wahren, freie Hand haben bei der Aufgabenverteilung und sah die Symbolik eines ausländischen Kollegen im Vorstand als erledigt an. Die Zweidrittelmehrheit für neun Vorstandsmitglieder wurde erreicht. Zwickel wurde mit 92% gewählt, ein sehr hohes Ergebnis, Riester mit 80%, Abstriche wegen seiner Eigenmächtigkeiten in der Flexibilisierung. Schreiber, der Hauptkassier, wurde mit 48% eigentlich abgewählt, nimmt man die 46 Enthaltungen als Neinstimmen dazu. Später wurde in der Diskussion daran erinnert, daß der gesamte Vorstand eigentlich für die Millionengeschäfte die Verantwortung hat, Zwickel und Riester hielten vor der Wahl ge-

schickt Distanz. Die Satzungsdebatte zog sich bis zum vorletzten Tag hin u.a. mit dem Beschluß, die Wahlperiode in der IG Metall von drei auf vier Jahre zu verlängern. Auch wegen ihr muß der Gewerkschaftstag am 25./26. 11 in Mainz noch mal tagen. Es konnten später nur noch drei von acht Entschlüssen mit Anträgen behandelt werden.

Der Vorstand muß Zugeständnisse machen

Drei Punkte sollten aus der Organisationsdebatte noch erwähnt werden: In der Debatte um eine Frauenquote verfehlten jene Delegierten um 15 Stimmen die Zweidrittelmehrheit, die nach jahrelangen Appellen endlich Taten sehen wollten. Der Vorstand hatte eine andere Position, schickte aber die Satzungsberatungskommission vor. Am nächsten Tag mußte Riester dazu ans Mikrofon und sagte Organisationsrichtlinien zu, die den Willen der Delegierten umsetzen sollen. Einen Aufstand der Verwaltungsangestellten, denen finanziell der Boden unter den Füßen verloren geht, verhinderte Riester mit einer Erklärung, daß ein Strukturfonds mit 20 Millionen DM für die nächsten vier Jahre eingerichtet werden soll. Und es wurde ein Ergänzungsantrag zur E2 (Organisationsentwicklung) beschlossen: ein außerordentlicher Gewerkschaftstag soll neue Organisationsstrukturen beschließen.

Die Delegierten als Statisten bei Änderung in Grundsatzfragen

Zurück zu den Eckpunkten der Tarifpolitik. Zwickel hatte in seinem Grundsatzreferat mit den Aussagen zu einem „Bündnis für Arbeit“ die Delegierten als Kulisse vorgeführt. Er will als „Macher“ seinem Vorgänger Steinkühler und seinem Vize Riester offensichtlich nicht nachstehen. Nicht die Delegierten und ihre Beschlüsse, sondern die „Stars“ bewegen seiner Meinung nach die Medien und damit die Welt.

Entsprechend die Reaktionen in der Presselandschaft. Zwickels Vorschlag wird als „Bewegung“ gefeiert und damit als „Fortschritt“, in der Sache als Aufgabe von Grundsatzpositionen und Übernahme der Argumente der Arbeitgeber.

Kurz nach Zwickels Grundsatzreferat trat auf dem Gewerkschaftstag eine kämpferische Delegation der DASA auf, deren Sprecher, Jörg Heinrich, Vertrauenskörperleiter des Werks Speyer, unter anderem mit riesigem Beifall erklärte: „Nur wenn wir sie selbst, die Art des Wirtschaftens, in Frage stellen, entsteht dieser Druck, der es uns ermöglicht, Entlassungen nicht nur zu vermeiden, indem wir sie Vorruhestand nennen und 55jährige der Allgemeinheit zur Ernährung zur Verfügung stellen. Stellen wir uns dieser Grundfrage nicht, gehen wir und die Republik vor die Hunde.“ Zwickel solidarisierte sich.

Zwickels Positionen werden in Frage gestellt

Die Diskussion des Grundsatzreferats beginnt. Zwickel wird angegriffen. Redner wenden sich gegen das Modell der Marktwirtschaft, gegen die Arbeitszeitflexibilisierung. Loderer wird zitiert mit seiner Aussage: „Solange der Kapitalismus mit uns keinen Frieden macht, ha-

ben wir keine Grund mit ihm Frieden zu machen!“ Im Konkreten wird aber allein auf die Einstiegsgehälter für Langzeitarbeitslose Bezug genommen, die man ablehnt. Insoweit ist die Kritik vorsichtig. An die Frage der Tarifforderung traut man sich weniger. Sichern niedrige Löhne Arbeitsplätze oder nicht?

Bei „Impulsreferaten“ am Nachmittag („Erwartungen anderer an die IG Metall“) spricht u.a. Dr. Dieter Vogel, Vorsitzender der Thyssen Handelsunion: „Eine Tarifpolitik der IG Metall, die Einstiegsgehälter ins Auge faßt, Lohnerhöhungen für einige Zeit auf ein vernünftiges Maß, beispielsweise den Inflationsausgleich, beschränkt, und die volle Flexibilität der Arbeitszeit akzeptiert – also die Summe dieses Horrorkatalogs – eine solche Politik hätte dann natürlich auf der Arbeitgeberseite den Anspruch auf eine stärkere, noch zu definierende Arbeitsplatzsicherung.“ Ein Schuft, der Böses dabei denkt.

Nach der Hälfte der Diskussionsbeiträge wird mit Antrag auf Schluß der



Bald nur noch eine Parole der Vergangenheit?

Debatte die Diskussion zunächst beendet. Sie findet ihre Fortsetzung bei der Entschlüsselung 3 zur Tarifpolitik. Es gibt einen Ergänzungsantrag, der die 30-Stunden-Woche in der Perspektive aufnehmen soll. Von der Antragsberatungskommission werden von den fast 50 Anträgen zur Arbeitszeitpolitik alle als Material zur Annahme empfohlen, nur die ca. zehn Anträge, die die 30-Stunden-Woche formulieren, zur Ablehnung.

Entscheidung zur 30-Stunden-Woche trifft nicht den Kern

Keiner der Antragsteller will die 30-Stunden-Woche als Tarifforderung 1996, keiner der Gegner lehnt die Perspektive ab. Klar ist, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit in den Betrieben nicht Diskussionsthema ist; Fragen wie Arbeitszeitregelungen und Tarifstrukturen entsprechend neuen Arbeitsformen drängen. Die Taktik des Vorstands und der mangelnde Überblick der Linken läßt die Diskussion wieder ins Leere laufen. Mit deutlicher Mehrheit wird der 30-Stunden-Antrag abgelehnt. Dafür wird eine tarifpolitische Fachkonferenz zur Arbeitszeit für 1997 beschlossen.

Der Flexibilisierung sollen Grenzen gesetzt werden

Relativ kurz ist danach die Diskussion um einen Ergänzungsantrag zur Frage der Arbeitszeitkonten, der hier der Flexibilisierung Grenzen zieht, z.B. in Bezug auf Jahres- oder Langzeitarbeitskonten, in Bezug auf die tarifvertraglichen Festlegung, daß vorgearbeitete Zeit nicht ausgezahlt werden darf und daß in den Betrieben überhaupt erst die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, Freizeitausgleich zu nehmen.

Die Diskussionsredner sprechen für Annahme des Antrags, die Antragskommission hatte Annahme als Material vorgeschlagen. Riester ergreift das Wort und verlangt Ablehnung des Antrages, da es bisher in der Praxis schon eine andere Politik gäbe. Die Stimmung der Delegierten ist an diesem Freitagabend nicht gerade vorstandsfreundlich. Die Kommission bleibt bei ihrem Votum.

Entscheidungen widersprechen Zwickels Position

Mit großer Mehrheit wird der Antrag als Material angenommen. Anhand der E3 wird die Diskussion des Grundsatzreferates wieder aufgenommen. Denn es steht in der E3 „Öffnungsklauseln, durch die tarifliche Mindestbedingungen verschlechtert werden, lehnt die IG Metall entschieden ab.“ Wie in der E6 (Sozialpolitik) steht: „Die IG Metall lehnt darüber hinaus alle Vorschläge zur Einführung untertariflicher Einstiegsentgelte ... ab.“ Ebenso steht in der E3 zu Tarifforderungen: „Die zu erwartende Preissteigerung, der gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwachs und eine Umverteilungskomponente bleiben die Grundlagen unserer Forderungen.“ All dies wird in der Diskussion aufgegriffen, die Delegierten wehren sich, eine „Kanzlergewerkschaft“ zu sein, Zwickel soll seinen Vorschlag zurücknehmen. Umgekehrt die Frage in vielen Gesprächen: kann man den gerade gewählten Vorsitzenden per Beschluß demonstrieren? Wie schadet das der IG Metall?

Bezirksleiter gehen in die Bütt für den Vorschlag; Karl Feuerstein, Betriebsratsvorsitzender im Daimler-Benz-Konzern begrüßt ihn schon vorher, und für Samstagmorgen kündigen sich Ergebnissadressen an. Einen Kritiker aus dem ehrenamtlichen Vorstand, der aus dem Nähkästchen geplaudert hat, versuchen Zwickel und Riester unter der Gürtellinie zu demonstrieren.

Zwickel erhält sich freien Spielraum

Zwickel ergreift am Samstag noch einmal das Wort. Er habe keine Positionen aufgegeben. Im Gegenteil, er habe von den Arbeitgebern Vorleistungen gefordert. Dann sei man bereit, etwas von den berechtigten Lohnforderungen zur Verfügung zu stellen. Einstiegsgehälter könnten vereinbart, aber nicht im Tarifvertrag festgeschrieben werden. Wortmeldungen werden zurückgezogen.

Die E3 wird mit großer Mehrheit verabschiedet. Offen bleiben die nächsten Schritte. Wie soll es funktionieren, den Entgelttrahmentarifvertrag „streikfähig“ zu machen, wie es Zwickel forderte, wenn die Lohnforderungen nicht über die Preissteigerungsrate hinausgehen? 1998 läuft fast der gesamte Manteltarifvertrag aus, der „Horrorkatalog“ der Arbeitgeber steht zur Verhandlung, wo sind die Eckpunkte der IG Metall? War Zwickels Vorschlag der Einstieg, sich der „modernen“ deutschen Industrie anzupassen und Löhne wie tarifliche Mindestbedingungen zu opfern im vergeblichen Versuch, den Kapitalexpert aufzuhalten?

Widerstand dagegen gibt es reichlich, aber er kann sich noch nicht durchsetzen. (dir)

„Lebensweltlicher Klassenbegriff“

Verschwinden soziale Interessen in „Kräftefeldern“?

Im Bund-Verlag ist 1993 unter dem Titel „Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel“ eine umfangreiche sozialwissenschaftliche Studie erschienen (1). Praktisches Ziel war, eine Orientierung für künftige sozialdemokratische Politik zu geben. Theoretisch ging es ihnen darum, eine Gesamtlandkarte der Sozialstruktur der BRD-Gesellschaft zu erstellen. Die Autoren wenden sich gegen einen „radikalen Subjektivismus“ und nennen ihr Konzept einen „lebensweltlichen Klassenbegriff“.

Grundvoraussetzung der Untersuchung ist, das Dasein der Menschen in verschiedene Sphären des sozialen Handelns aufzugliedern, die sich (weitgehend) unabhängig voneinander entwickeln. So wird konsequent zwischen Lebenswelt, also dem Alltagshandeln und politischen Grundhaltungen unterschieden. Entsprechend soll die Untersuchung Grundeinstellungen zu Aspekten des Alltagslebens, politische Grundeinstellungen und Freizeit- bzw. Gesellungspraktiken erheben. Außerdem wird die soziale Lage anhand von Veränderungen der Berufsstrukturen erhoben. (In Anlehnung an das Konzept von Bourdieu - s. PB 18/95 S. 15)

Operationalisiert wurde das ganze in sieben Politik- und sechs Gesellungsstile. Auf dem Hintergrund der ökonomischen Lage werden dann aus Kombinationen dieser Stile Milieus gebildet (Zellen), die mehr oder weniger fortschrittliche Mentalitäten aufweisen. Dabei wird der reformorientierte Politiktyp des „kritisch-engagierten“ durchaus auch vom technokratisch liberalen Milieu gespeist. „Der Sozialraum ist also nicht wie ein Schubladensystem, sondern eher wie ein Magnet- oder Kräftefeld strukturiert. Beteiligt sind gleichzeitig mehrere Dimensionen der sozialen Ungleichheit. ... Einige dieser Kräfte ändern sich im geschichtlichen Verlauf, andere sind eher beharrlich.“ (S. 18) Gerade die Politikstile und Gesellungsformen der alternativen Milieus und der neuen Arbeitnehmermilieus - also die jüngeren Generationen - seien reform- und integrationsorientiert. Hier wird eine wachsende Mehrheit für fortschrittliche Politik gesehen.

In dem Konzept bleiben die Quellen der Modernisierungsprozesse in der BRD weitgehend im Dunkeln. Vier Phasen der Nachkriegsentwicklung werden gesehen: 1950 - 60 Übergang zum fordistischen Modell; - 70 Öffnung des sozialen Raums (durch Veränderungen der Berufsstruktur); - 80 Bildungsreform; - 90 soziale Schließung (Abschottung neuer Milieus und Strukturen). Zwar wird der Herausbildung neuer Berufe, die in der Untersuchung zu Berufsgruppen mit spezifischen zugeschriebenen Wertmaßstäben gruppiert werden, eine besondere Bedeutung für den Strukturwandel zugeschrieben. Was aber nun das neue an ihnen ist, wird keiner Betrachtung unterzogen.

Die Stellung dieser Berufsgruppen zu den Produktionsmitteln, ihre spezifische Situation im Produktionsprozess, in der betrieblichen Hierarchie wird überhaupt nicht betrachtet. Dabei haben gerade auch die technologischen Veränderungen Umbrüche in den Re-

produktionsverhältnissen und somit im sozialen Alltagshandeln bewirkt (s. PB 18/95 S. 14). Verstärkte Technisierung der Produktionsabläufe, eine ausgefeiltere Arbeitsteilung (auch zwischen Konzernabteilungen) und in der Folge eine weitgehende Übertragung von Kapitalfunktionen auf Lohnabhängige hat nicht nur veränderte Bildungsvoraussetzungen hervorgerufen (die jetzt irgendwie als aufgeklärte Politikstile in die Gesellschaft zurückwirken), sondern auch zur Ausbildung einer ausgeklügelten Funktionshierarchie geführt, in der nicht wirklich Entscheidungsspielräume wachsen, sondern der Sachzwang immer stärker auf das Handeln wirkt. Das Leben in dieser betrieblichen Hierarchie erschwert eher den doch vorhandenen Wunsch nach Kooperation. So will beispielsweise VW das Kundenprinzip als durchgängiges Grundverständnis verankern. Jeder Arbeitsplatz ist der Kunde des vorherigen. Diese Vorstellung des sozialen Handelns als Dienstleistung erschwert die Verständigung über soziale Interessen.

Rudolf Scharping wird in der Studie ausdrücklich als Vertreter der modernen Milieus genannt. Vielleicht liegt er mit seinem Vorschlag mehr Dienstverhältnisse in privaten Haushalten zu schaffen gar nicht so schlecht. Ein nicht unerheblicher Teil der modernen Milieus verfügt nicht nur über hohe Bildungsabschlüsse, sondern auch über ausreichend ökonomisches Kapital.

Generell verliert die Untersuchung aufgrund ihrer politischen Zwecksetzung an Wert. Auf dem Weg zur Macht braucht die Sozialdemokratie Mehrheiten, und diese werden im Bereich gemeinsamer Grundhaltungen gesucht. Konkrete soziale Interessen als Quelle sozialen Handelns werden von den Autoren ausdrücklich ausgeschlossen, kommen also auch nicht ins Blickfeld. So werden zwar Milieus von zwei Prozent der Wohnbevölkerung gebildet und als Träger neuer Lebensstile akribisch untersucht, aber der immerhin 10% umfassende ausländische Bevölkerungsanteil, der ökonomisch und rechtlich die anderen Bevölkerungsgruppen zusammenfasst, unterschichtet und selbst von den Untersuchungsschwerpunkten ein eigenes Milieu abbilden würde, taucht in der Studie lediglich als Integrationsfaktor in den Fragebögen auf: sollen „die Ausländer, die bei uns leben, das Wahlrecht bekommen?“

Eine der zentralen Grundfragen der Untersuchung bleibt interessant. Wie vermitteln sich „objektive gesellschaftliche Strukturen“ in „subjektive Dispositionen“. Anders gefragt: wie entwickeln sich in der modernen bürgerlichen Gesellschaft die Wechselbeziehungen zwischen Produktion und Reproduktion; wo sind die Quellen, etwas auch anders zu machen, als bisher. Der Beitrag der Studie ist in Bezug auf diese Frage eher dürftig.

-(rog)

(1) Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling, Thomas Hermann, Dagmar Müller, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel - Zwischen Ausgrenzung und Integration; bund: Köln 1993

„Zum Strukturwandel der Gesellschaft“

„Auf der Grundlage von Max Webers Paradigma sozialer Praxis gehen wir von drei Handlungsebenen der Menschen aus, d.h. davon, daß mit der ökonomischen Lage der Menschen noch nicht zwingend feststeht, welches die Prinzipien ihrer alltäglichen Lebensführung sind, und daß wiederum aus diesen alltäglichen Milieu-Mentalitäten nicht direkt folgt, zu welchen politisch-ideologischen Lagern die Menschen gelangen.“ (S. 32)

Für ihre Untersuchung stellen die Autoren folgende drei Thesen auf:

„(1) Die ‚Pluralisierung‘ der alten Großmilieus ist eine empirisch belegbare Erscheinung. Sie ist teilweise eine neue Entwicklung, aber auch eine ‚Revitalisierung‘ einer (unter den historischen Lagerzwängen zurückgedrängten) lange schon angelegten Pluralität von Milieus und Mentalitäten unserer Gesellschaft.“

(2) Die ‚Individualisierung‘ als Optionssteigerung und zunehmende Selbstbestimmung der Individuen bei nachlassender sozialer Kontrolle, hat ebenfalls unbestreitbar zugenommen, aber sie hat für viele Menschen auch die Schattenseiten der Autonomie und auch ihre Grenzen - ...

(3) Die ‚Entkoppelung‘ von sozialen Lagen und für sie ‚typischen‘ Mentalitätsformen ist ebenfalls eine unbestreitbare Erscheinung. Sie ist aber in vielen Fällen historisch nicht neu. Denn Mentalitäten von Milieus führen - ... - grundsätzlich ein Eigenleben, da sie nicht durch ‚Widerspiegelung‘ objektiver Strukturen entstehen, sondern durch das soziale Handeln der menschlichen Vergemeinschaftungen produziert und auch - ... über die Generationen tradiert werden. (S. 108)

„Es kann in der Tat nicht abgestritten werden, daß die alte Klassengesellschaft sich stark relativiert hat. Die Gesellschaft ist

zwar noch vertikal gestuft aber ohne extreme Polarisierungen. Außerdem hat sie sich horizontal pluralisiert, und zwar auf eine Weise, daß die Potentiale der gegenseitigen Toleranz und Integration verschiedener Lebensweisen zugenommen haben.

Natürlich dürfen solche Tendenzen nicht idealisiert werden. Sie sind in der Realität auch mit ichbezogenen, elitären oder vorurteilshaften Zügen vermischt. ... Daher zeigen wir ... eine Typologie von sieben Politikstilen. Diese lassen sich in vier Lager von je einem Viertel der Westdeutschen zusammenfassen.“ (S. 17-18) (siehe Abbildung)

„Schließlich haben wir noch versucht, das von uns zu Beginn unserer Untersuchung hypotetisch umschriebene und sodann qualitativ interpretierte Feld der neuen gesellschaftlich-politischen Milieus auf der Grundlage der Repräsentativbefragung und ihrer Ergebnisse näher zu bestimmen. Wir haben alle Zellen mit überdurchschnittlicher Zustimmung zum Ausländerwahlrecht und überdurchschnittlicher Kombinationspräferenz SPD/GRÜNE zusammengefaßt. ... Alle neun Zellen zeigen einen überdurchschnittlichen Grad sozialen und politischen Engagements, sieben eine überdurchschnittliche Erstpräferenz für die GRÜNEN, sechs eine überdurchschnittliche Bejahung eines inkonventionellen Politikverständnisses. Alle sind überdurchschnittlich jung, alle haben einen mittleren und/oder höheren Schul-Bildungsabschluß und sozialen/betrieblichen Status, sieben von ihnen haben einen überdurchschnittlichen Anteil neuer Berufe. Insgesamt umfassen diese Zellen rund 24% der Bevölkerung. Der wenn man so will harte Kern dieser Gruppierung umfaßt rund 15% der westdeutschen Bevölkerung, d.h. also etwa jene Größenordnung, die wir bei Beginn unserer Untersuchung hypotetisch den von uns vermuteten neuen gesellschaftlich-politischen Milieus zugeschrieben hatten.“ (S. 386)

Gesellschaftspolitische Grundeinstellungen

SINUS-Milieus: HED - hedonistisch; NEA - neue Arbeitnehmer; TEC - technokratisch-liberal; ALT - alternativ; AUF - aufstiegsorientiert; KON - konservativ-gehoben; TLO - traditionslose Arbeitnehmer; TRA traditionelle Arbeitnehmer; KLB - kleinstbürgerlich.

Ideologische Lager	Typus des 'Politikstils'	Soziale Biographie	Verhältnis zur 'großen Politik'	Häufiger Gesellungsstypus	SINUS-Milieus
Kritisch-Engagierte 23,6 %	SOZ (12,8 %) Sozial-integrative	vor allem jüngere Altersgruppen; Aufstieg in moderne mittlere Lagen	sehr enttäuscht, basisaktiv "politische Verdrossenheit"	Erlebnisorientierte rege offene Geselligkeit	HED NEA TEC ALT AUF
	reformerorientiert, moderne und gehobene Lebensstile RAD (10,8 %) Radikal-demokraten	vor allem jüngere Altersgruppen; moderne höhere Lagen	kritisch, basis- und parteiaktiv	Erlebnisorientierte rege offene Geselligkeit	TEC ALT NEA HED KON
Desillusionierte ca. 25 %	SKED (17,7 %) Skeptisch-Distanzierte	vor allem jüngere und mittlere Altersgruppen; Aufstieg in mittlere Lagen (Facharbeiter, Angestellte)	in Teilgruppen enttäuscht, basisaktiv "politische Verdrossenheit"	Suchende rege Geselligkeit in vertrauten Kreisen	HED TLO TEC ALT
	Zufriedene GKO (17,6 %) Gemäßigt-Konservative	alle Altersgruppen; Facharbeiter, mittlere Angestellte und Beamte; teilweise aufgestiegen	eher zufrieden, politisch eher passiv	Suchende Unkomplizierte Erlebnisorientierte rege konventionelle Geselligkeit	AUF KLB TRA
hierarchische Orientierungen, konservativ-mittelständische Lebensstile TKO (13,8 %) Traditionell-Konservative		eher Ältere; höhere Angestellte, Beamte und Selbstständige; teilweise mittelständische Herkunft	zufrieden, politisch interessiert	Zurückhaltende Resignierte Bodenständige konventionell-distanzierte Gesellungsformen	KON KLB
Deklassierte 27,2 %	EAP (13,4 %) Enttäuscht-Apathische	viele Rentner, Alleinlebende; bescheidene Lagen, traditionelle Qualifikationen, Eltern oft Arbeiter	sehr enttäuscht, politisch fatalistisch "politische Verdrossenheit"	Resignierte reduzierte Geselligkeit	KLB TRA TLO
	Resentiments, traditionale und bescheidene Lebensstile EAG (13,8 %) Enttäuscht-Aggressive	viele Rentner, Alleinlebende; bescheidene Lagen, traditionelle Qualifikationen, Eltern oft Arbeiter und Bauern	sehr enttäuscht, Sympathie für aggress. Auseinandersetzungen "politische Verdrossenheit"	Unkomplizierte Zurückhaltende Erlebnisorientierte Resignierte alle Gesellungsformen	KLB AUF TRA TLO

Repräsentativbefragung "Gesellschaftlich-politische Milieus in Westdeutschland 1991": Basis: n = 2.684; deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten der BRD (West) und Berlin (West); Forschungsgruppe Sozialstrukturwandel, Universität Hannover

Interventionslust: Gegenargumente kommen auf

Dokumente aus der Diskussion der Grünen und der PDS

Dem SPD-Parteitag wird, so heißt es in der Presse, durch den den außenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, Voigt, ein Antrag vorgelegt, wonach die Partei die bisherige Beschränkung einer Zustimmung zu Bundeswehrentsendungen ausschließlich für Blauhelmsätze aufgeben soll. Bei den Grünen steht noch im Dezember eine Bundesdelegiertenkonferenz an. Joschka Fischer, der beim letzten Anlaß im Bundestag noch gegen Entsendung stimmte, wird versuchen, die Parteimehrheit auf das Gleis von Interventionsbefürwortung zu rangieren. Bei der PDS hat unter Federführung der außenpolitischen Sprecherin der Bundestagsgruppe Andrea Lederer eine Diskussion begonnen, ob eine Befürwortung von Interventionen wirklich unter allen denkbaren Umständen abzulehnen sei.

Andrea Lederer, die aus dem KB und damit aus der Grünen Partei kommt, weiß bestimmt, wie es bei den Grünen gelang, die Parteilinke in eine öde, weil schleierprinzipschleierische Auseinandersetzung zwischen „Fundis“ und Realos zu drängen. Ihre scheinheilige Frage: Unter welchen Umständen ... will ein entrüstetes „Niemand“ provozieren und dann „Diskussionsunfähigkeit“ feststellen. Es gibt jedoch Anzeichen, daß die Diskussion diesen Verlauf ins Abseits nicht nimmt. Bei den Grünen haben sich Gegner der Interventionismus in Form eines Offenen Briefes an Joschka Fischer eine Plattform gegeben (wir dokumentieren Auszüge), in der sie eine neue Blockbildung und Teilung der Welt feststellen, die von den alten Westmächten ausgeht und gewaltbereit, überstaatlich organisiert vor allem durch die Nato die Welt zu deren Vorteil ordnen will.

Einen anderen Aspekt steuert in einem Beitrag im „Neuen Deutschland“ (bereits dort gekürzt) die stellvertre-

tende Vorsitzende der PDS, Sylvia-Yvonne Kaufmann bei. Sie betont die Unterscheidbarkeit von angemessenem Widerstand bedrohter Menschen und Völker von staatlichem Interventionismus. Sie hat wahrscheinlich recht, wenn sie anmerkt, daß kriegerisches Geschehen am besten durch umfassende Boykottmaßnahmen bekämpft werden sollte; denn es ist ja so, daß ohne die politische Schirmherrschaft und wirtschaftliche Förderung durch die Großmächte Kriege kaum beginnen, jedenfalls aber nicht dauern könnten.

Sylvia-Yvonne Kaufmann merkt allerdings auch an, daß gerade von den Nachbarländern, die sich durch das große neue Deutschland bedroht fühlen, Bestrebungen ausgehen, die BRD durch Einbindung in internationale Institutionen gleichsam zu entschärfen.

Es wäre in der Tat ein verlockender Gedanke, den deutschen Staat unter Mithilfe der Weltgesellschaft zu zivilisieren. Aber die realen Verhältnisse sind nicht so, es zeigt sich beinahe täglich, daß die BRD ihre Sache im Bündnis mit den großen Mächten des Westen und gestützt auf die internationalen Institutionen vertritt.

So meldet zum Beispiel die SZ vom 11./12. November anlässlich des Kohl-Besuchs in China unter Berufung auf Informationen aus der US-Botschaft, auf der Wunschliste der Chinesen stünden zum Beispiel die Cockpiteltronik des neuen Eurofighter, deutsche Raketenlenksysteme sowie dieselgetriebene U-Boote.

Was macht der BRD-Staat aus dem Souveränitätszuwachs nach dem Anschluß? Wichtiger Fesseln für den Rüstungsexport ledig, spielt man damit, die Nachbarn der GUS-Länder gegenüber der veraltenden sowjetrussischen Rüstung überlegen zu rüsten. (maf)

zurückzukehren zur Doktrin des ehemaligen Präsidenten Woodrow Wilson? Der forderte zu Beginn des Jahrhunderts, die USA müßten überall auf der Welt ohne Rücksicht auf pragmatische Überlegungen die Werte des freien Westens und die Menschenrechte durchkämpfen. Er forderte damals in seiner Doktrin, die bis heute eine ideologische Grundlage der us-amerikanischen Außenpolitik ist:

„Wir sind auf keinen Wettbewerb im Handel und ebensowenig auf eine andere friedliche Errungenschaft eifersüchtig. Wir wollen unser eigenes Leben nach unserem Willen leben, wir wollen aber auch andere leben lassen. Wir sind die aufrichtigen Freunde aller Völker der Welt, weil wir niemanden bedrohen, Niemandes Besitz begehren und Niemanden vernichten wollen.“

Das klingt nach grüner Selbstbeschränkung. Doch dieser Humanismus ist mit einem Staat verknüpft, der nur durch den Völkermord an den nordamerikanischen Indianern hatte entstehen können. Mehr noch: wie die heutigen grünen Interventionisten leitet Wilson aus dieser Haltung eine weltweite Verpflichtung ab:

„Wir bestehen auf Sicherheit in der Verfolgung unserer selbstgewählten Richtlinien staatlicher Entwicklung. Wir tun mehr als das: Wir fordern sie auch für andere. Wir beschränken unsere Begeisterung für persönliche Freiheit und eine freie staatliche Entwicklung

nicht auf Zufälligkeiten und die Bewegungen der Geschehnisse, die uns selbst berühren. Wir empfinden sie vielmehr überall da, wo ein Volk auf diesen schwierigen Pfaden der Unabhängigkeit und des Rechts zu wandeln sucht.“

Wenn sich diese Sätze auf den ersten Blick auch harmlos ausnehmen, so bildeten sie faktisch die Begründung für einen weltweiten amerikanischen Interventionismus, wie Henry Kissinger in seinem Kommentar dazu ausführt:

„Fortan hatte Amerika eine Art Freibrief, sich im Ausland einzumischen. Welch ungewöhnlicher Einfall, aus der Warnung vor Einflußnahme im Ausland eine Rechtfertigung weltweiter Interventionen abzuleiten! Welch Paradox, eine Neutralitätsphilosophie zu ersinnen, die eine Verwicklung in Kriege unabwendbar machte!“

Und welch verblüffende Ähnlichkeit mit den Denkfiguren der heutigen grünen InterventionsfreundInnen.

Spätere Präsidenten wiesen diese „Kreuzzugs“-Mentalität (Kissinger) zwar zurück, bedienten sich bei der Verfolgung des nationalen Interesses aber fleißig der Wilsonschen Menschenrechtsrhetorik, um ihre eigentlichen Absichten zu verschleiern.

aus: Kerstin Müller, Claudia Roth, Jürgen Trittin, Ludger Vollmer: Wohin führt die Forderung nach einer militärischen Interventionspflicht gegen Völkermord? Ein offener Brief an die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen. Bonn, den 31. Oktober 1995

Die PDS ist eine pazifistische Partei

Von Sylvia-Yvonne Kaufmann

Mit dem „Problem-Papier“ aus unserer Bundestagsgruppe wurde eine Diskussion über Internationalismus ausgelöst. Dabei geht es nicht um Abstraktes, sondern darum, wie sich die PDS angesichts der 1994 weltweit 40 Kriege und 27 Millionen Flüchtlinge und der rasanten Militarisierung von Politik und Gesellschaft zu den sich daraus ergebenden aktuellen Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik positionieren muß.

Politisches Gewicht erhält die PDS-Positionsbestimmung dadurch, daß sich durch sie ihr Profil als sozialistische Partei ausprägt, daß auch davon ihre bundesweite Akzeptanz abhängt.

Die im Forum der Neuen Europäischen Linken vertretenen Parteien waren sich bei ihrem jüngsten Treffen in Delphi einig, daß die 1996 beginnende Maastricht-Revisionskonferenz ein Politikschwerpunkt sein wird und ihnen alternative Antworten auf komplizierte außen- und sicherheitspolitische Fragen abverlangt werden. Mit Blick auf Maastricht II stellt sich das Problem der Vergemeinschaftung von Innen-, Außen- und Verteidigungspolitik, d.h. der Übertragung von nationalstaatlicher Souveränität an die internationale Institution EU. Befürworter meinen, Deutschland könne dadurch fester eingebunden werden und seinen Großmachtambitionen Grenzen gesetzt werden. Das ist ein gewichtiges Argument. Die Einbindung der BRD ist stabilitätssichernd. Nur: die Bundesregierung tritt am eifrigsten für die Vergemeinschaftung dieser Politikbereiche ein, Großbritannien lehnt sie ab und Paris hat die EU damit konfrontiert, seine

Atomstreitmacht zu „europäisieren“.

Knackpunkt im „Problem-Papier“ ist die Frage, ob es u.a. unter Bedingungen einer reformierten UNO denkbar sein, Frieden auch militärisch wiederherzustellen. Diese Frage ist nicht neu für mich. Sie tauchte z.B. 1993 in einem Diskussionspapier eines Mitglieds der AG FIP auf. Es heißt dort, daß nach Kapitel VII der UN-Charta „zulässige Waffengewalt“ der UNO „aus linker Sicht äußerst kritisch beurteilt werden“ müsse, „aber nicht ein für allemal abgelehnt werden“ könne.

Ich bleibe dabei, die aufgeworfene Frage mit „nein“ zu beantworten. Wir sprachen uns dafür aus, daß die PDS als linke sozialistische Partei eine Antikriegs- und pazifistische Partei sein soll. Frieden kann heute mit schärfsten ökonomischen Sanktionen erzwungen werden. So, wie wir uns in der Innenpolitik zu ausschließlich demokratischen Mitteln bekennen, müssen wir international beim Gewaltverzicht bleiben. Das wirft Fragen auf, z.B. wie wir uns zu Befreiungskämpfen stellen. Ich denke, wir sind solidarisch gegenüber Völkern oder Minderheiten, die sich gegen Aggression oder Unterdrückung wehren, bekennen uns aber als Partei für friedliche Wege zur Konfliktlösung.

aus: Neues Deutschland, 14. November 1995

Die Welt ist auf dem Weg zu einer „neuen Blockkonfrontation“

Aus: „Wohin führt die Forderung nach einer militärischen Interventionspflicht gegen Völkermord? Ein offener Brief an die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen

... Faktisch steuert die internationale Politik auf eine neue Blockkonfrontation zu - mit allen Folgen. Die negative Schlüsselfunktion hat dabei die NATO, die sich über angeblich humanitäre Aufträge neue Legitimation verschafft, mit ihrer Politik und ihren Absichten aber weit darüber hinaus geht. Wer jetzt die NATO, die sich als weltweite Schutzmacht aufzuspielen beginnt, über ihre angeblich humanitäre neue Funktion legitimiert, muß darlegen, wie er sich denn internationale Abrüstung und die Verminderung von Rüstungsproduktion und -export vorstellt. Wie eine neue Blocklogik verhindert werden soll. Wie man sich eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaft vorstellen kann als Antwort auf die unregelmäßige und chaotische Globalisierung, die die Dritte Welt tiefer ins Elend stürzt und den Aufstieg von Schwellenländern zum Vorwand der Bundesregierung für Deregulierung, Lohndrückerei und Sozialabbau macht. Steht die subtile Befürwortung der NATO, die hinter der Interventionsforderung steht, im Zusammenhang mit

dem weltwirtschaftlichen Selbstbehauptungsinteresse Westeuropas und Deutschlands, wie es Joschka in seinem von der Presse sogenannten Wirtschaftspapier beschreibt?

Was bleibt angesichts der realen Entscheidungsmechanismen überhaupt von einem moralisierenden Interventionsansatz übrig? Die Führungsmacht von NATO, G-7 und Sicherheitsrat hat für den Hausgebrauch ihrer eigenen, höchst realen Kriterien für einen Militärschlag entwickelt: Er muß trotz Haushaltsdefiziten finanzierbar sein, die anderen Westpartner müssen mitmachen, der Sieg muß sicher und die ganze Operation mehrheitsfähig sein, spricht die Wiederwahlchancen des Präsidenten erhöhen. Dieser Pragmatismus steht in bemerkenswertem Gegensatz zum Moralismus grüner Interventionisten (einen ähnlichen Rat zum „Pragmatismus“ gibt Joffe der Bundesregierung). Sollen Grüne den USA stattdessen raten, das Trauma des verlorenen Vietnamkrieges, das immer noch wirksam ist, zu verdrängen und



„Eine Leiche im Landwehrkanal“

Die Ermordung der Rosa L. Ein Buch von Klaus Gietinger

„Der Fall Luxemburg/Liebknecht war sozusagen der Sündenfall, in dem Mörder mordeten und wußten, die Gerichte versagen.“

1919 wurde ausgerechnet ein Militärgericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division (GKSD) mit dem Prozeß beauftragt, jener Division, der die Mörder angehörten. In der Folgezeit „konnte die Militärjustiz Fakten vertuschen und konnten sich in einer gigantischen juristischen Monokausalkette von über 50-jähriger Länge die jeweils nachfolgenden Juristen auf das scheinbar logische und gesetzliche Handeln ihrer Vorgänger berufen. Wobei der Camouflageprozeß vor dem Kriegsgericht der GKSD immer den Ausgangspunkt bildete.“

So leitet Autor Klaus Gietinger sein Buch „Eine Leiche im Landwehrkanal - Die Ermordung der Rosa L.“ ein, das in diesem Jahr im Verlag 1900 Berlin veröffentlicht wurde. Ursprünglich wollte der Soziologe, Drehbuchautor und Regisseur einen Film machen:

„Als im Januar 1989 der Süddeutsche Rundfunk über sich selbst hinauswuchs und anlässlich des 70. Todestages von Rosa Luxemburg das Fernsehspiel von Dieter Ertel aus dem Jahr 1969 über ihre Ermordung - trotz eines gerichtlichen Verbotes aus dem Jahr 1971 - wiederholte, saß auch ich vor dem Fernseher. Ich fand nicht nur das Fernsehspiel spannend, sondern auch die Geschichte seines Verbotes. Ich beschloß, darüber selbst einen Film zu machen, und begann zu recherchieren.“

Diese Recherchen führten mich immer weiter zurück ... Ich befragte Zeitzeugen und fertigte ein Drehbuch. Doch das wollte keiner mehr haben ... Ein ZDF-Redakteur gar eröffnete mir, er werde sich doch nicht darauf einlassen, ein Urteil eines deutschen Gerichtes in

einem Fernsehspiel anzuzweifeln ... Da saß ich nun mit meinem Material und wollte es nicht herumliegen lassen. Vielleicht würde sich die Gelegenheit bieten, einen Aufsatz darüber zu schreiben. Mit dieser vagen Hoffnung recherchierte ich weiter.

Doch inzwischen hatte mich das Fieber des Kriminalisten gepackt. Ich kam nicht mehr los von diesem Mord. Ich wollte - wie schon andere vor mir - letzte Klarheit über die Umstände der Tat haben. Also folgte ich denen, die Licht ins Dunkel gebracht hatten, und wühlte mich durch Akten, durch die sich schon Leo Jogiches, Paul Levi, Berthold Jacob, Josef Bornstein, Dieter Ertel und Heinrich Hannover gewühlt hatten, um nur die wichtigsten zu nennen. Ich trug alles zusammen, was bisher nur zum Teil oder gar nicht veröffentlicht worden war. Auch die Öffnung der DDR-Archive und die Vorarbeit der dortigen Historiker erwiesen sich als sehr nützlich.

Doch dann bekam ich Material zu Gesicht, das keiner vor mir hatte durchforsten können. Der Zufall kam mir dabei zu Hilfe, denn eigentlich ist dieses Material noch bis zum Jahr 1999 gesperrt...“ (Aus dem Vorwort von Klaus Gietinger)

Unter anderem wurde K.G. fündig im Bundesarchiv-Militärarchiv. Dort befindet sich der Haupt-Nachlaß von Walde-mar Pabst - dem Mann, der als 1. Generalstabsoffizier und faktischer Kommandeur der GKSD einem ausgesuchten Teil des ihm unterstellten Marine-Eskadrons (geleitet von Pflugk-Hartung) den Mordbefehl erteilt hat. Karl Liebknecht sollte ganz offiziell „auf der Flucht“ erschossen werden; für die gehbehinderte Rosa Luxemburg mußte ein anderer Weg gewählt werden. Pabst entschloß sich, sie „aus einer aufgebrachten Menge heraus von Unbekannt“ erschießen zu lassen. Der große Unbekannte, wie er lange Zeit in den einschlägigen Gerichtsprozessen genannt wurde, war Leutnant Souchon. Er war auf das Trittbrett des Wagens gesprungen, in dem Rosa Luxemburg saß, und schoß ihr quer durch die Schädeldecke.*)

Als Dieter Ertel das und vieles mehr rausbekommen hatte und in sein Fernsehspiel aufnehmen wollte, geschahen merkwürdige Dinge. Der des Mordes bezichtigte Herr Souchon trat plötzlich - 50 Jahre nach seiner Tat - als Ankläger vor dem Landgericht Stuttgart auf, und der, der seine Tat aufgedeckt hatte, saß auf der Anklagebank. Das war 1969.

K.G. studiert u.a. die 1500seitige Dokumentation der Vor- und Nachgeschichte des Verfahrens Souchon gegen den Süddeutschen Rundfunk und Dieter Ertel (1966-1976) und muß dabei immer wieder zurückkehren in die juristische Behandlung des Mordkomplotts von 1919 an. Er rollt das



Rosa Luxemburg (1871-1919).



Karl Liebknecht (1871-1919).

bruchlose Ineinander-übergehen von Militärjustiz - „Kameradengericht“ - und gut bürgerlicher Klassenjustiz auf. Zum Beispiel an der Person des Kriegsgerichtsrates Jorns, dessen erste Amtshandlung die Freilassung der Hauptverdächtigen Vogel und Pflugk-Hartung 1919 war, der 1931 Vertreter der Anklage gegen Carl von Ossietzky war und dessen Urteile am Freisler-Volksgeschichtshof noch 1993 von Alexander v. Stahl bis aufs Messer verteidigt wurden ...

Zum Beispiel an der Person des späteren Spionagechefs Hitlers, Wilhelm Canaris. Der war 1919 schon ein Freund Pabsts und Pflugk-Hartungs und: als Richter (!) für den Prozeß 1919 bestimmt. Später beim dritten Jorns-Prozeß verhalf Richter Canaris dem Angeklagten zur Flucht und besorgte ihm dafür die falschen Papiere ...

K.G. schließt den Inhalts-Teil seines Buches mit dem Satz:

„... die Führer der SPD hatten übersehen, daß mit dem Leichnam Rosa Luxemburgs auch schon die Weimarer Republik im Landwehrkanal untergegangen war.“

Das Buch ist sehr sorgfältig gemacht. Der Inhalts-Teil des Buches ist mit 340 Quellenangaben versehen, der Anhang bietet die Lebensläufe der Beteiligten des Mordkomplotts bis in die jüngste Zeitgeschichte hinein und bisher nicht veröffentlichte Korrespondenzen und Protokolle von Gesprächen von und mit Walde-mar Pabst. Alle Dokumente, die Klaus Gietinger verwendet, sind nachprüfbar.

Brigitte Zuber

Verlag 1900 Berlin, Goßlerstr. 27a, 14195 Berlin, ISBN 3-930278-02-2, 190 Seiten, 29,80 DM

*) Der Kolbenschlag auf den Schädel durch den Husar Runge kurz vorher war weder vorgesehen durch Pabst, noch war es der tödliche Schlag, wie dies verschiedentlich noch verbreitet wird.

Diese Buchvorstellung erhielten wir von der Redaktion der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ), in der sie zeitgleich erscheint.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Diefenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Aus Kultur und Wissenschaft: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6 94 92 57, Fax: 030 / 6 94 94 54.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 05 11 / 3 52 08 16.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5 02 65 41, Fax: 089 / 5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 62 15 32.

Abobestellungen an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.



Hetzblatt gegen Luxemburg und Liebknecht (ihre Namen stehen jeweils auf dem Landenschorz).

Der Text unten lautet: „Wie das Wappen, so wird auch der Wahlspruch Suum cuique - Jedem das seine - geändert werden. Man schwankt noch zwischen dem gemäßigten „Nimm dir wat, so haste wat“ und dem schärferen „Dat Jeld oder dat Leben“.

PDS Thüringen: Leitantrag Kommunalpolitik

Bürgerbewegte Kommunen – das Fundament für den Lebensort Deutschland

1. Der Platz der Kommunen im Gesellschaftssystem der BRD

Die Kommunen sind Brennpunkt der sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Problemlagen in der BRD. Sie tragen höchsten Anteil der daher rührenden Lasten, ohne nennenswerten Einfluß auf die Rahmenbedingungen der Umstände zu haben, die sie selbstbestimmt verwalten sollen.

Aufgrund des gesetzten juristischen und finanziellen Rahmens bestehen auf kommunaler Ebene nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten. Ca. 80 Prozent der kommunalen Aufgaben werden auf Landes- und Bundesebene bestimmt. Für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben stehen kaum noch personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung.

Auf zentraler Ebene versuchte Lösungen entbehren oft der Problemnähe und damit genügender Sachkenntnis und Betroffenheit.

Das konkrete Leben jeder Gesellschaft findet in Städten und Gemeinden statt. Bürgerinnen und Bürger erleben Staat in erster Linie in den Kommunen. Hier zeigt sich letztlich, ob kulturelle und ökologische, ob soziale und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten erweitert oder vernichtet werden.

Die tiefe gesellschaftliche Krise, in der sich die Bundesrepublik Deutschland befindet, wird immer deutlicher auf die Kommunen abgewälzt, die Lebensfähigkeit von Kommunen erheblich eingeschränkt. Die Möglichkeiten und Bedingungen für Kommunalpolitik schwächen zunehmend. Demokratieabbau, Abwälzung sozialer Aufgaben der Gesellschaft auf die Kommunen, Zerstörung der Alltagskultur, Verhinderung kommunaler Selbstverwaltung – die Gesellschaft sägt sich den Ast ab, auf dem sie sitzt.

Deshalb besteht nicht nur eine der Grundfragen der weiteren Ausgestaltung der Demokratie in der BRD darin, die Tendenz der Entmündigung kommunaler Entscheidungsträger durch die Bundes- und Landesebene zu stoppen und die realen rechtlichen und finanziellen Handlungsspielräume der kommunalen Vertretungskörperschaften wesentlich zu erweitern.

Aufgrund der gegebenen politischen Praxis ist Kommunalpolitik ihrer Natur nach Oppositionspolitik gegen die auf Demokratie- und Sozialabbau gerichtete Bundes- und Landespolitik. Es geht also um die Veränderung der Bedingungen für Kommunalpolitik.

Nur aus den Kommunen kann die Überwindung der Parteienkonkurrenz durch zeitlich und sachlich begrenzte, genau fixierte Projekte zur gesellschaftlichen Umgestaltung in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung erwachsen. Nur dort gibt es die Chance einer gesellschaftlichen Erprobung neuer Lebensformen. Sie können die Kerne einer kleinräumigeren, regional weitgehend geschlossenen, dabei vernetzungs- und kooperationsfähigen Reproduktion werden. Nur solche lebensfähigen, flexiblen Sozialräume können die notwendigen Gegengewichte zu den zentralistischen Strukturen aller wesentlichen Gesellschaftsbereiche abgeben.

2. Platz der Kommunalpolitik in der Gesamtpolitik der PDS

Die Kommunen befinden sich objektiv betrachtet immer mehr in einer Oppositionsrolle gegenüber Land und Bund. Schon jetzt kommen auch von Kommunalpolitikern aus CDU und SPD Kritiken hinsichtlich der faktischen Unmöglichkeit kommunaler Selbstverwaltung. Hinzu kommt, daß in den Städten und Gemeinden auch Kräfte außerhalb der Parteien berücksichtigt werden müssen (Bürgerinitiativen, Kultur- und Sportvereine, Elternvertretungen usw. usw.). In dieser Hinsicht ist der Wirkungsspielraum der PDS auf kommunaler Ebene von vornherein günstiger als auf Landes- bzw. Bundesebene.

Dem Beschluß der 2. Tagung des 3. Landesparteitags der PDS in Thüringen lag die Absicht zugrunde, das Thema Kommunalpolitik nicht in Scheinalternativen zu behandeln. Solche lagen im Vorfeld nach dem Bundesparteitag und dem Streit um die Tagesordnung der 2. Tagung ja genügend in der Luft: Ideologiestreit oder praktische Politik im Interesse der Menschen bzw. Ausweichen vor der notwendigen Strategiedebatte. Der die Thüringer be- und einschwörende Beitrag von Gregor Gysi in Erfurt oder die Rezeption des Landesparteitags durch Herrn Liebers im ND zeigen, daß solche Sichten immer noch aktuell sind. Der Thüringer Landesparteitag hatte aber schon im Januar 1995 vor dem Bundesparteitag festgelegt, ein Programm alternativer Kommunalpolitik als Teil einer langangelegten politischen Strategie zu entwerfen.

So waren dem am 2. Dezember in Erfurt zur Diskussion stehenden Antrag von seinen Müttern und Vätern eine Reihe grundsätzlicher politischer Überlegungen eingeschrieben worden: Grundzüge einer Demokratisierung der geltenden Thüringer Kommunalordnung, Widerstandsformen gegen die Verfälschung kommunaler Selbstverwaltung in ein Ausführungsorgan von Bundes- und Landespolitik, Verlängerung des Föderalsystems des GG bis in die Kommunen, Verteidigung und Umnutzung kommunalen Eigentums, Neuordnung der Mittelverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen als Teil einer PDS-Initiative zur Steuerreform, eine Prioritätenliste der PDS angesichts der Finanzmisere der öffentlichen Hand.

All das hing zusammen mit einer weiteren Ausarbeitung des in Thüringen seit langem verfolgten Konzepts einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch fortgesetzte Interventionen von unten. Ein solches Konzept setzt auf die Begrenztheit wechselnder sozialer Akteursgruppen (statt eines vorherbestimmten auserwählten „Subjekts der Geschichte“), auf die inhaltliche Begrenzung, ja Beschränktheit solcher „Eingriffe“ und ihre vorher nicht absehbaren Fern- und Nebenwirkungen (statt der Systemüberwindung), auf kulturell-soziale Entwicklungen in der Lebensweise verschiedenster Menschengruppen und ihr emanzipatorisches Potential als „Baumaterial“ und „Konstruktionsmuster“ gesellschaftlicher Umgestaltung, auf Bewegungen und Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern als Impulse, Korrektiv und Lebensspender für etablierte Parteiensysteme, auf Entwicklung unten (statt Revolution von oben). So sahen sie Kom-

munalpolitik nicht einfach pragmatisch als das Feld, auf dem sich die PDS die besten Chancen ausrechnet, sondern als das wichtigste Feld für Initiative, Ideenreichtum, soziale Phantasie, parteiüberschreitende Kommunikation und Kooperation, als den Ort, wo sie quicklebendig sein muß und kann.

Die vielen Veränderungsanträge, die vor dem und während des Parteitages eingingen, machten dies Anliegen nicht gerade deutlicher. Dazu drängten zu viele praktische Bedürfnisse hinzu, ganze Felder kommunaler Aktivität suchten ihren Platz, neue Anstrengungen im Kampf um Arbeitsplätze verdrängten alte Formeln, brennende Nöte der Kommunen und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner („Alt-schulden“, Kommunalabgaben, Mieterschutz oder Haushaltssperren) heischten einen Standpunkt der PDS.

Dennoch, oder gerade deshalb? Kam es in drei grundsätzlichen Fragen zu alternativen Abstimmungen: ob der Antrag auf einen – sicher nicht ausgereiften – umweltpolitischen Teil verzichten könne, ob die Kommunen als Ort der Veränderung der Lebensweise einen solchen zentralen Platz zugewiesen bekommen sollten und ob die Kommunen auch Kerne eines wirtschaftspolitischen Umbaus sein könnten. War die erste durch einen ultimativen Antrag der AG Umwelt (entweder grundsätzliche ökologische Neufassung oder Verzicht auf ein spezifisches „Feld“) ausgelöst, so zielten Anträge sowie der AG Wirtschaft auf die Streichung solcher „Ortsbestimmungen“, weil sie die Rolle der Kommunen überbewerteten; dort könne nur jener Druck erzeugt werden, den eine Veränderung im „gesellschaftlichen Maßstab“ zweifellos brauche.

In allen drei Fällen gab es bei starker Unterstützung für die Antragstellenden klare Mehrheitsentscheidungen für das im Entwurf entwickelte Konzept. Bemerkenswert, daß es jedesmal nicht um die ungleiche Rolle von Leitantrag und Änderungsanträgen ging, sondern um deutlich ausgesprochene politische Kontroversen. Die Abstimmungen zeigen daher nicht nur an, was mehrheitsfähig war, sondern auch, wo weitere politische Verständigung gewünscht und notwendig ist.

Eine im Vorfeld erkennbare Alternativabstimmung (ob und in welcher Form antimilitaristische Arbeit der PDS auch ihr kommunalpolitisches Profil prägen solle, wie das in mehreren Thüringer Städten bereits praktiziert wird), „erledigte“ sich durch die Annahme eines grundsätzlichen Antrags zur antimilitaristischen Position der PDS.

Dieter Strützel

Für die PDS ist der unmittelbare Kontakt zu den Menschen wesentliche Grundlage ihrer Politik. Sie benötigt deshalb möglichst viele Kenntnisse über deren Fragen und Ansichten, Forderungen und Wünsche. Mit dem fortschreitenden Mißtrauen in die „große Politik“ und dem damit verbundenen Rückzug großer Bevölkerungsgruppen aus den politischen Parteien und Institutionen gewinnen Aktivitäten kommunaler Politiker an Bedeutung. Die PDS tritt konsequent für die sozialen Interessen und demokratischen Rechte der Menschen ein. Sie widersetzt sich dem Diktat der sogenannten Sachzwänge, wenn diese im Gegensatz zu den sozialen Interessen und demokratischen Rechten stehen. Sie kann daher einerseits alternative Konzepte unterbreiten, ohne auf „Oben“ Rücksicht nehmen zu müssen. Andererseits ist sie in der Lage, solche Alternativen über die kommunale Ebene direkt an den Meinungen der Menschen sowie an den objektiven Wirkungen zu überprüfen. Beides trägt dazu bei, daß PDS-Politik weiteren Realitätsgewinn erzielt. Kommunalpolitik fungiert als Meßlatte für das nachvollziehbare Agieren von Parteien. Wer die gesell-

schaftlichen Verhältnisse in Deutschland von unten verändern will, wer davon ausgeht, daß nur so Mehrheiten für Veränderungen zustande kommen, der muß die besondere Bedeutung der Kommunalpolitik für die PDS in Rechnung stellen.

Die Konkurrenz der Kommunen verführt zu egoistischen Alleingängen. Kommunale Selbstverwaltung kann und muß in kommunaler Kooperation entwickelt und durchgesetzt werden. Die PDS muß hier mithelfen, daß die kommunalen Spitzenverbände zu wirkungsvollen Interessenvertretern der Kommunen werden.

In den Städten und Gemeinden gibt es für die PDS die weitaus meisten Kontakte zu anderen Parteien, Initiativen, Vereinen und Verbänden. Diese sind oft im Gegensatz zu ihren Zentralen zu sachlicher Zusammenarbeit mit der PDS bereit.

In den kommunalen Fraktionen arbeiten eine ganze Reihe von Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten mit spezifischen Fähigkeiten und einer hohen Sachkompetenz. Dies strahlt auf die Partei insgesamt sowie auf ihr Ansehen

in der Öffentlichkeit aus.

Die PDS Thüringen unternimmt verstärkte Anstrengungen zur Weiterbildung von Kommunalpolitikern und deren Einbeziehung in die Arbeit des Landesvorstands. Ausschlaggebend für eine erfolgreiche PDS-Kommunalpolitik ist die Gewinnung von fähigen und bei der Bevölkerung geachteten Menschen als Kandidaten für die Kreistage, Stadträte und Gemeinderäte, Bürgermeister und Landräte.

Die Anzahl der Stadt- und Gemeinderäte, in denen die PDS vertreten ist, ist in Thüringen gegenüber den anderen neuen Bundesländern mit ca. 20% gegenwärtig einfach zu niedrig. Der Landesverband schafft, 1996 beginnend, die Voraussetzungen, um diesen Zustand 1999 zu verändern.

3. Bundes- und landespolitische Voraussetzungen für tatsächliche kommunale Selbstverwaltung

Schon jetzt bildet sich in einer Reihe von Gemeinden parteiübergreifend Übereinstimmung heraus, daß für tatsächliche kommunale Selbstverwaltung folgende Forderungen erfüllt werden müssen:

- Neuordnung des gesamten rechtlichen Rahmens für die finanzielle Ausstattung der Kommunen, um diese hinreichend auszustatten und um die finanzielle Haftung des Gesetzgebers für die den Kommunen aufgebürdeten Aufgaben und deren Folgen herzustellen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die 15 Forderungen der PDS-Bürgermeisterkonferenz, die wir nachdrücklich unterstützen.

- Ausdehnung der Rechte der Kommunen, unter anderem durch weitere Ausgestaltung des Satzungsrechts und Einschränkung der Gesetzes- und Verordnungsvorbehalte.
- Neufassung der gesetzlichen Grundlagen öffentlicher Vergabe von Lieferungen und Leistungen,
- Mitspracherecht bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Schulentwicklung.

Darüber hinaus setzt sich die PDS Thüringen dafür ein,

- das Föderalprinzip als wesentliches Element der Demokratisierung bis hinunter zu den Kommunen auszubauen,
- alle Formen der direkten Demokratie voll auszu-schöpfen,
- die Vorrangstellung der gewählten Kommunalvertretungen als oberstes Willensbildungs- und Beschlußorgan zu gewährleisten,
- die kommunalen Zweckverbände durch Erweiterung der Einflußmöglichkeiten der Kommunalvertretungen zu demokratisieren,
- die Transparenz kommunaler Entscheidungsprozesse zu erhöhen,
- die Kontrollrechte gegenüber den Kommunalverwaltungen sowie allen Organisationsformen der kommunalen Gemeinschaftsarbeit (Arbeitsgemeinschaften, Zweckverbände) zu erweitern,
- das allgemeine kommunale Ausländerwahlrecht einzuführen,
- das allgemeine kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren einzuführen.

Die politische Auseinandersetzung zu diesen Forderungen muß in eine Initiative zur Novellierung des Thüringer Kommunalrechts (Thüringer Kommunalordnung, Kommunalwahlrecht und kommunale Satzungen) münden.

4. Vorhandene Spielräume voll nutzen

Trotz vieler Fortschritte ist davon auszugehen, daß die PDS Thüringens noch lange nicht alle Möglichkeiten nutzt, die über das Agieren in den und um die kommunalen Vertretungskörperschaften gegeben sind.

Dazu zählt, daß

- unterschiedliche Standpunkte bekanntgemacht werden, um eine Öffentlichkeit für Politik zu schaffen,
- PDS-Mandatsträger in Verbänden, Vereinen und Initiativen auftreten,
- die Rechte von Beiräten, die Möglichkeiten zur Anhörung von Sachverständigen, die Rechenschaftspflicht von Bürgermeistern, Landräten und Mitgliedern der Zweckverbände ausgeschöpft werden,
- wesentlich stärker mit eigenen Anträgen gearbeitet und nicht die Tagesordnungen von Landrat oder Bürgermeister abgewartet wird. Das gilt insbesondere im Zusammenhang mit Haushaltsfragen, mit der Entwicklung eigener alternativer Lösungsvorschläge, für die Erarbeitung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, für die Festlegung von Belegungsbindung für Wohnungen kommunaler Wohnungsgesellschaften, mit Entschließungen zur Landes- und Bundespolitik.

Der Landesverband tritt dafür ein, daß die Gemeindegebietsreform nicht als Zwangsreform beendet wird.

Die PDS-Fraktion im Thüringer Landtag wird gemeinsam mit kommunalen Abgeordneten Vorschläge zur Gemeindegebietsreform einbringen, die den regionalen Gegebenheiten und den Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern entsprechen und die der Bildung von Mammutgemeinden bzw. Verwaltungsgemeinschaften entgegenwirken.

In den betroffenen Gebieten organisiert die PDS in enger Zusammenarbeit von Vorständen und Abgeordneten Widerstand. Sie unterstützt die entsprechenden Bürgerinitiativen.

Gemessen an unseren programmatischen Ansprüchen bestehen erhebliche Defizite in den Fragen von kommunaler Umweltpolitik, Kultur-, Jugend-, Seniorenpolitik und Wirkung der PDS als Antikriegspartei in den Kommunen.

Umwelt: Die Kommunalpolitik muß als ständigen Bestandteil und Ziel die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Lebensräume von Mensch, Tier und Pflanzenwelt haben und die Lebensressourcen für künftige Generationen schützen. Alle politischen Entscheidungen sind dahingehend zu überprüfen.

Stichworte für besonders dringliche Anliegen sind:

- die Verhinderung weiterer Flächenversiegelung,
- die Gewinnung alternativer/regenerativer Energien,
- Verkehrsvermeidung, ÖPNV-Förderung,
- Abfallvermeidungskonzepte,
- Anwendung wassersparender Technologien, Erhaltung der Grundwasserschichten, dezentrale Wasser- und -entsorgung in den Regionen.

Kultur: Finanzierung von Kultur muß als Pflichtaufgabe akzeptiert werden, die entsprechende Ausstattung der kommunalen Haushalte durch Land und Bund muß gesichert sein.

Zu dieser Pflichtaufgabe gehören:

- die Vielfalt der kulturellen Angebote und Äußerungen,
- alternative Kulturprojekte und Projekte kultureller Randgruppen,
- Achtung und Wahrung kultureller Leistungen der DDR,
- Erleichterung des Zugangs aller Bürger zu Wissenschaft und Kultur,
- finanzielle Förderung, Stützung und Unterstützung von Vereinen, Verbänden, von Verlagen, Theatern, Galerien, Kinos und Museen,
- Denkmalschutz im Sinne kultureller und historischer Vielfalt und zur Förderung des Werterhalts von Denkmälern in allen Eigentumsformen,
- ein kulturelles Angebot sowie die Förderung kultureller Projekte in ländlichen Regionen und kleinen Städten,
- eine sorgfältige und verantwortungsbewußte Stadtentwicklungsplanung, die Bausubstanz erhält, Freizeiträume und Grünflächen erweitert, Ortstypisches unangetastet läßt und Alt- bzw. Innenstädte nicht entmischt oder gar entvölkert,
- zielstrebige und vielseitige Nutzung öffentlicher Gebäude.

Während gegenwärtig von zentralen Stellen angestrebt wird, spektakuläre „Leuchtturmveranstaltungen“ zu planen, drängen wir darauf, „Weimar 99“ als eine Chance zu nutzen, überlebensfähige Strukturen eines breiten kulturellen Wirkens in und um Weimar – mit seiner zwiespältigen Geschichte – zu schaffen. Dazu gehört auch, der Vernachlässigung des klassischen Literaturerbes entgegenzutreten, wie sie in der Schließung des Schillermuseums zum Ausdruck kommt. Die Region im Wechsel und Austausch der europäischen und außereuropäischen Kulturen – das muß Weg und Ziel des Kulturstadtgedankens sein.

Jugend: Es deutet sich an, daß aus Haushaltsgründen vorgenommene Einsparungen in den Kommunen besonders zu Lasten der Mittel für Jugendarbeit vorgenommen werden. Dagegen wehrt sich die PDS und untersetzt gleichzeitig ihre Forderungen nach mehr demokratischen Rechten für Jugendliche. Sie setzt sich ein für:

- Erhalt und Schaffung von Jugendfreizeiteinrichtungen, besonders von nichtkommerziellen Jugendhäusern und deren Betreuung durch Sozialarbeiter/innen und Freizeitpädagogen/innen in festen Arbeitsverhältnissen,
- alternative Jugendobjekte,
- die Entbürokratisierung der Kinder- und Jugendarbeit,
- ein umfassendes Angebot zum kulturellen und multikulturellen Erleben,
- die Einrichtung von Zufluchtsstätten für Kinder und

Jugendliche, die Problemen und vor allem der Gewalt in Elternhaus und Schule nicht gewachsen sind,

- die Förderung von Projekten zur Arbeit mit gewaltbereiten und kriminell gefährdeten Jugendlichen und deren Eltern,

- Kinder- und Jugendvertretungen, die eigene Beschlüßentwürfe in die jeweiligen Räte einbringen können und bei allen Entscheidungen, die Auswirkungen auf ihr künftiges Leben oder das nachfolgender Generationen haben, gehört werden müssen.

Senioren: Altenplanung muß eine Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Kommunalpolitik für den älteren Menschen heißt, die Voraussetzungen für ein Leben sozialer Sicherheit, den Erhalt der persönlichen Kompetenz und Würde zu schaffen. Dabei können selbstgewählte Seniorenvertretungen bei den Kommunalparlamenten die Probleme der über 50jährigen Bürger aufgreifen und in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Maßstab ist eine bedarfsorientierte soziale Grundversicherung, die ein Abgleiten in Altersarmut verhindert. Deshalb sind ausreichend seniorenfreundliche Wohnungen, sozial in Ausstattung, Mietpreis und Größe bereitzustellen. Eine seniorenfreundliche Infrastruktur heißt auch, für Senioren erschwingliche Fahrpreise zu sichern und Möglichkeiten für kulturelles Zusammensein einzurichten.

Antikriegspartei: In den Kommunen muß die PDS als eine konsequente Antikriegspartei Profil entwickeln. Sie unterstützt deshalb Vereine, Gruppen und Initiativen, die sich mit Themen und Vorhaben zur Erhaltung sowie zur weiteren Ausgestaltung und Festigung des Friedens befassen. Dort, wo in Thüringen die Bundeswehr Einheiten stationiert hat oder über Liegerschaften verfügt, strebt die PDS die Entwicklung einer öffentlichen Diskussion alternativer Vorstellungen und Lösungen zur zivilen Nutzung solcher Objekte an. Die PDS sieht eine ständige Aufgabe darin, Jugendliche, die aus politischer, moralischer oder religiöser Überzeugung den Kriegsdienst verweigern wollen, bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen und die Festigung ihrer Haltung zu unterstützen. Sie lehnt kommunale Patenschaften mit Bundeswehreinheiten ab und setzt sich dafür ein, daß militärische Demonstrationen (Verdichtungen, Truppenschauen) nicht auf öffentlichen Plätzen stattfinden.

5. Kommunen als Wirtschaftsobjekte

Weder das Problem der Massenarbeitslosigkeit und der geringen industriellen Basis in Thüringen noch die notwendige ökologische Umgestaltung sind zu lösen, wenn nicht die Kommunen eine zentrale Rolle als Wirtschaftsobjekte erhalten.

Deshalb setzt sich die PDS Thüringen ein für:

- einen starken öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in den Kommunen und die Kommunalisierung der Arbeitsförderung,
- die Entwicklung, Umgestaltung und Stabilisierung regionaler Wirtschaftskreisläufe und neuer wirtschaftlicher Potentiale in den Kommunen. Dabei legt sie besonderen Wert auf die Neugestaltung des ländlichen Raumes für alternative Wirtschafts- und Lebenszusammenhänge,
- den Erhalt und die Mehrung des kommunalen Vermögens und dessen langfristige Nutzung für Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, für den Entscheidungsspielraum der Kommunen und die Überleitung zur nachhaltigen Entwicklung. Deshalb ist den Privatisierungsbestrebungen entgegenzuwirken;
- kostenlose Überlassung der Flächen der Treuhandnachfolgeeinrichtungen an die Kommunen,
- die Ausübung kommunaler Dienstleistungen durch Kommunen und Landkreise.

Zur Stärkung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors in den Kommunen bringen die kommunalen Abgeordneten unter anderem Anträge ein:

- zur Beteiligung von Kommunen an Arbeitsförderungs-, Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften (ABS),
- zur Vergabe öffentlicher Aufträge an Träger des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors,
- zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Altstadtsanierung,
- zur Schaffung von Lehrstellen in Kreisverwaltungen,
- zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Ansiedlung von Gewerbe, besonders produzierendes Gewerbe.

Die Vorstände und Mitglieder unterstützen die Vorhaben durch Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, ABS, Arbeitsloseninitiativen usw. und durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

6. Unsere Standpunkte aktuellen Problemlagen

Haushalte: Wir unterstützen den Mut zu nichtausgeglichenen Haushalten, wenn soziale und kulturelle Verantwortung dies erfordert. Diese sollen Druck in Richtung eines gerechten kommunalen Finanzausgleichs ausüben. Das kann geschehen

- über die praktische Einführung einer Rangfolge folgender Aufgaben:

- soziale Sicherung, einschließlich Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie anderer transferunabhängiger Existenzsicherungen,
 - Zukunftsinvestitionen (öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, ökologischer Umbau, Jugendarbeit, Soziokultur, soziale Infrastruktur),
 - Aufwendungen für Bürger/innenmitwirkung
 - Ausgleich von Standortnachteilen für örtliches Gewerbe,
 - örtliche und regionale Verkehrsstruktur
 - Sicherheit
 - Verwaltungskosten,
 - über Interventionsmöglichkeiten für Bürgermeister und Landräte,
 - über Einleitung von Schlichtungsverfahren zwischen Landesverwaltungsamt und Kommunen bei Nichtgenehmigung von Haushalten.
- Haushaltsstops sind weder für Maßnahmen der Arbeitsförderung noch den soziokulturellen Bereich zulässig.

Wohnen: Die Lebenssituation vieler Bürgerinnen und Bürger ist durch die steigenden Aufwendungen für das Wohnen und für kommunale Abgaben mittelbar oder unmittelbar bedroht. Deshalb engagiert sich die PDS

- für die Schaffung eines Bestandes von ca. 30 v.H. Sozialwohnungen am Gesamtwohnungsbestand - vor allem in den Siedlungszentren, hauptsächlich über die Umwidmung aus dem Bestand, über Neubau und über die Instandsetzung nicht genutzten Wohnraums,
- für die Verabschiedung neuer Wohngeldregelungen mit dem Ziel, daß die Mietkostenbelastung für Haushalte mit geringem Einkommen 20 v.H. nicht überschreitet,
- für die Erweiterung des demokratischen Mitspracherechts durch die Unterstützung von Mieterverbänden und deren Vertretung in den Aufsichtsräten der kommunalen Wohnungswirtschaftsunternehmen,
- für die Gewährleistung bezahlbarer Kommunalabgaben, insbesondere für Wasser/Abwasser, Müll, Straßenausbau,
- für die Bestandssicherung des privat genutzten Wohneigentums und des mittelständisch genutzten Immoilieneigentums durch Gewährleistung bezahlbarer Kommunalabgaben, Wahlfreiheit der Eigentümer für Alternativlösungen,
- für Prüfverfahren für die von den Kommunen abgeschlossenen Wasser- und Abwasserverträge,
- für die Gleichstellung des genossenschaftlichen mit dem übrigen privaten Wohneigentum, Förderung von Kleingewerkschaften in der Wohnungswirtschaft,
- für die Unterstützung von Instandbesetzungen von Wohnhäusern.

Altschulden: Die PDS Thüringen ist für die Streichung aller sogenannten „Altschulden“.

Wir unterstützen sowohl die aktuellen Proteste gegen diejenigen auf gesellschaftlichen Einrichtungen wie auch die immer wieder zu stellende Forderung nach völliger Aufhebung der „Altschulden“ für Wohnungen und Agrargenossenschaften.

Der Landesverband setzt sich dafür ein, daß aus der nunmehr vom Bund festgelegten Erweiterung der Möglichkeiten zur Privatisierung von Wohnraum auf Zwischenerwerber keine Vertreibung von Mietern aus ihren Wohnungen folgt.

Im Zusammenwirken mit Initiativen von Betroffenen organisieren die Vorstände und Abgeordneten Kontrolle und Widerstand beim Verkauf von Wohnungen an Zwischenerwerber.

Die Abgeordneten in den Kommunen verlangen Transparenz der Verträge mit Zwischenerwerbern. Sie bringen Anträge ein, die die Vorlage der Vertragskonditionen fordern.

Die PDS unterstützt und organisiert öffentliche Veranstaltungen mit betroffenen Mieterinnen und Mietern.

7. Landesweite parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen im Jahre 1996

7.1. Der Landesverband setzt den Kampf um bezahlbare Kommunalabgaben fort. Ziel ist eine Novellierung des Kommunalabgabengesetzes dahingehend, daß die Abgaben für Wasser und Abwasser, für den

Diskussionsbeitrag aus der PDS Bayern zu den Kommunal финанzen

Die Kommunen unter immer größerem staatlichen Druck

Bonn regiert, die Kommune pariert?! So lautete das Thema einer PDS-Veranstaltung am 25. November in München. Hier einige Auszüge aus der Rede von Eva Bulling-Schröter (MdB, PDS).

Die Finanzlage der Kommunen ist – wenn auch örtlich und regional differenziert – insgesamt dramatisch. Die Kreditmarktschulden der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland beliefen sich Ende 1994 – ohne die sogenannten Altschulden aus DDR-Zeiten – auf rund 165 Milliarden DM. Besorgniserregend ist, daß die Pro-Kopf-Verschuldung der ostdeutschen Kommunen nach gut viereinhalb Jahren staatlicher Einheit auf dem besten Wege ist, das hohe Niveau der Westkommunen nach 45 Jahren Bundesrepublik zu erreichen. Vielen Kommunen in der Bundesrepublik droht der finanzielle und damit auch der soziale und wirtschaftliche Kollaps.

Abbau von Leistungen: In einem bisher nicht gekannten Ausmaß wurden und werden aus diesem Grund von den Kommunen betriebene Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen, Frauenhäuser, Theater, Bibliotheken, Schwimmbäder und ähnliches geschlossen beziehungsweise müssen ihren Betrieb stark einschränken. Frankfurt am Main – die Stadt der Bankenpaläste – ist bezeichnenderweise so überschuldet, daß sogar den Obdachlosen die Duschmarken für die städtischen Bäder gestrichen werden sollen. Die großen Finanzprobleme der Kommunen beeinträchtigen zunehmend auch deren Investitionstätigkeit. In Westdeutschland entwickeln sich die kommunalen Investitionen stark rückläufig; in Ostdeutschland stagnieren sie seit zwei Jahren. Die Kommunen können damit ihrer Verantwortung als größter öffentlicher Auftraggeber und bedeutender Arbeitgeber – immerhin werden zwei Drittel der öffentlichen Investitionen in der Bundesrepublik durch die Kommunen getätigt – kaum noch gerecht werden. In so mancher ostdeutscher Region sind die Kommunen angesichts der weitgehend weggebrochenen industriellen Kerne noch als einziger größerer Arbeitgeber verblieben.

Bonn schreibt immer mehr vor: Für die zunehmende Verschuldung von Städten, Gemeinden und Landkreisen tragen neben „hausgemachten“ kommunalen Ursachen ganz offensichtlich auch der Bund und die Länder ein gerüttelt Maß an Verantwortung. Zirka 80 Prozent der Bundesgesetze, sowie fast 90 Prozent der Landesgesetze werden auf der kommunalen Ebene realisiert. Der Bund hat in den zurückliegenden Jahren Leistungsgesetze mit erheblichen finanziellen Auswirkungen erlassen sowie den Städten, Gemeinden und Landkreisen zusätzliche Aufgaben zugewiesen – ich nenne das Recht auf einen Kindergartenplatz – ohne gleichzeitig eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen sicherzustellen.

183 Mrd. DM mehr für den Bund, 4,4 Mrd. minus bei Kommunen: Als Ergebnis der Steuerrechtsänderungen im Zeitraum 1991 bis 1996 nimmt der Bund, Recherchen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen zufolge, zusätzlich 183 Milliarden DM ein. Dagegen gehen den Kommunen durch diese Steuerrechtsänderungen – darunter durch die stete Aushöhlung der wichtigsten Kommunalsteuer, der Gewerbesteuer – im gleichen Zeitraum insgesamt 4,4 Milliarden DM an eigenen Einnahmen verloren. Das Jahresteuergesetz 1996 – eine fiskalpolitische Wurstlei der Bundesregierung durch und durch – sah in seiner ersten Fassung sogar vor, die Gewerbesteuer bundesweit abzuschaffen und die Gewerbeertragssteuer weiter zu senken, ohne daß die Kommunen dafür einen gesicherten Ausgleich erhalten hätten. Diese Pläne konnten fürs erste durch die Opposition verhindert werden. Sie stehen aber für

1997 wieder auf dem Regierungsprogramm.

Zwang zu Privatisierung: Darüber hinaus hält der Bund in unverantwortlicher Weise an seiner Weigerung fest, sich an den in der Tat dramatisch gewachsenen Sozialhilfeausgaben der Kommunen – die 1994 etwa 54 Milliarden DM ausmachten und 1995 noch einmal um 6 Milliarden ansteigen – zu beteiligen. Die Kommunen müssen damit die finanziellen Folgen für Probleme tragen, die sie in der Regel nicht verursacht haben. Statt dessen fordert die Bundesregierung die Kommunen auf, zum Zwecke der Haushaltssanierung ihr „Tafelsilber“ – dazu gehören namentlich Wohnungen, die eigenen Unternehmen in der Elektrizitätswirtschaft, der Abfallentsorgung, in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, im öffentlichen Personennahverkehr sowie Grund und Boden – rigoros zu veräußern. Die Bundesregierung sagt dem Fortbestand kommunaler Unternehmen überhaupt den Kampf an. Das ist auch der eigentliche Hintergrund des Management by potatoes, das Finanzminister Waigel in bezug auf die Einführung der Steuerpflicht für hoheitliche kommunale Unternehmen im Mai dieses Jahres praktizierte. Auch dies ist durch den Widerstand der Kommunalen Spitzenverbände erst einmal vom Tisch – aber nur vorübergehend. Die Steuerpflicht wird wahrscheinlich im nächsten Jahr neu in Angriff genommen werden.

Augenscheinlich sind auch rigide „Verschlankungskonzepte“ für Rathäuser und Landratsämter oder explodierende Gebühren für Müll, die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Straßenreinigung beziehungsweise sprunghaft steigende Beiträge für den Anschluß von Haushalten an die Kanalisation, wie sie vor allem in Ostdeutschland derzeit unrühmliche Schlagzeilen machen, wenig geeignet für eine dauerhafte Stabilisierung der Kommunalhaushalte.

Forderungen der PDS: Die PDS fordert von der Bundesregierung, endlich zu einer solchen Finanzausstattung der Städte, Gemeinde und Kreise beizutragen, die in der Tat kommunale Selbstverwaltung und kommunale Finanzautonomie sichern kann. Anstelle von Schnellschüssen verlangt die PDS eine umfassende Reform der Kommunalfinanzierung. Zu deren Vorbereitung sollte eine Enquete-Kommission „Reform der Kommunalfinanzierung“ eingesetzt werden.

Die Enquete-Kommission sollte die Aufgabe haben:

- erstens: das derzeitige System der Finanzierung der Haushalte der Städte, Gemeinden und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland umfassend auf den Prüfstand zu stellen und vor allem seine strukturellen Schwächen und grundlegenden Mängel zu untersuchen und

- zweitens: wissenschaftlich fundierte Vorschläge für eine solche Reform der Kommunalfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich ggf. notwendig werdender Änderungen des Grundgesetzes vorzulegen, wodurch tatsächlich kommunale Selbstverwaltung und die Finanzautonomie der Kommunen gewährleistet werden können.

In diesem Zusammenhang sollte die Wirksamkeit der eigenen Steuereinnahmen der Kommunen gründlich überprüft und vor allem ein Standpunkt für die künftige Perspektive der Gewerbesteuer (Ertrags- und Kapitalsteuer) als Kommunalsteuer, einschließlich ggf. möglicher Alternativen, unterbreitet werden. Einer Untersuchung unterzogen werden sollte das System der Finanzaufweisungen und -zuschüsse an die Kommunen seitens Bund und Land sowie der Komplex kommunaler Gebühren und Beiträge.

Straßenbau und für Müll sich in sozial verträglicher Höhe bewegen.

Dazu arbeiten die Vorstände und Fraktionen aller Ebenen eng mit Bürgerinitiativen zusammen und unterstützen sie. Die Mitglieder in den Basisgruppen sorgen mit Infoständen, öffentlichen Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden, Flugblattaktionen u.a. für die Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit sowie organisieren Proteste in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen. Die kommunalen Abgeordneten nehmen Einfluß auf die Abgabensatzungen. Sie bringen Anträge ein, um die Gesamtbelastung der Haushalte durch die Kommunalabgaben zu erfassen und hinsichtlich ihrer Sozialverträglichkeit zu bewerten. Hierbei ist Ziel, daß beim Land ein Ausgleichsfonds eingerichtet wird, so daß aus einer Minderbelastung für Bürger keine Mehrbelastung für Kommunen folgt.

1996 muß der Widerstand gegen das beschlossene und in höchstem Maße unsoziale Kommunalabgabengesetz verstärkt werden. Beiträgen im voraus für Wasser, Abwasser, Straßenbau und andere kommunale Leistungen werden unsere Abgeordneten mindestens solange die Zustimmung verweigern, bis die Klagen vor dem Verfassungsgericht entschieden werden.

7.2. Der Landesverband und die Kreisverbände der PDS unterstützen die PDS-Fraktionen in den Gemeinden, Städten und Kreistagen in der Durchführung einer landesweiten Aktion „Kommunen für Kinder sind Kommunen mit Zukunft“. Höhepunkt dieser Aktion ist das 4. Linke Medienspektakel in Suhl am 1. Juni 1996, dem Internationalen Kindertag.

Beschlossen auf der 2. Tagung des 3. Landesparteitag der PDS Thüringen am 2. Dezember 1995 in Erfurt

Zwei Jahre PKK-Verbot – Versuch einer Bilanz

VON RUDOLF BÜRCEL

Die nebenstehenden „Chronik“ seit November 1993 über die Repressionsmaßnahmen gegen die kurdische Bevölkerung in der Bundesrepublik - immerhin leben hier 500.000 Menschen kurdischer Nationalität - ist unvollständig. Es fehlen die andauernden Durchsuchungen kurdischer Vereine und Privatwohnungen, die Einrichtung von anonymen Telefonen bei den Landeskriminalämtern, rund 5.000 Ermittlungsverfahren gegen Kurdinnen und Kurden ... usw.

Den ganzen Umfang der Repression in der Bundesrepublik gegen kurdische Menschen darzustellen ist mittlerweile unmöglich. Eine ganze Bevölkerungsgruppe ist an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden mit staatlicher Brutalität, gewollter oder stumpfsinniger Hetze von Politikern, Beamten und Medien. Die Verbote und die Verfolgungspolitik deutscher Behörden greifen so brutal in das Leben der kurdischen Bevölkerung ein, daß die Kurden nicht mehr wissen, wie sie unter diesen Bedingungen als Menschen leben und ihre Kinder als Menschen großziehen sollen. Die Eingriffe in das soziale Leben gehen so weit, daß schon Polizei auf kurdischen Familienfesten wie Hochzeiten oder Beschneidungsfesten erscheint. Die Realität in der Bundesrepublik kommt einem Versammlungsverbot für kurdische Menschen gleich.

Unter solchen Bedingungen wird ein soziales Leben unterbunden. Die Vorgänge in den kurdischen Gebieten der Türkei zeigen das tagtäglich. Der Befreiungskampf ist eine Antwort auf die Zerstörung des türkischen Regimes und seiner Armee in Kurdistan, nicht nur der Zerstörung von Dörfern, sondern gegen die Vernichtung des kurdischen Volkes, gegen Völkermord. Die Entfaltung einer kurdischen Kultur in der BRD muß als die Antwort der hier lebenden kurdischen Menschen auf solche eine Erfahrung sozialer Bedrohung und Vernichtung verstanden werden. Die Kurdinnen und Kurden sind zumeist als Arbeitse migranten oder als Flüchtlinge auf Zeit in die Bundesrepublik gekommen. Deshalb ist diese Bevölkerungsgruppe auch eng mit den Vorgängen in ihrer Heimat verbunden. Die Entwicklung der kurdischen Kultur als Überlebenswille dieses Volkes gegen seine Vernichtung ist der Verdienst der Befreiungsbewegung PKK.

Der Versuch der totalen Unterdrückung dieses Behauptungswillens einer halben Millionen Menschen in der Bundesrepublik läßt für ein „Vereintes Europa“ unter deutscher Führung böses ahnen. Auf jeden Fall verknüpft es die Politik dieser Bundesregierung immer enger mit dem Terror und dem Völkermord der türkischen Regierung. Die türkische Ministerpräsidentin Ciller rief vor einem Jahr zur „Endlösung der Kurdenfrage“ auf, ihr damaliger Generalstabschef zum „totalen Krieg“. Die deutsche Unterstützung lautet bisher immer Waffen für das türkische Militär, Kredite für die türkische Regierung - und Verfolgung der kurdischen Lebensäußerungen in der Bundesrepublik. Andere europäische Staaten - Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Italien, Spanien, Österreich, Griechenland, Zypern - gewähren der kurdischen Befreiungsbewegung einen diplomatischen Status wie der PLO. Noch wäre es Zeit für die deutsche Regierung, einen anderen Kurs einzuschlagen und Vorschläge der PKK für eine friedliche Lösung des Konfliktes wenigstens zu beachten. Möglichkeiten, die türkische Regierung zur Beendigung ihres Terrors in Kurdistan zu bewegen, hätte die Bundesregierung allemal. Zwei Jahre PKK-Verbot zeugen aber von deutscher Großmacht politik und nicht von Friedenswillen und Humanität.

Wer dem Treiben der Regierung der BRD zuschaut wird heute zum Täter gegen die hiesige kurdische Bevölkerung. Gegen die Regierungspolitik muß nicht nur protestiert, sondern auch aktiv gehandelt werden. Solidarität und aktives Eintreten für die kurdische Emanzipationsbewegung ist nötiger denn je.

26. November 1993 - Bundesinnenminister Kanther verbietet 35 kurdische Organisationen: PKK (Arbeiterpartei Kurdistan), ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans), FEYKA-Kurdistan (Föderation der patriotischen kurdischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V.) und die ihr angehörenden 29 Kulturvereine, Kurdistan Komitee e.V., Berxwedan-Verlags GmbH, Kurd-Ha (Presseagentur).

Auszüge aus der Verbotsverfügung: „... die Tätigkeit der PKK sowie ihrer Teilorganisationen verstößt gegen Strafrecht, richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, gefährdet die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik ... Die Straftaten stören das friedliche Zusammenleben zwischen Kurden und Türken sowohl in der Türkei als auch in Deutschland ... Die gewalttätigen politischen Aktionen gefährden die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland. Sie stören erheblich das Verhältnis zum türkischen Staat ... Die politische Agitation der PKK und ihr nahestehender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht ...

... Die deutsche Außenpolitik und die Außenpolitik der gesamten westlichen Welt tritt für (die) Integrität eines wichtigen NATO-, WEU-, und Europapartners im Interesse des Friedens in der gesamten Region ein. Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaubwürdig machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben. Darüber hinaus werden dadurch diejenigen Kräfte in der Türkei gestärkt, die die Bindung an Europa und an die westliche Welt lockern wollen ...“

18. Dezember 1994 - Die Stadtverwaltung Kassel verbietet kurzfristig eine „Nationale Widerstandsveranstaltung des kurdischen Volkes“, die Veranstalter hätten Verbindungen zur verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Rund 10.000 kurdische Familien werden von der Polizei entweder durch Abriegelungen der Autobahnzufahrten oder direkt vor der Eissporthalle daran gehindert, die Veranstaltung zu besuchen. Die sich in der Stadt befindenden kurdischen Menschen werden von der Polizei eingekesselt und angegriffen. Nachträglich stellt sich heraus, daß am gleichen Tag der türkische Botschafter in Kassel war.

2. März 1994 - Die türkische Nationalversammlung hebt die Immunität von sechs kurdischen Abgeordneten der Partei der Demokratie (DEP) auf, die Politiker werden daraufhin verhaftet. Von der Bundesregierung kommen keine Proteste.

19. März 1994 - Etwa 6.000 Kurdinnen und Kurden sind unterwegs zu der in Augsburg geplanten Newrozfeier, dem kurdischen Neujahrsfest. Zwei Tage zuvor wurde die Veranstaltung verboten und erst einige Stunden vor dem geplanten Veranstaltungsbeginn das Verbot vom Verwaltungsgerichtshof bestätigt. Die Polizei stoppt die aus ganz Bayern und Baden-Württemberg anreisenden Busse auf den Zufahrtsstraßen. Direkt vor der Halle, an zwei Stellen auf der Autobahn A 8 und auf einer Bundesstraße protestieren die Kurdinnen und Kurden gegen das Verbot, die Autobahn wird blockiert, Newrozfeuer angezündet, die Menschen wehren sich gegen die Polizeieinsätze.

Die bayerischen Behörden reagieren auf diese Widerstandsaktionen mit Verfolgungen in einem beispiellosen Ausmaß: Laut der Leitenden Oberstaatsanwältin werden 1.017 Ermittlungsverfahren eingeleitet, 224 Strafbefehle bis maximal ein Jahr Freiheitsstrafe verhängt, 32 Kurden wegen schweren Landfriedensbruch angeklagt. In Stuttgart werden 700 Kurdinnen und Kurden, deren Personalien in und um Augsburg festgestellt wurden von der Staatsanwaltschaft zur erkennungsdienstlichen Behandlung geladen, darunter auch Minderjährige. Die Augsburger Polizei erstellt Fotomappen mit Bildern von angeblichen Straftätern. Mittels dieser Fahndungsmappen werden in den folgenden Monaten bei verschiedensten Gelegenheiten Kurden verhaftet, u.a. bei einer Demonstration von amnesty international am 9. April in München und einer Demonstration gegen die drohenden Abschiebungen am 23. April in München.

Die Polizei hängt Fahndungsplakate mit dem Bild eines Kurden auf, der angeblich an den Widerstandsaktionen beteiligt war. Da das Bild schlecht zu erkennen ist und auch kein Name angegeben ist, trägt es in erster Linie zu der in diesen Tagen enormen Hetze gegen die gesamte kurdische Bevölkerung in Deutschland bei.

In den etwa 20 Prozessen, die bisher stattfanden, wurden die meisten Angeklagten zu Haftstrafen ohne

Bewährung verurteilt; bisherige Höchststrafe: 5 Jahre und 6 Monate.

Ein Kurde wird am 27.12.1994 als „Straftäter“ in d. Türkei abgeschoben, obwohl sein Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

In den folgenden Tagen kommt es in ganz Deutschland zu Autobahnblockaden und Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Folge sind unzählige Ermittlungsverfahren, 250 allein in Nordrhein-Westfalen.

In Mannheim verbrennen sich zwei Kurdinnen au Protest gegen den Völkermord in Kurdistan und die Verfolgung der Kurden in Deutschland. Bundeskanzler Kohl spricht von einer „neuen Dimension des Terrors“. Eine Trauerkundgebung in Mannheim wird verboten und die Stadt Mannheim von der Polizei mit einem der größten Einsätze der Nachkriegszeit in eine Festung verwandelt. 30.000 kurdische Menschen reisen trotzdem nach Mannheim an. Viele werden an Polizeikontrollen zurückgewiesen. Die trotz Verbot stattfindende Kundgebung wird massiv mit Wasserwerfer einsatz von der Polizei angegriffen.

12. April 1994 - Prozeßbeginn gegen zwölf Kurden, die das Türkische Konsulat in München aus Protest gegen Bombardierungen und Massaker in Kurdistan besetzt hatten. Seitens des bayrischen Innenministers und des Münchner Oberbürgermeisters werden sämtliche Versammlungen und Demonstrationen, die für diesen Tag geplant waren, verboten. 4.000 Polizisten riegeln das Prozeßgebäude ab und führen weiträumige Kontrollen durch. Alle nur „südländisch“ aussehenden Menschen werden in ganz München kontrolliert.

1. Juli 1994 - Der 16jährige Kurde Halim Dener wird im Stadtzentrum von Hannover von einem Zivilpolizisten erschossen; er hatte zuvor Plakate für die Nationale Befreiungsfront Kurdistans ERNK verklebt.

18. August 1994 - 150 kurdische Jugendliche wollen mit einer Fahrradtour von Bonn zur UNO in Genf gegen die Entvölkerung in Kurdistan und den Völkermord dort protestieren. Zunächst zwingt die Polizei die Demonstranten, ihre T-Shirts mit dem Bild von Halim Dener und den Symbolen des kurdischen Befreiungskampfes auszuziehen, und verbietet die Demo. Den Protest der Kurden prügelt die Polizei mit Tränengas und Schlagstöcken nieder. Eine junge Kurdin erleidet infolge der Knüttelschläge eine schwere Gehirnblutung.

26. September 1994 - Kurdische Frauenorganisationen rufen dazu auf, von Mannheim nach Straßburg zum Europarat marschieren. Dort soll Anklage gegen das türkische Regime erhoben werden wegen Vergewaltigungen, Dorfzerstörungen und -Vertreibung. Der Protestmarsch wird verboten. 300 kurdische Frauen, Junge und Alte, teilweise begleitet von ihren Kindern, beginnen den Marsch; nach hundert Metern werden sie von einem massiven Polizeiaufgebot ausgerüstet mit Pferden und Wasserwerfern gestoppt und in einem brutalen Polizeieinsatz festgenommen. Am folgenden Tag besetzen kurdische Frauen das Mannheimer Rathaus mit der Forderung ihren geplanten Marsch durchführen zu können, wieder werden sie unter Schlagstockeinsätzen und Prügel festgenommen. Die Folge der Polizeieinsätze: zwei Frauen erleiden Fehlgeburten, mehrere Knochenbrüche, unzählige Blutergüsse.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Teufel reist eigens nach Mannheim, um der Polizei für ihr „besonnenes Vorgehen“ zu danken.

Tags drauf können die Frauen in der Nähe von Mannheim mit ihrem Marsch beginnen. In Kehl wird ihnen zwei Tage lang der Grenzübertritt nach Frankreich von einem riesigen Polizeiaufgebot verweigert.

September 1994 - Das Halim Dener-Internationale Kurdistan Festival wird in Hannover verboten. In den beiden vorangegangenen Jahren fand in Bochum und Frankfurt jeweils ein Internationales Kurdistan Festival unter der Beteiligung von jeweils etwa 100.000 Menschen statt, dabei war es zu keinerlei Zwischenfällen gekommen. Das Kulturfestival muß in der Niederlande stattfinden, wo die Behörden keine Probleme damit haben. In verschiedenen Städten machen die Behörden Druck auf Busunternehmer und drohen mit Beschlagnahmung von Reisebussen, falls diese an Kurden vermietet werden.

26. Oktober 1994 - Der ERNK-Europavertreter Kam Yilmaz, der auf Einladung eines Abgeordneten der Labour Party nach London gereist war, wird auf dem Weg zu Gesprächen mit 12 britischen Abgeordneten festgenommen. Im November stellt die Bundesregierung ein

offizielles Auslieferungsgesuchen an die britische Regierung.

2. März 1995 - Innenminister Kanther läßt das Kurdistan Informationsbüro in Köln verbieten; die Begründung lautet es sei eine Nachfolgeorganisation des verbotenen Kurdistan Komitees. Gleichzeitig verbietet der bayrische Innenminister Beckstein alle kurdischen Kulturvereine in Bayern.

Die Vereine waren teilweise schon im November 1993 verboten worden, aber durch eine Einstweilige Verfügung des Verwaltungsgerichts wieder zugelassen worden, eine endgültige Entscheidung lag nun beim Bundesverwaltungsgericht und nicht bei der Exekutive. Um seinem bayrischen Kollegen freie Hand bei den Verboten zu geben, hatte Kanther eine Stunde vor dem neuerlichen Verbot das alte Verbot gegen die bayerischen Vereine aufgehoben.

März 1995 - In Stuttgart, Hamburg und Köln finden Netzwerke-Veranstaltungen kurdischer Vereine statt. An anderen Orten werden sie verboten. An der Veranstaltung in Stuttgart nehmen zwischen 10-15 000 Menschen teil. Der ANC verliest eine Grußadresse.

17. Juni 1995 - In Bonn findet die Demonstration „Für eine demokratische und gerechte Lösung in Kurdistan“ statt. Es beteiligen sich um die 150 000 Menschen. Die Demonstration konnte erst stattfinden, als der Landtagsabgeordnete S. Martsch von den Grünen in Nordrhein-Westfalen die Veranstaltung anmeldete. Die Behörden verweigerten kurdischen Organisationen eine Genehmigung.

Chronologischer Überblick über Repressionsmaßnahmen gegen in Deutschland lebende Kurdinnen und Kurden

1. Juli 1995 - In Hannover beteiligen sich 10 000 Menschen an einer Demonstration zum Gedenken an den vor einem Jahr in Hannover von einem Polizeibeamten erschossenen Halim Dener.

20. Juli 1995 - In Berlin und Frankfurt beginnen einige Hundert Kurdinnen und Kurden mit einem Hungerstreik zur Unterstützung des Hungerstreiks von 10 000 PKK-Kriegsgefangenen in den Gefängnissen der Türkei. Sie solidarisieren sich mit deren Forderungen: Anerkennung der Genfer Konvention, Schluß mit dem Krieg in Kurdistan und Verhandlungen für eine friedliche Lösung. Weiter fordern die Hungerstreikenden in der Bundesrepublik ein Ende der Verfolgung und Kriminalisierung der kurdischen Bevölkerung in der Bundesrepublik.

In Berlin wird der Hungerstreik vor der Gedächtniskirche von der Polizei am 26.7., in Frankfurt am 27.7. gewaltsam aufgelöst. Die Tagesschau berichtet über Brutalität des Polizeieinsatzes in Frankfurt unter dem Stichwort „Prügelgasse“. Die Teilnehmerin des Hungerstreiks Gülnaz Bagistani stirbt in Berlin. An der Trauerveranstaltung in Berlin nehmen 10 000 Menschen teil. Polizeibehörden und Staatsanwaltschaft, die erst den Hungerstreik vor der Gedächtniskirche angegriffen und aufgelöst hatten, ermitteln nun gegen das Hungerstreikkomitee. Die Polizei stürmt den kurdischen Verein in Berlin.

3. September 1995 - Der Kurde Seyfettin Kalan wird in Neumünster von Mitgliedern der türkischen faschistischen „Grauen Wölfe“ ermordet. Zwei weitere Kurden waren verletzt worden. 7 000 Menschen protestieren am 9.11. in Neumünster gegen den Mord und die zunehmenden Provokationen und Attacken türkischer

Faschisten auf kurdische Einrichtungen. Auch nach dem Mord von Neumünster greifen die deutschen Behörden nicht etwa Täter und Hintermänner an, also die Strukturen der „Grauen Wölfe“ in der BRD, sondern die Kurdinnen und Kurden. So protestiert der CDU-Landesverband Schleswig-Holstein und der CDU-Bundestagsabgeordnete Olderog gegen das angebliche „Zurückweichen“ der Polizei, die das Zeigen verbotener Symbole (gemeint sind vermutlich kurdische Fahnen der ERNK) nicht verhindert habe. Im Bonner Verfassungsschutzbericht tauchen die „Grauen Wölfe“ erstmals nicht mehr auf.

25. September 1995 - Gegen drei Kurden beginnt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt/Main der erste einer ganzen Reihe von §129a-Prozessen. Sie sollen als PKK-Verantwortliche im Rhein-Main-Gebiet eine „terroristische Vereinigung“ innerhalb der PKK gebildet haben. Einer der Angeklagten war bis zu seiner Verhaftung Vorsitzender des Deutsch-Kurdischen Vereins in Frankfurt und lebt dort seit 20 Jahren. Über 20 Kurdinnen und Kurden sitzen wegen solcher Vorwürfe zur Zeit in deutschen Gefängnissen. Zum Prozeßbeginn in Frankfurt kommen etwa 300 Menschen.

Am 13.10. berichtet die Verteidigung von einer schweren Mißhandlung des angeklagten Dogan Özserik durch Polizeibeamte beim Transport vom Gefängnis zur Gerichtsverhandlung. Herr Özserik ist schwer behindert. Beide Füße und fast alle Finger sind amputiert. Vor dem Abtransport schlugen Beamte auf ihn ein und rissen ihm die Prothesen ab, so daß er in den Gefangenentransporter kriechen muß. Gegen die Verantwortlichen wird Strafanzeige gestellt.

auch Kurden kommen, diese könnten von der Anmeldein nicht kontrolliert werden und würden sicherlich Straftaten begehen (d.h. verbotene Fahnen und Symbole schwenken). Am 18. November wird Köln von der Polizei abgeriegelt. Bundesweit sucht die Polizei nach möglichen Demonstranten und verhindert die Abfahrt mehrerer Busse, holt Leute aus Zügen heraus. An den Einfahrtsstraßen Kölns errichtet die Polizei peinliche Kontrollen: „Jeder, der südländisch aussieht, wird angehalten.“ (Express, 19.11.) Der Versuch, eine Protestdemonstration gegen das Verbot durchzuführen, wird von der Einsatzleitung der Polizei als „Ersatzveranstaltung“ gewertet. Alle Teilnehmenden werden stundenlang auf der Kölner Domplatte von der Polizei eingekesselt, mehr als 330 festgenommen.

25. November 1995 - In Hamburg und Saarbrücken finden Demonstrationen gegen das PKK-Verbot in der BRD statt. Ähnliche Veranstaltungen in Ulm, Stuttgart und Köln werden verboten. Dort erfolgen zahlreiche Festnahmen. Stuttgart ist an diesem Samstag weiträumig abgesperrt. Selbst aus Straßenbahnen werden ausländisch aussehende Menschen rausgezogen. Insgesamt sollen an die 1.200 Menschen einer Personenkontrolle unterzogen worden sein. Der kurdische Verein wird von der Polizei belagert.

30. November 1995 - Bayerns Innenminister Beckstein verbietet den Kurdischen Elternverein in München. Polizeieinheiten überfallen den Münchner Verein sowie gleichzeitig in Köln das Kurdistan-Informationszentrum und in Bonn das Kurdistan-Informationsbüro. In München werden weiter 14 Privatwohnungen



Demonstration im Herbst vorigen Jahres in Hamburg

15. Oktober - Polizeieinheiten, darunter GSG-Kommandos - stürmen in München, Berlin und Gießen kurdische Vereine. 199 Personen werden inhaftiert. GSG-Spezialeinheiten dringen in München in den kurdischen Elternverein ein. Mit gezogenen Waffen wird der Sprachunterricht für kurdische Schulkinder abgebrochen. GSG-Einheiten überfallen in Gießen eine Kulturversammlung von 200 Kurden und inhaftieren davon 180. In Berlin dringen etwa 200 Beamte in den kurdischen Verein ein und führen bei 150 Kurden Paßkontrollen durch. An dem Einsatz sollen sechs Polizisten türkischer Herkunft beteiligt sein. In Berlin ist es innerhalb von zehn Tagen der zweite Polizeiangriff auf den Kulturverein. Wie mehrfach zuvor wird auch das Kurdische Institut durchsucht und verwüstet.

15. November 1995 - In Bremen wird der Kurdisch-Deutsche Freundschaftsverein „Hevlati“ vom Innensenator verboten. Der Innensenator Bortscheler: „Hevlati ist eine Volkstanzgruppe zur Förderung der PKK“, eine „klassische Tarnorganisation“. Die Bremer Ausländerbeauftragte Lill erklärt, daß es für das Vorgehen der Polizei keine Rechtfertigung gäbe. Sogar kurdische Kleidung und Folklore müsse jetzt schon als Rechtfertigung für Beziehungen zur PKK herhalten.

18. November 1995 - Die für diesen Tag von der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke angemeldete Demonstration in Köln „Freiheit für Kurdistan“, zu der rund 100 deutschen Organisationen und Parteien aufrufen, wird vom Kölner Polizeipräsident verboten. Die Verwaltungsgerichte bestätigen das Verbot. Aus der Tatsache, daß die Demonstration auch von dem kurdischen Dachverband YEK-KOM unterstützt wird, konstruiert die Polizei das Verbot: Es würden

durchsucht. Die Presse kaut kritiklos die Meinung Becksteins wieder: Bei dem Verein handele es sich um eine Schaltzentrale des Terrors. Die Medien melden Polizeierfolge, die PKK habe weitreichende Verbindungen, es sei eine geheime Tagesordnung der Innenministerkonferenz für den 15. Dezember gefunden worden. Zwei Tage später: Die Tagesordnung ist öffentlich.

2. Dezember 1995 - Kurdische Familien besetzten ihren Elternverein und fordern die Wiederzulassung des Zentrums. Sie drohen mit Selbstverbrennung. Die Münchner Polizei fährt ein Riesenaufgebot auf. In den Abendstunden verhandelt Münchens Oberbürgermeister Ude mit den Besetzern. Er sichert ihnen die Neugründung eines kurdischen Kulturvereins zu und bietet ihnen an, daß die Besetzer nicht festgenommen würden, wenn sie die Räume freiwillig verlassen und sich einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterziehen. Daraufhin verlassen die Kurdinnen und Kurden den besetzten Elternverein. Das Versprechen auf Freilassung wird nicht eingehalten, über 20 Haftbefehle ergehen. In den Medien wird das Bild grausamer Kurdeneltern verbreitet, die damit drohten, sich und ihre Kinder zu verbrennen.

5. Dezember 1995 - Hessens Innenminister Bökel verbietet in Frankfurt das Kurdistan-Informationszentrum und den Kultur- und Unterstützungsverein des Kurdischen Volkes. Bei beiden Vereinen soll es sich laut Bökel um Unterstützungsorganisationen der PKK handeln. Der Innenminister ruft rund um die Vereinsräume den „Belagerungszustand“ aus.

Internationalisierung des Gewaltmonopols oder Mobilisierung der Friedenskräfte?

Bereich Rechts-, Innen-, AusländerInnen-, Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik der Bundestagsgruppe der PDS (28.11.1995)

I. GLOBALE SITUATION UND MILITÄRISCHE KONFLIKTE

1 Nach dem Ende des Realsozialismus als Weltsystem ist die Menschheit in eine neue Phase eingetreten. Die globale Situation ist dadurch charakterisiert, daß die USA nunmehr die Führerschaft in der Welt übernommen haben und gemeinsam mit anderen kapitalistischen Großmächten - als Sieger im kalten Krieg - die Welt entsprechend ihren ökonomischen und politischen Interessen zu gestalten suchen. Dieser Übergang von einer „bipolaren Welt“ zu einer „unipolaren Welt“ ist Ausdruck eines für offenbar längere Zeit zugunsten der kapitalistischen Großmächte veränderten internationalen Kräfteverhältnisses. In dieser „Weltordnung“ wird nach dem Slogan „The West Versus The Rest“ (Der Westen gegen den Rest der Welt) dem Militärismus wieder größere Gültigkeit eingeräumt: als letztlich entscheidendes Mittel zur Gewährleistung dieser Weltordnung.

Begonnen hat insofern eine Epoche andauernder Hegemonialpolitik, wobei in aller Regel die globalpolitischen Entscheidungen unter dem „Diktat der USA“ getroffen werden. Die USA haben mehr denn je die Rolle der Weltpolizeimacht übernommen. Die Hegemonialpolitik zielt ab:

- auf den Zugang zu den Rohstoffen und Märkten;
- auf die Ausschaltung aller Störfaktoren, auf die Verhinderung des Aufkommens einer neuen gegenläufigen Großmacht, die Kräfte des „Restes der Welt“ bündeln könnte.

Zur Durchsetzung dieser Interessen ist der Krieg wieder ein „legitimes Mittel der Politik“ geworden (vgl. zur globalen Situation: Norman Paech, Friedensstrategie zwischen UNO und NATO, Konferenzbeitrag, Seite 1).

2 Die Bundesrepublik Deutschland reiht sich mit eigenen macht- und wirtschaftspolitischen Interessen in diese Hegemonialpolitik ein und hat bereits entscheidende Schritte getan, um auf dem Wege zur europäischen Hegemonialmacht gleichberechtigt in den „Club der Großmächte“ aufgenommen zu werden. Sie ist bereits zum engsten Verbündeten der USA in der NATO geworden (was gravierende Kontroversen nicht ausschließt) und definiert ihre „nationalen“ Interessen weltweit und betont ihre Eigenständigkeit trotz prinzipieller Übereinstimmung mit den Interessen der „Verbündeten“. Schrittweise wird ideologisch, politisch, juristisch und militärisch der Boden für den Ausbau deutscher Militäraktionen im Ausland vorbereitet. Als einzige Partei des Bundestages lehnt die PDS ohne Wenn und Aber derartige Optionen und Aktionen ab.

Zur Legitimation ihrer militärischen Ambitionen bemüht die Bundesrepublik in besonderem Maße die Bedrohungen angesichts eines zunehmenden „Sicherheitsrisikos“ in dieser Welt: „Deutschland ist aufgrund seiner Interessen, seiner internationalen Verpflichtungen und Verpflichtungen vom gesamten Risikospektrum betroffen ... Es ist ein Ansatz erforderlich, der für den konkreten Einzelfall politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale, ökologische sowie militärische Aspekte berücksichtigt. Im Rahmen einer ursachenorientierten Politik zur Krisen- und Konfliktlösung kann auch der Einsatz militärischer Mittel erforderlich werden, um Gewalt oder Krieg zu verhindern, einzugrenzen oder zu beenden“ (Weißbuch zur Sicherheitspolitik 1994).

Mit dem gegenwärtigen Kurs in der Außenpolitik kehrt die Bundesrepublik zum Kontinuum der deutschen Großmachtspolitik zurück. Der mit den Mitteln offener und verdeckter Einflußarbeit beförderte Aufstieg zur europäischen Hegemonialmacht vollzieht sich auf dem Fundament einer Wiederaufnahme des imperialen Mitteleuropa-Konzepts und führt bereits jetzt zu erheblichen Spannungen auf diplomatischer Ebene. Unter der Losung „Modernisierung der deutschen Streitkräfte“ wird die Bundeswehr zum „Rückgrat der NATO in Europa“ mit „flexiblen Krisenreaktionskräften“ und insgesamt 700.000 einsatzbereiten Soldaten.

Die ökonomische und politische Durchdringung Europas zielt u.a. durch Steuerung der Geldflüsse, das

Niederkonkurrieren von Nachbarstaaten - auf wirtschaftliche Dominanz der Bundesrepublik. Sie strebt einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an und verstärkt ihr Drängen auf eine nukleare Option für die EU. Sie intensiviert ihren Einfluß auf die politischen Strukturen der EU und unterwirft internationale militärische Strukturen ihrem Finanzeinfluß. Militärisch werden Vorbereitungen sowohl für den Einsatz in „begrenzten Kriegen“ als auch für globale Auseinandersetzungen getroffen.

Die dominierende Rolle der militärischen Komponente in der Außenpolitik der BRD wird daran deutlich, daß die BRD im Jahre 1994 für militärische Maßnahmen der UN das Dreifache ihres Mitgliedsbeitrages zum UN-Haushalt zahlte und ihre finanzielle Unterstützung des Golfkrieges ebenso hoch war wie die gesamten Ausgaben der UN für nichtmilitärische Friedensaktivitäten zur Zeit des Golfkrieges. Die zunehmende Rolle als globale Militärmacht wird auch daran deutlich, daß sich die Bundesrepublik zum zweitgrößten Waffenexporteur der Welt entwickelt hat.

3 Die globale Situation ist durch ein Anwachsen sozialer, ethnischer, nationaler und religiöser Konflikte, vor allem innerhalb von Staaten gekennzeichnet, die in hohem Maße bewaffnet ausgetragen werden. Eine differenzierte Analyse dieser Konflikte ist unabdingbar, um die gegenwärtige Problemlage hinsichtlich der friedlichen Streitbeilegung internationaler Konflikte erfassen zu können. Zwischen diesen Konflikten und der imperialen Hegemonialpolitik der kapitalistischen Großmächte gibt es ein kompliziertes Beziehungsgefüge, das es verbietet, diese Konflikte isoliert zu betrachten und unter Abstraktion von der globalen Situation allgemeine internationale Konfliktregulierung betreiben zu wollen.

Wir sind in der heutigen Welt mit folgenden Arten von Konflikten (vgl. Norman Paech, a.a.O., S. 4) konfrontiert:

Direkte Interventionen der USA und anderer kapitalistischer Großmächte zur Ausschaltung unliebsamer Regimes (Panama, Grenada, Libyen) bzw. die Ausschaltung von volksfeindlichen Militärregimen (vor allem in Lateinamerika);

Kämpfe infolge von vielgestaltigen Prozessen der Dekolonisierung, die in Gestalt von militärischen Aktionen gegen Armutsrevolten (z.B. Sri Lanka, Chiapas), nationale Befreiungsbewegungen (z.B. Türkisch Kurdistan, Tschetschenien), der Machtergreifung durch revolutionär-demokratische Bewegungen (z.B. Nicaragua, Angola) oder infolge von revolutionären Putsch (Afghanistan);

Extremfälle des Völkermordes, von Hungersnöten und chaotischen Zuständen infolge der Auflösung der staatlichen Ordnung;

Zwischenstaatliche Kriege in den verschiedensten Formen (Irak/Iran, Irak/Kuwait, Peru/Ecuador).

II. KONSEQUENZEN DER GLOBALEN SITUATION FÜR DIE UNO UND DIE INTERNATIONALE SICHERHEIT

4 In den Zeiten des Kalten Krieges und der Entspannung hat die UNO nur insoweit eine tragende Rolle als Konflikt-schlichtungsorgan und Organ der kollektiven Sicherheit übernehmen können, als dies im Konsens der beiden Supermächte möglich war. Nach dem Wegfall der UdSSR gibt es keine Kraft mehr, die im Sicherheitsrat die USA beim Einsatz der von ihnen für zweckmäßig gehaltenen Mittel zu stoppen vermag. Konflikt-schlichtung erfolgt nur insoweit, als politische und/oder ökonomische Interessen der USA und der anderen kapitalistischen Großmächte berührt sind. Sie bestimmen auch die Formen und Methoden der Konflikt-schlichtung, insbesondere bestimmen sie, in welchem Umfang Institutionen der UNO in Anspruch genommen werden. Tatsächlich waren sie bestrebt, die Kommandogewalt in den eigenen Händen zu behalten und deshalb auch primär ihre eigene internationale Militärmacht in Gestalt der NATO bei den von ihnen durchgeführten internationalen Militäraktionen einzusetzen.

Der nach Art. 34 der UNO-Charta allein für die Grundsatzfrage eines Tätigwerdens oder Nichttätigwerdens bei dem Einsatz von militärischen Mitteln zur Sicherung oder Wiederherstellung des globalen Friedens zuständige Sicherheitsrat spielt auch nach dem Ende des Kalten Krieges nur eine periphere Rolle.

Während des Kalten Krieges hat er mit Ausnahme des Koreakrieges (wo er zum Instrument der USA-Politik wurde, da es die UdSSR unterließ, von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen) bei allen großen Konflikten nicht gehandelt (Vietnam, Afghanistan, Eritrea, Völkermord in Indonesien und Sudan). Unter den neuen Bedingungen spielt er zweifelsohne eine entscheidende Rolle zur Legitimierung der Weltpolizeiaktionen der USA (so ganz deutlich bei der militärischen Intervention im Irak 1991). Er ist jedoch nicht zum eigentlichen Akteur der militärischen Interventionen geworden und wird dies offensichtlich in Zukunft auch nicht werden.

Der Mechanismus der Reaktionen auf Konflikte wird durch eine Art Pax Americana bestimmt.

Entweder greifen die USA und die anderen Großmächte auch mit militärischen Mitteln in diese Konflikte ein, lassen Stellvertreterkriege führen oder überlassen die Konfliktparteien sich selbst (z. B. Afghanistan). Internationale Streitbeilegung und Konfliktregulierung läßt sich so auch im Einzelfall nicht isoliert von der Hegemonialpolitik betrachten.

Der Hinweis auf die vielfältigen Konflikte in dieser Welt und die Behauptung der Unumgänglichkeit auch von militärischen Lösungen ist zum wichtigsten Argument zur generellen Rechtfertigung des Krieges als Mittel der internationalen Politik in den Händen der Großmächte geworden. Damit wird auch die anhaltende Hochrüstung, die weitere Existenz und Ausweitung der NATO sowie die Aufrechterhaltung und Modernisierung der bestehenden nuklearen Arsenale und anderer Massenvernichtungswaffen begründet.

Forderungen nach Demokratisierung der UNO müssen auch von der PDS unterstützt werden. Dabei sollte allerdings eine derartige Demokratisierung nicht vordergründig mit dem Ziel einer allgemeinen Zivilisierung der internationalen Beziehungen gleichgesetzt werden. Nach dem Stand der Dinge kann eine solche Demokratisierung auch nicht gegen die Großmächte erzwungen werden (vgl. Knut Mellenthien, PDS beim Nachdenken über UNO-Einsätze erwünscht, Analyse und Kritik vom 16.11.1995).

Die vier internationalen militärischen Interventionen nach dem Ende des Kalten Krieges (Golf, Somalia, Haiti, Jugoslawien/Bosnien) waren allesamt dadurch gekennzeichnet, daß die militärischen Aktionen vorrangig über die NATO-Struktur liefen und ihr Verlauf wie auch ihre Ergebnisse von den Interessen der Hegemonialmächte bestimmt waren (vgl. Hans Arnold, Unvereinte Nationen, Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1995, S. 1197):

Sie waren Demonstrationen der Weltpolizeirolle der USA;

sie folgten nicht strikt den Regelungen der UNO-Charta, sondern die NATO und z.T. auch die EU wurden faktisch dem UNO-Sicherheitsrat vorgeschaltet;

die USA und andere kapitalistische Großmächte waren an der Entstehung der Konflikte selber maßgeblich beteiligt (Waffenlieferungen, Schürung innerstaatlicher Zwistigkeiten, Stützung diktatorischer Regimes);

die militärischen Aktionen führten zu keiner wirklichen Lösung der Probleme, die man angeblich lösen wollte (antidemokratische Herrschaftsformen, Stammeskämpfe, Menschenrechtsverletzungen).

5 Generelle Merkmale der internationalen Streitbeilegung der letzten Jahre waren die völlig unzureichende Ausschöpfung friedlicher Mittel und der verstärkte Einsatz militärischer Mittel bei der Nutzung und Modifizierung von UNO-Institutionen. Der Prozeß der Modifizierung der sicherheitspolitischen Institutionen der UNO - also vor allem des Sicherheitsrates und der Institution der „Blauhelme“ - verläuft sehr widersprüchlich. Es zeichnet sich eine stärkere Einbindung des Sicherheitsrates in die USA-Interventionspolitik ab. Noch nicht abzusehen ist, ob die Bestrebungen, die „Friedenssicherung durch Friedenstruppen“ (Blauhelme), unabhängig von der NATO-Struktur, zu einer ständigen militärischen Eingreiftruppe der UNO weiterzuentwickeln, den Interessen der USA und der anderen kapitalistischen Großmächte entspricht und realisiert wird. Derartige Entscheidungen werden offensichtlich in starken Maße von der US-amerikanischen Innenpolitik bestimmt. Von uns ist eine derartige Ausweitung der Blauhelmeinsätze strikt abzulehnen (vgl. Gregor Schirmer, Zu einigen politischen und völkerrechtli-

chen Aspekten der Anwendung und Androhungen von Gewalt in den internationalen Beziehungen, Positionspapier vom 30.10.1995).

Eine deutliche Modifizierung erfährt das nicht in der UN-Charta vorgesehene Konzept der „Friedenssicherung durch Friedenstruppen“ (Blauhelme). Dieses seit 1948 entwickelte und 1956 bei dem Suez-Konflikt zum ersten Mal praktizierte Konzept beruht bisher auf den Prinzipien der strikten Neutralität, der Anerkennung durch die Konfliktparteien als Polizei und der Zusammensetzung vor allem aus Soldaten von kleineren Staaten. Es nehmen die Bestrebungen zu - u.a. gefördert durch den gegenwärtigen UNO-Generalsekretär - diese „Peace-Keeping-Forces“ in „Peace-Enforcement-Forces“ und zu einer ständigen militärischen Eingreiftruppe der UNO -weiterzuentwickeln. Angesichts der Politik der militärischen Interventionen über die NATO-Struktur entspricht dies kaum den militärpolitischen Vorstellungen der Hegemonialmächte. Jedoch erleichtert die Diskussion um „Peace-Enforcement“ die Legitimation der militärischen Interventionseinsätze im Rahmen der NATO.

Fortdauernde Bürgerkriege schließen Blauhelmeinsätze aus, weil die Gefahr besteht, daß die Blauhelme zwischen die Fronten geraten oder zur Konfliktpartei werden. Eine Einmischung in einen Bürgerkrieg mit Waffengewalt oder durch Lieferung von Waffen - sei es für die „Regierung“ oder für die „Rebellen“ - ist prinzipiell ungeeignet, den inneren Frieden im betreffenden Land wiederherzustellen oder Sezessionen und Autonomie-Lösungen zu befördern oder zu verhindern. Die UNO und ihre Mitgliedstaaten sind verpflichtet, auf eine Deeskalierung von Bürgerkriegen und ähnlicher innerstaatlicher Zustände mit nichtmilitärischen Mitteln hinzuwirken. Eine bewaffnete Einmischung in innerstaatliche bewaffnete Konflikte ist völkerrechtswidrig.

III. ANGRIFFE AUF DAS DEMOKRATISCHE VÖLKERRECHT

6 Es vollzieht sich unübersehbar eine ideologische Flankierung der Politik militärischer Interventionen unter Führung der USA. Diese findet ihren Ausdruck in der Abschwächung oder gar der Zerstörung des nach dem 2. Weltkrieg weiterentwickelten Völkerrechts. Es kommt zur Herausbildung von völkerrechtswidrigen Konstruktionen, die Hegemonialpolitik und Interventionen legitimieren sollen. Eine besondere Rolle spielt dabei ein angebliches Recht auf humanitäre Intervention, das ausgehend von Universalitätsanspruch der westlichen Menschenrechtskonzeption einen Anspruch auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten bis hin zur Intervention rechtfertigt. Militärische Interventionen werden überdies damit legitimiert, eine Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. All dies verbindet sich auf eine z. T. verwirrende Weise mit der Erörterung echter Probleme der internationalen Konflikt-schlichtung, Friedenssicherung und Menschenrechtsgewährleistung. Die in diesem Zusammenhang entwickelten Konstruktionen und Begriffe sind insgesamt untauglich für die Friedenspolitik (vgl. George Pumphrey, Einige Bemerkungen zur Diskussion über unsere Friedenspolitik, S. 4).

Die Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung werden in ihrer Bedeutung abgeschwächt und z.T. direkt in Frage gestellt. Gegenüber diesen Prinzipien wird dem Selbstbestimmungsrecht und dem Recht auf Sezession ein höherrangiger Platz eingeräumt. Das in Artikel 2 Ziff. 4 der UNO-Charta verankerte kategorische Gewaltverbot (das auf jeden Fall das Verbot militärischer Gewalt einschließt) wird in Frage gestellt.

„Gegenwärtig ist Kernfrage der deutschen Politik, ob und unter welchen Umständen die Anwendung militärischer Macht zur Verteidigung der Menschenrechte und des Friedens anderer Völker gerechtfertigt ist. ... Heute muß Deutschland eine neue nationale Tradition für die Berliner Republik entwickeln. Der Schutz der Grundwerte der Familie freier Nationen, der Export von Demokratie und Sicherheit und die Unterstützung unserer Verbündeten dabei unverzichtbare Bestandteile.“ (Volker Rühle, Europaarchiv, 15/1994) Dieses Bestreben, unter Hinweis auf die notwendige Durchsetzung von Menschenrechten ein Recht auf „humanitäre Intervention“ zu kreieren, widerspricht dem Völkerrecht und täuscht über die wahren Motive der Interventionspolitik der Hegemonialmächte hinweg.

Esging bei den Interventionen der letzten Jahre (Somalia, Irak, Haiti, ehemaliges Jugoslawien) nie primär um die Sicherung von Menschenrechten, sondern immer um ökonomische und machtpolitische Interessen. Die Interventionen waren selbst durch brutale Menschenrechtsverletzungen charakterisiert (Tod

von Kindern im Irak). Menschenrechtsverletzungen auch brutalster Art (in Türkisch-Kurdistan, in Kroatien, im Iran) stehen außenpolitischen Beziehungen geradezu freundschaftlicher Art der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Ländern nicht entgegen. Hinsichtlich der der NATO angehörenden Staaten gibt es keine Menschenrechtsverletzungen.

Die Rechtfertigung von Einmischung und Intervention unter Hinweis auf Menschenrechtsverletzungen, reduziert erstens Menschenrechte auf politische Menschenrechte. Zweitens wird das Kriterium der Verletzung politischer Menschenrechte selektiv angewandt. Die Verletzung sozialer Menschenrechte wird als solche nicht thematisiert, selbst aber massiv betrieben (wie im Zusammenhang mit der Blockadepolitik gegen Kuba). Das Menschenrecht auf Entwicklung wird grundsätzlich in Frage gestellt.

Der entscheidende Weg zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in der „dritten Welt“ ist der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung, gegen Hunger, Elend und Armut. Auf dieser Grundlage muß die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten die Sache der Selbstbestimmung jedes Volkes sein und kann nicht von außen aufgezwungen werden.

7 Prognostiziert und befürwortet wird zugleich das Ende der Nationalstaaten oder zumindest ihres militärischen Gewaltmonopols (vgl. Dieter Senghaas, Metanoie: Der Pazifismus und das leere Loch, Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1995, S. 101 ff.). Das Gewaltmonopol der Einzelstaaten wird als Hauptursache der Friedensbedrohung und der Schwierigkeit, regionale Konflikte zu lösen, dargestellt. Als Lösung wird die Installierung eines internationalen militärischen Gewaltmonopols der UNO propagiert.

Diese „moderne Friedenstheorie“ sucht und findet die Ursachen für Friedensbedrohung in den „nationalstaatlich organisierten Gewaltmonopolen“, d. h. eigenartigerweise bei der militärisch bewehrten Verteidigung von Souveränität und territorialer Integrität. Angesichts der overkill-capacity der Großmächte erinnert diese Theorie allzusehr an Bert Brechts Geschichte „Wenn Haifische Menschen wären“, in der die anderen Fische gelehrt werden, wie sie am besten in die Rachen der Haifische hineinschwimmen können. Wer gegen Militär und Hoheitsgewalt der Nationalstaaten polemisiert, wendet sich zugleich objektiv gegen die gleichberechtigte Existenz aller souveränen Staaten als Grundlage der gegenwärtigen Völkerrechts- und Friedensordnung.

8 Die allenthalben geführte Diskussion um die Frage der Notwendigkeit, der Legitimität sowie der Art und Weise der militärischen Intervention in Krisengebiete ist selbst Ausdruck einer zugunsten der Hegemonialmächte und ihrer Politik gewandelten Situation in den internationalen Beziehungen. Das Inden-Vordergrund-stellen des Militärischen bedeutet eine Geringschätzung der zivilen völkerrechtlichen Verfahren zur Vorbeugung und Schlichtung von internationalen Konflikten und der Qualifizierung dieser Verfahren nach dem Ende des Kalten Krieges.

Zu beachten ist dabei auch, daß die Menschheit immer noch wesentlich stärker durch nichtmilitärische Gefahren und Konflikte (Hunger, Armut, Zerstörung der natürlichen Umwelt u.ä.m.) bedroht ist, als durch militärische Konflikte. Es gilt auch aus dieser Sicht sich einem Trend entgegenzustellen, der die UNO als „Weltpolizeistaat“, aber nicht als „Weltsozialstaat“ ausbauen möchte.

IV. STRATEGISCHE FRAGEN DER FRIEDENSPOLITIK

9 Unsere politischen und programmatischen Antworten müssen stets von der globalen Gesamtsituation des Diktats der USA und anderer kapitalistischer Großmächte und ihrer Politik der selektiven Feindbestimmung und Kriegführung zur Durchsetzung ihrer Interessen ausgehen. Die Möglichkeiten der friedenspolitischen Regelungen der UNO-Charta sind durch diese internationale Macht- und Interessenstruktur konditioniert. Es hieße deshalb, Illusionen zu fördern, wollten wir eine Lösung primär über eine Verbesserung dieser Regeln erreichen. Derzeit ist keine Möglichkeit einer Demokratisierung des internationalen Einsatzes von militärischen Mitteln zur Kriegführung in Krisengebieten gegeben. Da das so ist, ist auch eine Frage nach solchen Möglichkeiten desorientierend, weil sie unsere prinzipielle Ablehnung eines derartigen Einsatzes in Frage stellt. Das militärische Gewaltverbot der UNO-Charta muß entschieden verteidigt werden.

Da in der heutigen Welt alle Fragen der internationalen Konfliktlösung und Streibelleugung stets eng mit der Hegemonialpolitik verbunden sind, müssen die antimilitaristischen Kräfte zunächst jeweils ihre

eigenständigen Positionen deutlich machen:

- Zu fragen ist stets nach den konkreten Eigeninteressen und den politischen Zielen der Großmächte, die sich mit militärischen Aktionen in derartige Konflikte einschalten oder einschalten wollen.

- Es ist auf die historischen Erfahrungen hinzuweisen, daß mit militärischen Mitteln keine derartigen Konflikte gelöst werden können.

- Mißtrauen ist angebracht, wenn aus extremen Einzelbeispielen die Notwendigkeit militärischer Aktion und der Aufbau internationaler Streitkräfte abgeleitet werden.

- Als antimilitaristische Partei der BRD darf sich die PDS unter keinen Umständen dazu hergeben, Militäraktionen der BRD zu rechtfertigen oder zu unterstützen.

10 Die PDS muß Antikriegspartei auch in dem Sinne bleiben, daß sie weiterhin prinzipiell das Denken und Handeln in den Kategorien der Kriegführung ablehnt und unser Ziel letztlich eine Welt ohne Waffen als einzige wirklich wirksame Garantie für einen friedlichen Weltzustand bleibt. Insofern gibt es auch keine Veranlassung, die bisherigen im Parteiprogramm der PDS und im Wahlprogramm 1994 fixierten Grundpositionen aufzugeben oder zu ändern.

Die Hauptverantwortung der deutschen Linken besteht vor der internationalen Öffentlichkeit darin, die Traditionen, Methoden und Ziele der deutschen Hegemonialpolitik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln im In- und Ausland kenntlich zu machen. Dieses Herangehen schließt die generelle Verteidigung der nationalstaatlichen Souveränität gegen jedwede Interventionspolitik (auch im Gewande der UNO) und damit die Bekämpfung der real vorhandenen Kriegsgefahr bereits an den Wurzeln ein. Dabei geht es im besonderen Maße darum, gegen die Umwandlung der Bundeswehr zur Interventionsarmee, gegen die Einstellungen der Medien und gegen die diversen Konstruktionen, die auf die Zerstörung tragender Völkerrechtsprinzipien (der souveränen Gleichheit, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung) ausgerichtet sind, Position zu beziehen. Gemeinsam mit anderen Friedenskräften ist eine Bewegung in Gang zu setzen, die den militärischen Planungen und Maßnahmen der Regierenden in der Bundesrepublik Deutschland ein Ende setzt und auf einer friedens- und sicherheitspolitischen Neuorientierung im Interesse weltweiter Entspannung, Abrüstung und friedlicher Entwicklungsperspektiven besteht.

BESCHLUSSLAGE

„Den in vielen Teilen der Welt geführten Kriegen und den Kriegsgefahren kann weder durch schnelle Eingreiftruppen der NATO und der WEU noch durch neue Waffensysteme begegnet werden. Beseitigt werden müssen die sozialen Ursachen von Kriegen, notwendig ist eine politische Krisenvermeidung. Wir bleiben dabei: von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Aus der Geschichte Deutschlands, aus seiner geographischen Lage und seinen Potenzen erwächst eine besondere Friedensverantwortung, erwächst Friedenspflicht.“

Im Zentrum der sicherheitspolitischen Forderungen der PDS stehen: das umfassende und vollständige Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von Kernwaffen; Entwicklungs- und Produktionsstop für neue Waffensysteme; das Verbot des Bundeswehrein-satzes außerhalb der Grenzen BRD und bei inneren Konflikten; die Abschaffung der Wehrpflicht und aller anderen Zwangsdienste als erster Schritt zur Abschaffung der Armee überhaupt; das Verbot aller Waffenexporte und die Beendigung von Militärhilfe; die sofortige Kürzung des Verteidigungshaushaltes um mindestens 30 Prozent sowie anschließend jährlich um mindestens 10 Prozent und die Verwendung eines immer größeren Teils der verbleibenden Ausgaben für einen gesondert auszuweisenden Abrüstungsetat; die Auflösung der NATO und WEU und ihre Ersetzung durch weltweite und gesamteuropäische kooperative Sicherheitssysteme, insbesondere durch eine demokratische Reform der UNO und die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses...

Die PDS tritt dafür ein, Krieg und militärische Gewalt zu ächten und für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Wir lehnen Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien ab. Wir treten für eine schrittweise Beseitigung aller Streitkräfte ein.“ (Parteiprogramm der PDS).

gez. Maritta Böttcher, MdB, Carolina Depiereux, Axel Dost, Ludwig Elm, MdB, Adelaide Grützner, Uwe-Jens Heuer, MdB, Mark Holzberger, Ulla Jelpke, MdB, Sonja Kiesbauer, Ekkehard Lieberam, Volkhard Peter, Angelika Schiffrers

Den Lebensort Deutschland sichern!

VON DIETER STRÜTZEL

Auszug aus dem Referat Gesellschaftstheoretische Grundlagen linker Oppositionspolitik im Freistaat auf der theoretischen Konferenz der PDS in Ostthüringen am 4.11.95 in Gera

Haben die Autoren des Entwurfs zum Leitantrag – ebenso wie der Bundesvorstand in seiner Erklärung zu fünf Jahren deutsche Einheit – durchaus begriffen, daß sie neben diesen Bilanzen blieben, wenn sie einfach die Verluste aufrechnen, so haben sie noch kein Gespür für jenes Ausbalancieren von Ungleichgewichten entwickelt, kommen daher über ein *Zwar ... aber* nicht hinaus. So bleibt aber von dem Vorwurf Kohls und Vogels, die Opposition sei blind oder böswillig, genügend hängen.

Vor allem aber halten sie wieder nur für Demagogie, für Täuschung, was in Wirklichkeit das Entstehen einer bedrohlichen Interessengemeinschaft zwischen Ausplünderern und Ausgeplünderten signalisiert – die Bedrohung des Standorts Deutschland.

Natürlich ist dies alles, was unter diesem Schlagwort läuft, reine Erpressung, um *alle Sünden zu korrigieren*, wie der Tarifvertrag bei VW Wolfsburg in der *Frankfurter Rundschau* getitelt wurde, um die Gewerkschaften und die Beschäftigten zu zwingen, *soziale Errungenschaften zurückzugeben*, wie der gleiche Kommentator zutreffend schreibt. Und *insofern* muß die Linke die ganze Standortdebatte zurückverweisen.

Sie wird aber keinerlei Chance haben, das überzeugend zu tun, solange sie – sehr im Unterschied zum Massenbewußtsein – jene bedrohliche Zwangslage ignoriert, in der sich das deutsche Kapital in der Tat befindet. Und mit ihm die politische Klasse, der das deutsche Kapital die von ihm usurpierte Macht zur Selbstbedingung geleast hat.

Die Tiefe der eigenen Niederlage, das Bewußtsein, daß wir in der DDR Autorität und Chancen sozialistischer Politik mit Baggern untergraben haben, Skrupellosigkeit, Gründlichkeit und Beute der Vereinigungskolonialisierung verleiten leicht dazu, nur die Macht und Kraft der Berliner Republik zu sehen, ihre Gewaltbereitschaft nach innen und außen, ihr Operieren *hart am Rande der Rechtsstaatlichkeit*, wie der Thüringer Innenminister den mit der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes vollzogenen Bruch grundlegender Normen der Gesetzmäßigkeit umschrieb, ihre *Korrektur der Sünden der Vergangenheit*. (Auch hier sollten wir Roß und Reiter genauer benennen, statt pauschal vom *Demokratie- und Sozialabbau* zu sprechen.)

All das aber darf uns nicht blind machen für jenen erbarmungslosen Konkurrenzdruck, unter dem die herrschende Klasse in Deutschland zunehmend steht, in dem sie immer schlechtere Karten bekommt, weil sie dem Politbüro der SED immer ähnlicher wird: Demonstration von Stärke nach außen und innen bei gleichzeitiger Untätigkeit, Blockierung aller Reformkräfte, Wegsehen, Schönreden und Weiterwursteln, Unterlassen der notwendigen Veränderungen als teuerste, unwiederbringliche Zeit und das meiste Geld vergeudende Variante.

Große Teile der deutschen Industrie geraten in die Lage der DDR-Wirtschaft – sie können sich dem Weltmarkt nicht mehr stellen. Nicht nur die Reste der Textilindustrie sind da betroffen. Auch die deutsche Autoindustrie und die Chipfabrikanten gehören dazu.

Spätestens seit 1990 wissen die Herren in den Schaltzentralen, daß weltweit nicht mehr als drei bis vier Computerriesen, je vier bis 5 Elektronik- und Chemiekonzerne, fünf bis sechs Autokonzerne, sieben bis acht Anlagenbauerkonglomerate übrigbleiben werden. Dafür, wie ernst solche Prognosen zu nehmen sind, spricht, daß nach 100 Jahren eins der Flaggschiffe der deutschen Spitzenindustrie, die AEG, die Segel streicht, von dem angeschlagenen Elefanten Daimler-Benz aufgegeben werden muß, der ja nicht einfach aus unstillbarer Gier 12 Mrd. Gewinn einfahren und die 800 Mio. Verlust bei der DASA nicht verkraften will, son-

dern weil er sich braucht in dieser erbarmungslosen Konkurrenzschlacht.

Zum ersten Mal seit 1948 stagniert einer der verlässlichsten Wachstumsfaktoren, der private Konsum. Ruht die gesamte Last auf dem zweiten Standbein, dem Export.

Nicht einmal der gewaltige Beutezug der deutschen Einheit, die damit geschaffene schlagartige Erweiterung der Märkte, die wirkungsvolle Ausschaltung früherer und möglicher Konkurrenten haben da eine Wende gebracht. Und dabei besteht kein Zweifel, daß solche Wettbewerbsvorteile, wie sie hier politisch eingefahren wurden, nicht noch einmal, geschweige denn auf Dauer, ökonomisch zu erwirtschaften oder monetär zu ersparen wären.

Statt dessen gibt es heute außer bei den Gesundheits- in den Regierungsparteien und den sie stützenden Medien keine Zweifel mehr, daß der schnelle Gewinn mit mindestens weiteren zehn Jahren Transferleistungen zu bezahlen ist, wenn wenigstens die gegenwärtige Situation gehalten werden soll. Der Mühl-



Gesehen in Hamburg-Altona

stein dieser Riesensubvention der deutschen Wirtschaft hat die Bundesrepublik bei Pro-Kopf-BIP, dem einzigen realen Vergleichsmaßstab, auf einen fünften bis sechsten Platz in Europa zurückgezerrt. Die Regionen mit dem größten Wirtschaftswachstum rangieren im Pro-Kopf-BIP hinter Portugal an letzter Stelle in Europa.

Wenn der Präsident der Weltbank sagt, aus dem Konkurrenzkampf einzelner Unternehmen sei heute der Konkurrenzkampf von Nationen geworden, so wird die Regierungspolitik in ihrem Kern erkennbar: nicht einfach eine gewaltige Abrißbirne, sondern eine Generalmobilmachung zu einer totalen, die Ressourcen der gesamten Gesellschaft, ja der mit konkurrierenden europäischen Nationen einsetzenden Konkurrenzschlacht.

Solange wir um diese Situation herumreden, reden wir an den Interessenlagen vorbei. Denn natürlich verbinden sich in dieser Konkurrenzschlacht existenzielle Interessen der von der Kapital- und Marktlogik Abhängigen auch dann mit denen ihrer Existenzgeber, wenn sie – entsprechend ihrer abhängigen Lage – die Zeche zahlen. Chancen, dieses Zusammenfallen von Interessen der Räuber und der Beraubten zu unterlaufen oder gar aufzubrechen, bestehen nur, wenn glaubhaft gemacht werden kann, daß hier für eine Schlacht mobilgemacht wird, die nicht zu gewinnen ist, die schon vor ihrem Beginn verloren ist. Und wenn andere Interessen der Betroffenen mobilisiert werden können.

Also doch Einstieg in die Standortdebatte?

Wer sich aus einer so existentiellen Debatte halten will, stellt sich ins Abseits. Insofern hat die Linke gar keine Wahl.

Alles wird aber davon abhängen, ob wir erstens selbst begreifen und zweitens rüberbringen können, daß in der Standortdebatte alle grundlegenden Ansätze, die bisher vorliegen, deshalb verfehlt sind, weil sie irgendwie den Weg fortsetzen wollen, der in die Krise geführt hat – die Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter die Kapital- und Marktlogik, die Re-

duzierung von Wirtschaft auf Betriebswirtschaft, (System der *organisierten Verantwortungslosigkeit*, dem alle Zukunftsfragen (Innovation, eine ökologisch abgesicherte *nachhaltige Entwicklung* sowie die natürliche Reproduktion der Gesellschaft) aus der wirtschaftlichen Rechnungsführung ausgeklammert sind und an eine Gesellschaft (Staat, Kommunen, Familien, Individuen) delegiert werden, der andererseits immer mehr die Mittel (Finanzen und Entscheidungsmöglichkeiten) genommen werden, um sie diese von vornherein verlorene Konkurrenzschlacht zu verpulvern.

Im Februar vorigen Jahres hatte die Evangelische Akademie Thüringen zu einer Veranstaltung *Zukunft zwischen Markt und Verantwortung* auch Lotte Späth eingeladen.

Er bot getreu seinem Buch *Sind die Deutschen noch zu retten?* Die Universalmedizin der Ökonomen der Markt- und Kapitallogik an – die Senkung der Lohnkosten, die allseitige Verfügbarkeit aller Arbeitsfähigen für das flexible Kapital, die Entlastung der öffentlichen Kassen von Sozialausgaben. Weniger offen findet man bisher in der Debatte das innenpolitische Konzept, das Späth anbot, um eine solche Wirtschaftspolitik abzusichern: Wir müssen die sozialen Unterschiede wesentlich vergrößern. Wir müssen konfliktfähig werden, den Mut haben, den inneren Frieden nicht mehr als oberstes Gut zu betrachten, Konflikte auszustehen. Es ist die ziemlich genaue Wiedergabe seiner Thesen.

Ich habe ihm damals entgegnet: Mit diesen Maßnahmen können Sie die Kosten der Arbeitsstunde von derzeit 11 DM (wie er sagte) auf 12, vielleicht auch auf 10 DM senken. Von den von Ihnen als Maßstab gesetzten ostasiatischen 2 DM bleiben sie dennoch himmelweit entfernt. Wie können Sie die ganze Gesellschaft in einen solchen aussichtslosen Wettlauf des Hasen gegen die Igel hetzen? Er hat mir geantwortet: Sie tun so, als könnten Sie die Regeln in diesem Wettkampf bestimmen. Wenn ich an einem Wettkampf teilnehme, dessen Regeln ich nicht bestimmen kann, muß ich

wenigstens so tun, als könnte ich ihn gewinnen.

Zu diesem Offenbarungseid muß die linke Opposition die Verfechter der Kapital- und Marktlogik zwingen. Sie darf in der Standortdebatte nicht zu Hause bleiben, aber sie darf nicht mitgaffen und -staunen. Sie muß den Schusterjungen aus dem Märchen abgeben, der den Ruf wagt *Der Kaiser hat ja gar keine neuen Kleider*.

Dabei wird sie immer selbst in die Kapital- und Marktlogik verstrickt bleiben, solange sie über Marktgewinn und Kostenreduzierung diskutiert. Vielmehr müssen jene Argumente in den Mittelpunkt, welche die natürlichen Grenzen der Kapital- und Marktlogik thematisieren:

– Eine Gesellschaft, die in den nächsten fünf und vierzig Jahren um 12 Millionen schrumpft (um mehr als ein Siebtel), während gleichzeitig der Anteil der über 69jährigen von etwas mehr als 10% auf Fast 25% steigt, kann die Lebenssicherung nicht mehr so wie bisher gestalten. Die einzig mögliche Alternative wäre ja eine entsprechende gewaltige Immigration.

– Eine Gesellschaft mit der Produktivität, die jetzt haben und die ja noch weiter steigen müßte, um in der Konkurrenz zu bestehen, kann die überflüssig gemachte Bevölkerung nicht mehr über Transferleistungen unterhalten oder müßte diese so weit absenken, daß der innere Frieden selbst beim besten Willen nicht mehr zu erhalten wäre. Will sie das eine wie das andere nicht, so muß sie notwendigerweise mehr Formen von Arbeit einen existenzsichernden Charakter geben.

– Eine Gesellschaft, die unter unseren klimatischen und ökologischen, demographischen und ökonomischen Bedingungen eine *nachhaltige Entwicklung* sichern will, muß in vierzig bis fünfzig Jahren jene Grenzwerte an Energieverbrauch, Müll und Schadstoffemissionen erreichen, die in der jüngsten Studie vom BUND genannt und begründet sind.

– Eine Gesellschaft, die immer mehr junge Menschen in die Warteschleife eines Hochschulwesens schießt, das infolge seiner strukturellen Schwäche, seiner alt-

Aus der PDS Thüringen

Antrag zum TOP Generaldebatte

Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteitag ruft die Delegierten des Landes Thüringen auf, auf dem Bundesparteitag in geeigneter Form (Appell oder Antrag)

1. den Antrag der AG Wissenschaft beim Landesvorstand zu unterstützen.

2. folgende Gedanken in die Debatte um den Leitanspruch Veränderungen von unten einzubringen:

2.1. Die Politik der Regierungskoalition nicht einfach als Sozial- und Demokratieabbau zu beschreiben, sondern ihren Charakter kenntlich zu machen als Generalmobilmachung für eine erbarmungslose Konkurrenzschlacht der Wirtschaftszentren des Nordens. Eine Konkurrenzschlacht, zu der auch das Glaubhaftmachen der Absicht gehört, notfalls auch militärische Gewalt als zulässiges Mittel einzusetzen.

2.2. Unabdingbare Elemente linken Widerstands und linker Oppositionspolitik sind daher für die PDS:

2.2.1. die vorbehaltlose Ächtung militärischer Gewalt als Mittel der Politik;

2.2.2. die Kennzeichnung der Konkurrenzschlacht als einer von vornherein verlorenen Schlacht als wichtigste Methode, um der drohenden Interessengemeinschaft der Täter und Opfer im Kampf um den Standort Deutschland entgegenzutreten;

2.2.3. die Begründung und gedanklich-praktische Entwicklung einer Politik der Umkehr zur Verteidigung des Lebensorts Deutschland auf dem Wege einer Umverteilung von oben nach unten und einer alternativen Gesellschaftskonzeption (ökologischer Rückbau oder nachhaltige Entwicklung oder Öko-

nomie des ganzen Hauses oder Dominanz der Sozialwirtschaft);

2.2.4. das Ersetzen des wirtschaftlichen Systems der organisierten Verantwortungslosigkeit durch das Geltendmachen der grundgesetzlichen Sozialpflicht des Eigentums;

2.2.5 das Ablösen des *Leasings* der öffentlichen Gewalt an die politische Klasse zur *Selbstbedienung* durch eine andere Art von Politik, d.h. eine andere Art der Behandlung und Lösung gesellschaftlicher Konflikte, bei der die politischen Parteien sich auf ihren grundgesetzlichen Auftrag zurücknehmen, Interessenkonflikte zwischen den Beteiligten unmittelbar ausgetragen und verhandelt werden können (etwa nach dem Vorbild der Tarifautonomie), Aktionsbündnisse zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme angestrebt werden.

2.3. Die Wortmeldung zur Standortdebatte und zum Aktionsbündnis der IGM sowie zum Wort der Kirchen zu den vordringlichen Aufgaben eines auf zwei Jahre befristeten Aktionsplanes der PDS gehören.

2.4. Die ungenaue und daher nichtssagende *Vertretung ostdeutscher Interessen* ersetzt wird durch eine genaue Benennung der von der PDS vertretenen ostdeutschen Interessen und ihre Kennzeichnung als Teil gesamtdeutscher Interessenvertretung durch die PDS.

2.5. Die PDS anstelle von Konkurrenz um Wählerstimmen und Koalitionsmathematik ihr Ja zu einer Mehrheit links von der CDU durch eine Profilierung ihres eigenen Standpunkts im Dialog mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen und vor allem den eine Alternative suchenden Teil der Zivilgesellschaft bekräftigt, damit Wählerinnen und Wähler entscheiden können, mit welchem parlamentarischen Gewicht sie welche Ansätze zu einer Veränderung ausstatten wollen.

väterlichen Professorenschaft und finanziellen Ausmagerung die innovative Lücke nicht schließen kann, vergibt auch ihre letzten Chancen, Anschluß zu halten.

-Eine Gesellschaft, die in dem bisherigen Maße ihren Kommunen, ihren regionalen Kreisläufen die Luft zum Atmen nimmt (Finanzausstattung und Entscheidungsmöglichkeiten, Ausgleich von Standortnachteilen des örtlichen und regionalen Gewerbes und Besitzgarantie für das selbst genutzte Wohneigentum [42-43% aller Wohnungen in Ost wie West] und das mittelständisch genutzte [etwa 10 vermietete Wohnungen] Wohneigentum), ist nicht mehr funktionsfähig zu gestalten.

-Eine Gesellschaft mit der jetzigen Agrarpolitik muß entweder die Agrarproduktion so hoch subventionieren, daß eine der DDR entsprechende Haushaltssituation entstünde, oder aber ein Europa ohne Bauern und Dörfer schaffen.

Zumindest in diesen sechs Bereichen gibt es Fortschritt nur durch Umkehr. Ist jeder Schritt in der bisherigen Richtung unverantwortliche Verschwendung dringend benötigter Zeit und Mittel. Da die Ökonomie der Markt- und Kapitallogik in ihrem Kampf um den Standort diese unabwiesbaren Notwendigkeiten nicht als solche berücksichtigen will, mit den von ihr verfolgten Zielen ihnen sogar entgegenarbeitet, muß ihr im politischen wie im geistig-kulturellen Bereich der Anspruch einer Ökonomie entgegengehalten werden, die diesen Entwicklungsnotwendigkeiten Rechnung trägt.

Im Entwurf des Leitanspruchs für den Landesparteitag haben wir deshalb dem *Kampf um den Standort Deutschland den Kampf um den Lebensort Deutschland* entgegengestellt. Erst danach las ich einen Aufsatz von Oskar Negt, in dem die gleiche Frontstellung aufgemacht wird. Er nennt eine solche alternative Ökonomie zur *toten Ökonomie der Markt- und Kapitallogik eine Ökonomie des ganzen Hauses*. Ob das ein gutes Marketing ist, ob der Begriff griffig und plausibel genug ist, lasse sich erst einmal dahingestellt. Es geht mir um die Art und Weise, wie die Linke in die Standortdebatte eingreifen mußte.

Wenn hier eine politische Kampflinie gegen die Kapital- und Marktlogik aufgemacht wird, so bedeutet das nicht die Illusion, eine solche Logik aus der Welt schaffen zu können.

Es ist so gedacht, wie Marx die Veränderung von Gesellschaftsordnung erklärte: Ein Element der Gesellschaft, das sich alle anderen Elemente unterordnet hat, sie sich zu seinen Organen gemacht hat, verliert seine Entwicklungskraft, während ein anderes Element beginnt, die Elemente der Gesellschaft zu seinen Organen zu machen. An Erfahrungen reicher als

Marx, in differenzierten Gesellschaften erwachsen geworden und lebend, wissen wir, daß es wohl mehrerer solcher sich entfaltender neuer Elemente bedarf.

Ist es richtig, in einer so zugespitzten gesellschaftlichen Krise mit einem derartigen Grundsatzanspruch anzutreten? Nimmt er nicht einfach das alte grüne Inventar auf?

Es ist kein Grundsatzprogramm. Dazu enthält es viel zu viele offene Stellen, weiße Flecken, Fragezeichen.

Es ist der Versuch, neben Gewaltfreiheit und kompromißlosem Demokratismus sechs sozialökonomische Prinzipien (Essentials sagt man wohl neudeutsch) zu formulieren, bei denen die PDS sagt: *In dieser Richtung mit uns nicht weiter. In die andere Richtung umkehren!*

Sollten sie mehrheitsfähig werden in der PDS, so wäre das ihr Markenzeichen, für das sie auch dann steht, wenn alle anderen politischen Kräfte sich dem Mainstream, dem Hauptstrom, der toten Ökonomie zuwenden. (Werden sie nicht mehrheitsfähig, so gilt das Gleiche für eine Strömung in oder bei der PDS, die nach meiner Überzeugung notwendigerweise entstehen wird.) Es ist gleichzeitig ein Signal in die ganze Gesellschaft, daß partei-, weltanschauungs-, ja auch sozialökonomisch übergreifend jede und jeder mit der Unterstützung der PDS (oder einer solchen Strömung) rechnen kann, die sich in diese Richtung bewegen.

Wir haben ja nicht aus taktischen Gründen das Thema *Grundlagen linker Oppositionspolitik* gewählt. Es wäre nicht das Programm einer Partei. Vielmehr entschloß sich eine Partei (oder eine ihr nahe Strömung), sich einem solchen aus der Gesellschaft gewachsenen Programm zu verpflichten.

Ein solches politisches Vorgehen, seit biblischen Zeiten gedacht, als unterirdischer, manchmal auftauchender Strom europäischer Beobachtungen (wie Ernst Bloch so genau formulierter) von Abertausenden Menschen durch die Zeiten gebracht, praktisch erprobt im 41. Jahr der DDR, verstehen wir als Kern des Anliegens vom neuen Gesellschaftsvertrag. Dabei scheint uns der von den Betriebsräten kämpfender Belegschaften entwickelte und vom DGB aufgegriffene Gedanke des *Aktionsbündnisses für ...* griffiger, zeitgemäßer und profilierter. Zu ergänzen wäre er durch den Gedanken des *gesellschaftlichen Dialogs*, wie ihn die europäische Linke im Sinne des Diskurses entwickelt hat und wie ihn die beiden großen christlichen Kirchen mit ihrem Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland zu institutionalisieren versuchen.

Vom 17. bis 19. November fand in Hamburg unter großer Beteiligung ein „Sozialpolitischer Ratsschlag über Reichtum in Deutschland“ statt. Organisatorin war „Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit – Bürgerinitiative für Sozialismus“, unterstützt wurde der Ratsschlag von Gliederungen der SPD, der Bündnisgrünen und der PDS sowie von zahlreichen gewerkschaftlichen Gliederungen.

Aus der Fülle der uns vorliegenden Referate aus Plenen und Arbeitsgruppen können wir nur ein Referat veröffentlichen, und auch das leider nur gekürzt. Wir weisen aber darauf hin, daß in Kürze in Distel-Verlag Beiträge zur Konferenz als Buch erscheinen. (Red.)

Neoliberalismus

Der Legitimationsbedarf für die Konzentration von Einkommen und Vermögen

VON PROF. HERBERT SCHUI

Die gegenwärtige Debatte ist gekennzeichnet durch die zunehmend Vorherrschaft der Idee, daß die wirtschaftliche Lage nur zu bessern sei durch weniger, durch den „schlanken“ Staat, durch Deregulierung, durch mehr Markt und weniger staatliche Gesetze, durch Flexibilität, Wettbewerb und Freihandel. Diese politischen Losungen und Kampfpapieren begleiten den gegenwärtigen Kampf gegen Parlamentarismus, Sozialstaat und gewerkschaftliche kollektive Interessenvertretung.

Das Konzept dieses Kampfes ist die Gesellschaftstheorie des Neoliberalismus. Sie ist im Grundsatz die Theorie der Rechtfertigung für unbeschränkte Autonomie der Besitzer von Geld- und Produktivvermögen. Die Devise heißt, den Kapitalismus von den Fesseln einer partizipativen parlamentarischen Demokratie zu befreien. Die Vorreiter in diesem Trend, denjenigen zu Hilfe zu eilen, deren Bewegungsfreiheit durch das allgemeine Wahlrecht, den Sozialstaat, durch effiziente Gewerkschaften eingeengt ist, finden sich im akademischen Milieu.¹

Angesichts der Nobelpreise für Ökonomie ist offensichtlich, daß der Neoliberalismus seit Mitte der 70er Jahre zur vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Doktrin wird. 1974 erhält Friedrich von Hayek, der bedeutendste Vertreter dieser Schule, zusammen mit Gunnar Myrdal den Preis. In der Folge wechseln sich zunächst Keynesianer, Neoklassiker und Neoliberaler ab, bis schließlich in den 90er Jahren dieser Preis ausschließlich neoliberalen Ökonomen vorbehalten ist, so G. S. Becker, J. Buchanan, R. Coase und R. Lucas, um die Prominentesten zu nennen.

I. Zweck und Effizienz der Wirtschaft

Die Geschichte der ökonomischen Theorie ist in ihren Etappen Klassik, Neoklassik, Neoliberalismus zugleich die Geschichte ihres intellektuellen Niedergangs: Das Ziel der Klassik, der Wohlstand der Nation, wandelt sich im Neoliberalismus zur Vorstellung, daß eine Volkswirtschaft in einer liberalen Gesellschaftsordnung zielfrei sein müsse, daß ihr Zweck nicht in der Maximierung der Bedürfnisbefriedigung oder des Sozialproduktes bestehen dürfe, sondern nur in der Gewähr des Privateigentums bzw. darin, daß jeder seine individuellen Mittel und Kenntnisse für seine persönlichen Zwecke einsetzen könne – gleichgültig, mit welchen materiellen gesellschaftlichen Gesamtergebnis. Die Legitimation des heraufkommenden Kapitalismus, nämlich die Mehrung des Wohlstands als Glücksversprechen der Moderne, wandelt sich im Neoliberalismus (der Postmoderne in der Wirtschaftstheorie): Das Versprechen besteht nur noch in der Form, so im Markt, im Wettbewerb, in den Eigentumsverhältnisse – nicht aber in einem vergrößerten materiellen Ergebnis für alle Teilnehmer am Wirtschaftsprozess. Das Glücksversprechen ist entmaterialisiert. (Zur Illustration ein sprachlicher Lapsus: Der Sachverständigenrat redet in einem seiner frühen Gutachten² von einer „Gleichgewichtsverheißung“.) Hervorzuheben ist in dem Kontext, daß das klassische Glücksversprechen nur deswegen wenigstens ansatzweise auch für die Arbeitenden verwirklicht wurde, weil durch den Kapitalismus neben der Produktivkraft (Technik, Spezialisierung, Arbeitsteilung) gleichzeitig die Arbeiterbewegung entwickelt wurde, die erfolgreich um die Teilhabe der Arbeitenden an ihrem Arbeitsprodukt gestritten hat.

Während Produktion, Verteilung und Akkumulation die zentralen Themen der klassischen Wirtschaftstheorie sind und die gesellschaftliche Klasse ihr methodischer Bezugspunkt, betont die Neoklassik in der Folge mehr die Anreiz- und Informationsfunktion des Marktes, d.h. seine Allokationseffizienz. Sie konzentriert sich damit auf den Aspekt, daß der Markt die überlegene gesellschaftliche Institution sei, um bei gegebener wirtschaftlicher Ausstattung eines Landes eine maximale Bedürfnisbefriedigung zu erreichen (Begriffsbildung und Begründungsverfahren der Neoklassik – wie auch des Neoliberalismus – sind bestimmt durch methodischen Individualismus.)

Der von der Klassik betonte Zweck der Wirtschaft (Hebung des Wohlstandes der Nation) impliziert ebenso wie der von der Neoklassik hervorgehobene Zweck des Marktes (Allokationseffizienz) ein Effizienzkriterium, nach dem sich die Zweckmäßigkeit der Wirtschaftsordnung beurteilen läßt. Dies eröffnet die Frage nach dem Marktversagen in bestimmten Versorgungsbereichen, ist Anlaß für die Entwicklung der Wohlfahrtsökonomik im Kontext der Neoklassik und begründet allgemein im Rahmen der Theorie der Staatsfinanzen den staatlichen Eingriff in die Privatwirtschaft.

II. Keynesianischer Reformismus: der Hauptgegner der Neoliberalen

Entlang des Effizienzkriteriums argumentiert, meldet der Keynesianismus bekanntlich die weitreichendsten Zweifel an der Leistungsfähigkeit des kapitalistischen Systems an. (In der Tat ist es ja mit der Allokationseffizienz des Marktes nicht weit her, wenn wirtschaftliche Hilfsmittel wie Arbeit und Realkapital anhaltend ungenutzt sind.) Für den Keynesianismus (damit aber nicht in jedem Fall für Keynes selbst) wird die von der Klassik (so namentlich Marx) bereits gestellte Realisierungsfrage – nämlich ob es Restriktionen für den Absatz und damit für die Umwandlung des Mehrwerts in Profit geben kann – zum zentralen Anliegen. Damit wird der Keynesianismus im Grundsatz zu einer gehaltvollen sozialökonomischen Theorie. Seine politisch dezidierteste Ausprägung belegt dies. Diese Lesart des Keynesianismus kommt zu folgendem Ergebnis: Die Verteilung des Sozialprodukts auf Lohn und Gewinn bestimmt die Höhe der effektiven Nachfrage und damit die Produktion und Beschäftigung. Denn da aus einer Gewinnmark weniger Konsumausgaben folgen als aus einer Lohnmark, senkt eine steigende Gewinnquote die gesamtwirtschaftliche Konsumquote. Ein allgemeines Nachfragedefizit wird dann vermieden, wenn die Investitionsquote kompensierend ansteigt. Der hierzu erforderliche Investitionsbedarf kann nicht daraus resultieren, daß die Kapazitäten für die Herstellung von Konsumgütern vergrößert werden müßten. Folglich kommt alles darauf an, daß die Investitionsausgaben für reine Modernisierungen anwachsen. Dem aber stehen zwei Argumente entgegen:

(1) Der Modernisierungsbedarf ist bei einer hochentwickelten Volkswirtschaft relativ zum Nettosozialprodukt niedriger als in einer Wirtschaft, die bei niedrigem Sozialprodukt sich anschiebt, eine vorkapitalistische Wirtschaft kapitalistisch zu modernisieren.

(2) Die volkswirtschaftliche Verteilung und damit die Entwicklung des Konsums ist durch den gesellschaftlichen Konflikt bzw. das Kräfteverhältnis bestimmt, oder allgemeiner, durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen produziert wird (die Produktionsverhältnisse). Die Menge des für die Investoren anwendungsfähigen technischen Fortschritts aber folgt aus Erfindungen, dem Stand der Technik selbst, aus der Menge an Kapital pro Arbeitenden, die die Modernisierung erfordert. (Dies ist je nach Typ des technischen Fortschritts unterschiedlich.) Der Bedarf an Realkapital ist also eine Frage der Produktivkraft und ihrer Entwicklung. Folglich kann es keine Gewähr dafür geben, daß der Ausfall an Konsumgüternachfrage als Folge des gesellschaftlichen Konfliktes stets ausgeglichen würde durch vermehrte Investitionsgüternachfrage aus der Entwicklung der Technik. Oder anders: Es ist keineswegs sicher, daß diejenige Menge an wirtschaftlichen Ressourcen, die aufgrund der Produktionsverhältnisse für die Kapitalgüterproduktion bereitgestellt werden, bei der gegebenen Produktivkraftentwicklung auch tatsächlich für die Produktion von Kapitalgütern genutzt werden.

Staatliche Verteilungspolitik kann im Sinne eines politischen Keynesianismus das Problem des Nachfragedefizits lösen. Diese Politik ist in einem abstrakten Sinn Reformierung des Produktionsverhältnisses. Sie führt dem Konsum das zu, was für die Realkapitalbildung (die Investitionen) nicht benötigt wird. Dies ist die Grundlage für den modernen Wohlfahrtsstaat: Die Gewinnansprüche werden durch Steuern in Grenzen gehalten. Diese Begrenzung der Gewinnan-

sprüche reduziert gleichzeitig die Menge der wirtschaftlichen Ressourcen, die für die Kapitalgüterproduktion bereitgestellt werden. Wird mit diesen Steuereinnahmen der Wohlfahrtsstaat finanziert, d.h. kollektiver Konsum, so werden die fraglichen Ressourcen nun für die Konsumgüterproduktion genutzt. Die Verteilungspolitik (die Reformierung des Produktionsverhältnisses) sorgt also dafür, daß sämtliche Ressourcen genutzt werden und dies wohlfahrtsmehrend im Sinne einer umfassenden Daseinsvorsorge des Staates für seine Bürger.³ Dies bedeutet gleichzeitig mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst, um die verbesserten öffentlichen Gratisleistungen zu erbringen. (In der Anleitung zu einer solchen Gesamtpolitik besteht der sozialökonomische Gehalt linkskeynesianischer Theorie.)

(...) Im Grundsatz geht es um folgende Frage: uneingeschränkte Autonomie für die Besitzer von Geld- und Realkapital mit der Folge ungenutzter wirtschaftlicher Ressourcen (einschließlich ungenutzter Arbeitskraft) – oder eingeschränkte Autonomie durch die Verteilungspolitik und ihre Implikationen, dafür aber vollständiger Gebrauch der Ressourcen und Sozialstaat. Die Forderung nach uneingeschränkter Autonomie für die Besitzer wird vom Neoliberalismus als Forderung nach allgemeiner Freiheit vertreten. Diese abstrakte allgemeine wirtschaftliche Freiheit bedeutet jedoch konkret recht unterschiedlich verteilte Freiheit, besonders wenn – im Gegensatz zum Neoliberalismus – Freiheit auch als Freiheit von Unwissenheit, materieller Not, Lebensrisiken wie Erwerbslosigkeit oder Armut im Alter verstanden wird.

Der Neoliberalismus muß demnach zwei Ziele verfolgen. Zum einen sind Staatsinterventionen als schädlich darzustellen. Da aber angesichts der fatalen marktwirtschaftlichen Ergebnisse in der Weltwirtschaftskrise die Behauptung wenig glaubhaft gemacht werden kann, daß Interventionen die Lage weiter verschlechtern würden, werden materielle Ergebnisse (so Freiheit von Not) nicht in Aussicht gestellt, sondern die große, die offene, die freie Gesellschaft, die allein das Überleben der Menschheit sicherstellen könne. (In der gegenwärtigen Lage stellt sich die neoliberale Argumentation etwas einfacher: Es wird nun behauptet, daß die schlechte wirtschaftliche Lage die Folge der vorangegangenen Periode der Staatsinterventionen sei und daß bei „Befreiung der Märkte“ jeder Tatkräftige seine materielle Lage verbessern könne.) Wenn Staatsintervention als schädlich dargestellt wird, so macht dies einleuchtenderweise erforderlich – dies ist das zweite Ziel –, diejenigen gesellschaftlichen Einrichtungen zu diskreditieren, die für diese Staatsintervention stehen, nämlich das Parlament und die Gewerkschaftsbewegung als kollektive Interessenvertretung.

III. Die Grundzüge der neoliberalen Gesellschaftstheorie.

1. *Maximierung der Bedürfnisbefriedigung oder Maximierung des Sozialprodukts ist nicht das Ziel einer freien Marktwirtschaft*

Eine kapitalistische Marktwirtschaft ist eine, wie Hayek dies nennt, „spontane Ordnung“ oder „Katalaxie“, die nicht auf eine bestimmte Zielhierarchie ausgerichtet ist. Die spontane Ordnung ist keine zweckgerichtete Organisation: Die „Grundidee der Maximierung der Bedürfnisbefriedigung (oder Maximierung des Sozialprodukts) [ist] nur einer Einzelwirtschaft angemessen, ... nicht jedoch der spontanen Ordnung einer Katalaxie, die keine gemeinsamen konkreten Ziele hat.“⁴

Aus welchem Grund muß das so sein? Eine vorzeitliche Horde war, so Hayek, eine zweckgerichtete Organisation, die bestimmten angeborenen Regeln folgte. In dieser face-to-face-society werden konkrete Ziele verfolgt, so die Maximierung der Jagdbeute, die Versorgung der nicht mehr Arbeitsfähigen usw. Die Gesellschaft kann allerdings nicht – und sie ist nicht – auf dieser Entwicklungsstufe stehengeblieben. (Wäre wie es, so wäre sie sehr rasch an Nahrungsmittelknappheit zugrunde gegangen.) Die kulturelle Evolution hat in der Vorstellung Hayeks diesen Stillstand verhindert. „Die meisten Schritte in der kulturellen Evolution wurden nur dadurch möglich, daß einige Individuen einige der traditionellen Regeln durchbrachen und neue Verhaltensformen praktizierten, nicht weil sie erkannten, daß diese besser waren, sondern weil es den Gruppen, die danach handelten, besser als den anderen erging und sie deshalb wuchsen.“⁵ Bei dieser Selektion werden solche Gruppen begünstigt, die Regeln adaptieren (durch Versuch, Irrtum und unreflektierte Nachahmung des Erfolgreichen), mit deren Hilfe Wissen und Aktivitäten, die auf eine große Anzahl von Gesellschaftsmitgliedern verstreut sind, so koordiniert werden, daß diese Gesellschaft ihre Überlebenswahr-

scheinlichkeit maximiert. In diesem Evolutionsprozeß ändert sich die Natur der Regeln: Sie werden abstrakter. „Die bedeutendste Veränderung, die der Mensch immer noch nur zum Teil verdaut hat, kam mit dem Übergang von einer face-to-face-society zu dem, was Sir Karl Popper zutreffend die abstrakte Gesellschaft genannt hat: eine Gesellschaft, in der nicht länger die bekannten Bedürfnisse bekannter Menschen, sondern nur abstrakte Regeln und unpersönliche Signale das Handeln gegenüber Fremden bestimmen. Das macht eine Spezialisierung möglich, die weit über den Bereich hinausgeht, der von einem einzelnen Menschen überblickt werden kann.“⁶

Das so charakterisierte System ist die freie Marktwirtschaft, die spontane Ordnung. „Ihre Sitten brachten es mit sich, ... [den] bekannten bedürftigen Nachbarn das vorzuenthalten, wessen sie u.U. bedurften, um statt dessen den unbekannten Bedürfnissen vieler Tausender unbekannter Menschen zu dienen. Finanzieller Gewinn statt Verfolgung eines allgemeinen bekannten Zieles wurde nicht nur die Grundlage für die Anerkennung durch andere, sondern auch der Grund für die Zunahme allgemeinen Wohlstands.“⁷ Ein gesellschaftliches Vorhaben, das wieder darauf abzielt, die Not „bekannt bedürftiger Nachbarn“ konkret zielgerichtet zu beheben, ist nach Hayek „das Wiederauftauchen unterdrückter ursprünglicher Instinkte“ und deswegen der Versuch der evolutorischen Rückwärtsentwicklung. Die Unterdrückung dieser Instinkte und statt dessen die disziplinierte Unterwerfung unter die abstrakten Regeln der Marktwirtschaft können allein das erreichte Niveau aufrechterhalten bzw. die Fortentwicklung der Gesellschaft sichern. Der so jeweils erreichte neue Stand bringt immer auch eine neue Disziplin mit sich. „Der Mensch wurde gegen seinen Willen zivilisiert. Die Zivilisation war der Preis, den er für die Fähigkeit zahlen mußte, eine größere Kinderschar aufzuziehen.“⁸

Über den Komplex der Disziplin und Unterwerfung wird später noch zu reden sein, hier geht es zunächst darum zu zeigen, daß eine freie Marktwirtschaft keine konkreten Ziele im Sinne etwa der Outputmaximierung haben kann. Die „Zunahme des allgemeinen Wohlstands“ und die Möglichkeit, „eine größere Kinderschar aufzuziehen“, dürfen im Sinne Hayeks nicht als konkretes Ziel der Marktwirtschaft verstanden werden. Der Kapitalismus hat sich nicht herausgebildet, damit er den Wohlstand mehr; vielmehr ist er Ergebnis der Evolution, weil er Wohlstand mit sich brachte, und er konnte das Ergebnis der Evolution sein, weil die Mitglieder der Gesellschaft sich an die abstrakten Regeln hielten. Bei den abstrakten Regeln handelt es sich um allgemeine Verhaltensregeln, die sämtlich ausdrücklich die uneingeschränkte Garantie des Privateigentums bezwecken und damit ein uneingeschränktes Eigentumsrecht. Würde man nun dem Kapitalismus konkrete Ziele vorschreiben, was ja in der politischen Praxis darauf hinauslaufen müßte, das persönliche freie Verfügungsrecht über das individuelle private Eigentum einzuschränken (Produktionsgebote oder Verteilungspolitik wären solche Eingriffe), dann würden diese konkreten Zielvorgaben das Befolgen der abstrakten Verhaltensregeln unmöglich machen, damit den Kapitalismus selbst als Evolutionsergebnis gefährden und damit auch dessen Wirkungen wie Wohlstandszunahme.

Wohlstandsvermehrung ist im Kapitalismus also nicht Zweck, sondern eine Art Dreingabe. Dies in Analogie zu Hayeks Vorstellung, daß „aus purem Mißtrauen gegen die Herrscher“ sich die Beschränkung der Staatsgewalt in England historisch ergeben habe, und daß man im Nachhinein beobachtet habe, daß die größeren politischen Freiheiten eine „vorher nicht dagewesene materielle Blüte“ hervorgebracht haben.“⁹ Sicherlich ist dieses Gesamtkonstrukt von einer nicht zweckorientierten Ordnung, die zwar nicht allgemeinen Wohlstand vorsätzlich anzielt, ihn aber dennoch realisiert und sich deswegen in der Evolution durchsetzt, recht künstlich. Denn schließlich entscheidet in diesem Sinne die Effizienz ja doch darüber, ob die Ordnung allgemein angenommen wird.

Für den Neoliberalismus allerdings ist diese Differenzierung sehr wichtig. Zum einen ist der Kapitalismus von vornherein exkulpiert, wenn er keinen allgemeinen Wohlstand realisiert. Zum anderen ist auch jeder politische Entwurf, der bei Verfehlen des Wohlstandszieles diesen Wohlstand realisieren möchte, nicht zulässig. Hayek wendet sich sehr entschieden gegen solchen Konstruktivismus, wie er dies nennt, und denunziert Bemühungen dieser Art als „Mißbrauch der Vernunft“.¹⁰ Auf der Basis dieser Überlegungen können Ziele wie „Soziale Gerechtigkeit“ oder „Sozialstaat“ als inkompatibel mit dem Ergebnis der Evolution abgelehnt werden.

Im Rahmen ökonomischer Theorie argumentiert soll durch diese Differenzierungen, oder genauer: durch

diese Kunstgriffe, der folgenden wirtschaftspolitischen Fragen ausgewichen werden: Vom modernen Neoliberalismus, so beispielsweise von Peacock (nicht aber von Hayek) wird eingeräumt, daß sich die gesamtwirtschaftlichen Sparpläne und Investitionspläne nicht entsprechen müssen. Demnach können auch im Verständnis dieser Theorie durch die Sparentscheidungen Ressourcen für die Kapitalgüterproduktion bereitgestellt werden, die als Ergebnis der Investitionspläne nicht vollständig für die Herstellung von Kapitalgütern genutzt werden.¹² Sicherlich wird dies mit den jeweiligen und individuellen Motiven und Entscheidungen der Investoren und Sparer begründet, die gegebenenfalls im Rahmen einer sogenannten ‚fallof composition‘ nicht kompatibel sind, nicht aber, wie oben im Kontext des Linkskeynesianismus dargestellt, aus dem gesellschaftlichen Konflikt. Eine politische Lösung für diese Frage ist keynesianische Einkommenspolitik. Dies aber muß der Neoliberalismus als Einmischung in die Eigentumsrechte ablehnen. Doch nicht nur das. Da ein Eingriff in die Einkommensverhältnisse, die Mißachtung der allgemeinen Verhaltensregeln (der abstrakten Regeln) die Zivilisation selbst in Frage stellt, muß die politische Lösung der Frage aus übergeordneten Gründen unterbleiben. Wenn demnach die Sparpläne die Investitionspläne übersteigen, so ist der hieraus resultierende Output rückgang hinzunehmen. Folglich darf die spontane Ordnung kein gemeinsames konkretes Ziel im Sinne der Outputmaximierung haben.

2. Soziale Gerechtigkeit ist nicht definierbar

„Es ist sinnlos, die Art und Weise, in der der Markt die Güter dieser Welt auf bestimmte Personen verteilt, gerecht oder ungerecht zu nennen. Begriffe wie gerechte Verteilung oder gerechter Lohn ... haben keinerlei Sinn in einer Katallaxie oder spontanen Ordnung, die solch ein gemeinsames Zielsystem ihrem Wesen nach nicht haben kann ... Alle Bestrebungen, eine ‚gerechte‘ Verteilung sicherzustellen, müssen darum darauf gerichtet sein, die spontane Ordnung des Marktes in eine totalitäre Ordnung umzuwandeln.“¹³

3. Sozialstaatlichkeit wird durch institutionalisierte Armenpflege abgelöst

„Es gibt natürlich keinen Grund, warum eine Gesellschaft, die so reich ist wie die moderne, nicht außerhalb des Marktes für diejenigen, die am Markt unter einen gewissen Standard fallen, ein Minimum an Sicherheit vorsehen sollte ... Gerechtigkeitsüberlegungen [geben] keine Rechtfertigung für eine ‚Korrektur‘ des Marktergebnisses“¹⁴ ab.

4. Wettbewerbsbeschränkungen durch Unternehmensmonopole sind weitgehend durch die Regierungen verursacht und vergleichsweise unschädlich

Zur Gewährleistung des Wettbewerbs soll „hinsichtlich der Unternehmer ... zunächst betont werden, daß es wichtiger ist, daß die Regierung sich jeglicher Unterstützung von Monopolen enthält, als daß sie sie bekämpft. Daß die Marktordnung heute nur für einen Teil der wirtschaftlichen Aktivität der Menschen gilt, ist weitgehend das Ergebnis bewußter Wettbewerbsbeschränkungen seitens der Regierung.“¹⁵

5. Die gravierendsten Wettbewerbsbeschränkungen gehen von den Gewerkschaften aus

„Monopolistische Praktiken, die heute das Funktionieren des Marktes bedrohen, sind seitens der Arbeiter viel gravierender als seitens der Unternehmer, und ob es uns gelingt, diese wieder zu beschränken, wird für die Erhaltung der Marktordnung entscheidender sein als irgend etwas sonst.“¹⁶

6. Die Verfolgung individueller Ziele ist der einzige gesellschaftliche Zweck der Wirtschaft

Der Zweck der spontanen Ordnung für den einzelnen ist eine Form von individueller Selbstverwirklichung unter den in 1-5 genannten einschneidenden Restriktionen. Den Mitgliedern einer in dieser Weise freien Gesellschaft ist erlaubt, „ihre Mittel und Kenntnisse für ihre persönlichen Zwecke einzusetzen“.¹⁷ Der gesellschaftliche Zweck der spontanen Ordnung ist eine „abstrakte Ordnung, die als Ganzes nicht an irgendwelchen – konkreten – Zielen orientiert ist, sondern lediglich jedem zufällig herausgegriffenen Individuum die beste Chance bietet, seine Kenntnisse erfolgreich für seine persönlichen Zwecke zu nutzen.“¹⁸ „Gemeinwohl oder öffentliches Interesse in einer freien Gesellschaft sind [in dieser Weise] definiert.“¹⁹

7. Die Kohäsion der Gesellschaft folgt aus der Gewährleistung der Eigentumsverhältnisse

Die spontane Ordnung bezieht ihre gesellschaftliche Festigkeit als „abstrakte Ordnung“ aus der allgemeinen Befolgung bestimmter allgemeingültiger Verhaltensregeln. Diese Verhaltensregeln sind negativ im

Sinne von Verboten. Sie untersagen den Eingriff in die geschützte Sphäre anderer Menschen, die als Eigentum des Menschen verstanden wird. Dies schließt den Anspruch auf Unversehrtheit der Person ein, das uneingeschränkte Verfügungsrecht über das Eigentum (Vertragsfreiheit) und die Gewährleistung von Ansprüchen und Erwartungen, die mit diesem Eigentum verknüpft sind. Hierunter ist der Anspruch zu verstehen, das Eigentum durch wirtschaftliche Aktivität zu vergrößern, oder die Erwartung, daß der Staat die Erfüllung privater Verträge erzwingt. „Die Zwangsmaßnahmen der Regierung [sollen] auf die Durchsetzung dieser allgemeingültigen Verhaltensregeln beschränkt werden.“²⁰

8. Die Kompetenzen des Parlaments sind zu beschneiden

Die spontane Ordnung kann nicht auf ein konkretes Ziel ausgerichtet sein; dies ist der Organisation (d.h. der Wirtschaft im engeren Sinne) vorbehalten. Bei einer Organisation handelt es sich beispielsweise um ein Wirtschaftsunternehmen, dessen konkretes Ziel das Erwirtschaften von Gewinn ist. Der Staat aber muß eine doppelte Aufgabe wahrnehmen: Er muß zum einen die allgemeineren Verhaltensregeln erzwingen und damit die spontane Ordnung gewährleisten. Zum anderen besteht die Aufgabe des Staates darin, Leistungen zu erbringen, „die aus verschiedenen Gründen von den spontanen Ordnungskräften des Marktes entweder gar nicht oder nur unvollkommen geboten werden“. Deshalb hält es der Liberalismus für wünschenswert, „der Regierung fest abgegrenzte Mittel zu übertragen, mit deren Hilfe sie derartige Leistungen für die Gesamtheit der Bürger erstellen kann.“²¹ In dieser Funktion des Garanten ist der Staat Element der spontanen Ordnung.

Bei diesen letztgenannten Leistungen soll die Regierung weder die völlige Durchsetzungsgewalt noch ein Monopol haben, „jedoch über einen breiten Ermessensspielraum bei der Verwendung der materiellen Mittel“²² verfügen. Der Staat ist demnach insoweit Organisation, indem er solche konkreten Leistungen erbringt und Ziele verfolgt. Soweit er jedoch durch Zwangsgewalt die Durchsetzung der abstrakten Verhaltensregeln erzwingt, handelt er nicht als Organisation, denn „diese abstrakten Verhaltensregeln erzwingen keine bestimmten Handlungen (was immer ein konkretes Ziel voraussetzt), sondern verbieten lediglich, die geschützte Sphäre eines Individuums zu verletzen, die durch eben diese Regeln abgesteckt wird“²³

Die Aufgabe des Parlamentes in diesem Kontext kann die von Hayek skizzierte Verfassungsreform verdeutlichen: Eine gesetzgebende Versammlung – das aktive und passive Wahlrecht steht nur Personen zu, die älter als 45 Jahre sind, es handelt sich in dieser Versammlung um „Männer und Frauen, die die Probleme in längerer Sicht betrachten und nicht von den schwankenden Moden und Leidenschaften einer wandelnden Masse abhängig sind“²⁴, die betreffenden Personen werden auf 15 Jahre gewählt, und pro Jahr wird ein Fünftel von ihnen neu gewählt – befaßt sich in letzter Instanz mit der Ausformulierung der allgemeinen Verhaltensregeln. Die Gesetze dieser Versammlung haben Verfassungscharakter. Das Recht (d.h. die allgemeinen Verhaltensregeln im Sinne der Gewährleistung des Privateigentums und der privaten Vertragsfreiheit) ist in dieser Weise dem Zugriff „der schwankenden Moden und Leidenschaften einer wandelbaren Masse“ entzogen. Das Ergebnis ist eine doppelte Disziplinierung der Massen durch Markt und Meinungsführerschaft mit dem Ziel, diese zur Akzeptanz ihrer benachteiligten Position in Wirtschaft und Gesellschaft zu bewegen oder zu zwingen.²⁵

Die Aufgabe des Parlamentes bezieht sich in klarer Abgrenzung zur Funktion dieser Gesetzgebenden Versammlung auf die Verwaltung des Budgets, das dem Staat in seiner Funktion als zweckgerichteter Organisation zukommt, d.h. wegen der Erfüllung derjenigen staatlichen Leistungen, „die aus verschiedenen Gründen von den spontanen Ordnungskräften des Marktes entweder gar nicht oder nur unvollkommen geboten werden. Die Kompetenz des Parlaments erstreckt sich dann nur noch auf das, was ihm die Gesetzgebenden Versammlung auf der Grundlage der von ihr erkannten allgemeinen Regeln an Aufgaben zuweist. (Es ist nochmals daran zu erinnern: Die Befolgung der allgemeinen Regeln schließt Ziele wie soziale Gerechtigkeit oder Koalitionsfreiheit für die Arbeiter aus.) Damit ist im Sinne Hayeks und der nachfolgenden Vertreter der Theorie der kollektiven Entscheidungen – z.B. Buchanan und Tullock – einem wesentlichen Übelstand der modernen Demokratie abgeholfen: Staat und Regierung können nun nicht mehr mithilfe ihrer Institution Parlament sich jeweils dort Recht setzen, so wie es der Situation entsprechend (aus dem Kompromiß, aus opportunistischen Erfordernisse) benötigen. Die Regie-

rung ist wieder „Regierung unter dem Recht“, die nicht mehr Kompetenz in allen gesellschaftlichen Angelegenheiten beansprucht. „Die Tatsache, daß überall, wo demokratische Institutionen nicht durch eine lebendige Tradition des Rechtsstaates im Zaum gehalten wurden, sie bald in eine ... ‚totalitäre Demokratie‘ oder sogar eine ‚plebiszitäre Diktatur‘ ausarteten, sollte uns zu Bewußtsein bringen, daß der eigentliche Wert nicht bestimmte Institutionen sind, ... sondern gewisse tieferliegende Überzeugungen.“²⁶

Mit diesen Überzeugungen wird der Souverän Volk gebändigt. Unter der weisen Führung gewählter moralischer Autoritäten kann sich nun das freie Spiel des Marktes ohne jede Gefahr der Verzerrung und Korrektur des Spielausgangs durch die Intervention des Parlaments (und der organisierten Interessen, die es durchdringen) ungestört entfalten.“

IV. Autoritärer Staat und autoritäre Gesellschaft: die Implikationen des neoliberalen Systems

Der Neoliberalismus ersetzt die Sozialstaatlichkeit und damit den Anspruch einer umfassenden Daseinsvorsorge des Staates für seine Bürger durch institutionalisierte Armenpflege (III. 3.), denn soziale Gerechtigkeit (III. 2.) oder Maximierung der Bedürfnisbefriedigung stellen im Sinne der spontanen Ordnung keine definierbaren Begriffe dar bzw. Sind keine mit der spontanen Ordnung kompatiblen Zwecke. Der Zugang zu beruflicher Qualifikation und Bildung, das Recht auf Erwerbsarbeit, die Garantie von angemessenem Wohnraum, der Schutz vor Lebensrisiken allgemein entfällt. Es gibt weder eine Korrektur der volkswirtschaftlichen Verteilung durch die Gesetzgebung des Parlamentes noch parlamentarische Eingriffe in den Marktablauf allgemein. (III. 8.) Kollektive Interessenvertretung durch die Gewerkschaften findet nicht mehr statt. (III. 5.)

Wenn es auf dieser Grundlage den Mitgliedern dieser freien Gesellschaft erlaubt sein soll, ihre Mittel und Kenntnisse für ihre persönlichen Zwecke einzusetzen (III. 6.), so sind diese Mittel und Kenntnisse so ungleich verteilt, daß die materiellen Ergebnisse ihres Einsatzes zu einer beschleunigten Konzentration von Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft führen müssen.

Die Konzentration von Einkommen und Vermögen, die Reduzierung der Kompetenzen des Parlamentes, das Fehlen einer kollektiven Interessenvertretung und damit die Beseitigung jeder sozialstaatlichen Daseinsvorsorge wird die Gesellschaft verstärkt polarisieren. Folglich ergibt sich die Gefahr, daß die allgemeinen Verhaltensregeln insgesamt von den Benachteiligten in Frage gestellt werden, daß sie soziale Gerechtigkeit, Gleichzeit (Egalitarismus, wie Hayek dies nennt) fordern. Dies aber kann im Sinne des Neoliberalismus nicht zugelassen werden. Zunächst, weil die geschützte Sphäre anderer Menschen (genauer: der Vermögenden) hierdurch gefährdet würde, grundsätzlich aber im Verständnis des Neoliberalismus besonders deswegen, da diese Regeln vorherrschend geworden sind, weil sie sich in einem „Siebungsvorgang“²⁷ einer Selektion, als die überlegenen Regeln bei der Organisation der Gesellschaft erwiesen haben (vgl. III. 1.). Das Aufheben dieser Erfolg garantierenden Regeln ist die Auflösung der Gesellschaft. Hayek schreibt hierzu: „Die große Veränderung, aus der eine Gesellschaftsordnung hervorging, die in zunehmendem Maße für den Menschen unverständlich wurde und für deren Erhaltung er sich erlernten Regeln unterwerfen mußte, die häufig seinen angeborenen Instinkten zuwiderliefen, war der Übergang von der face-to-face-society oder zumindest von Gruppen, deren Mitglieder einander bekannt waren, zur offenen abstrakten Gesellschaft, die nicht länger durch gemeinsame konkrete Ziele, sondern nur durch den Gehorsam gegenüber denselben abstrakten Regeln zusammengehalten wurde.“²⁸

„Gerade dadurch, daß die Menschen sich früher den persönlichen Kräften des Marktes unterworfen haben, ist die Entwicklung der Kultur möglich gewesen ... Der springende Punkt ist, daß es unendlich viel schwerer ist, logisch zu erfassen, warum wir uns Kräften, deren Wirkungen wir nicht im einzelnen verfolgen können, unterwerfen müssen, als dies zu tun aus demütiger Ehrfurcht, die die Religion oder auch nur die Achtung vor den Lehren der Nationalökonomie einflößte.“²⁹ Unterwerfung, Disziplin und Gehorsam hinsichtlich der abstrakten Regeln (der allgemeinen Verhaltensregeln) sind daher Bejahung der Zivilisation. Sie sind das moralische Korsett dieser offenen, abstrakten Gesellschaft.

Da nur diese Gesellschaft in der Lage ist – so Hayek –, eine Wirtschaft zu organisieren, die das Überleben

der Menschen sichern kann, ist Unterwerfung unter die allgemeinen Verhaltensregeln letztlich die Bedingung für die biologische Existenz der Menschen. Dies rechtfertigt die Zwangsmaßnahmen der Regierung zur Durchsetzung dieser Regeln. Auch wenn diese Zwangsmaßnahmen des Staates eindeutig hierauf beschränkt sein sollen, was vordergründig auf sehr eingeschränkte Kompetenzen des Staates und auf viel Freiheit schließe ließe, so ist dieser schlanke Staat tatsächlich ein zutiefst autoritärer Staat. Es überrascht dagegen nicht, wenn diese von Hayek so benannte liberale Gesellschaftsordnung das Leitbild der gegenwärtig führenden rechtsextremen Parteien darstellt.

Wenn die Verhaltensregeln allgemein akzeptiert sind oder durch staatlichen Zwang durchgesetzt werden, dann ist auch Tocqueville Befürchtungen die Grundlage entzogen, nämlich, daß in einem parlamentarischen System die Armen (und wirtschaftlich Unfähigen) sich durch Mehrheiten und Gesetzgebung das aneignen könnten, was ihnen in der Wettbewerbsordnung wegen ihrer Ineffektivität nicht zusteht. Die Forderung nach Gleichheit in einer parlamentarischen Demokratie hat Hayek zufolge weitreichende Folgen: „In einer Kultur, die sich durch Gruppenselektion gebildet hat, muß die Auferlegung des Egalitarismus jede weitere Evolution zum Stillstand bringen. Egalitarismus ist freilich nicht die Ansicht einer Mehrheit, sondern das Ergebnis davon, daß es in einer unbeschränkten Demokratie notwendig ist, die Unterstützung auch der Schlechtesten zu gewinnen.“³³ Die Demokratie und damit der Staat wird zum Gefangenen der Schlechtesten, besonders wenn diese als wohlorganisierte Interessenvertretung ihre Möglichkeiten wahrnehmen. Daß sich die Unwürdigen in dieser „uneingeschränkten Demokratie“ dasjenige durch sozialstaatliche Gesetze anzueignen suchen, was ihnen nicht zusteht, wird mit dem Schlagwort, so Hayek, „es ist nicht dein Fehler“ bzw. „die Gesellschaft ist verantwortlich“ legitimiert. Damit „begann die Demagogie der unbeschränkten Demokratie, ermutigt von der sozialistischen Psychologie, jene zu stützen, die einen Anteil am Reichtum unserer Gesellschaft beanspruchen, ohne sich der Disziplin zu unterwerfen, der wir diesen Reichtum verdanken. Die Zivilisation läßt sich nicht aufrechterhalten, wenn wir auch jenen ein Recht auf gleiche Anerkennung und Achtung zugestehen, die den Kodex durchbrechen.“³⁴ Die institutionellen Vorkehrungen zur Lösung dieser Frage sind die Kompetenzverteilung auf Gesetzgebende Versammlung und Parlament (vgl. III. 1.).

Der Grundgedanke der neoliberalen Theorie läßt sich sehr einfach zusammenfassen: Die kapitalistische Zivilisation sichert das Überleben der Menschheit. Diese Zivilisation ist nur durch Beachtung bestimmter abstrakter, allgemeiner Verhaltensregeln aufrechtzuerhalten, d.h. durch Anerkennung des Privateigentums und der uneingeschränkten Verfügungsautonomie für die Eigentümer. Der „finanzielle Gewinn“, der Reichtum (vgl. III. 1.) ist nicht nur zu tolerieren: Weil er „die Grundlage für die Anerkennung durch andere“ ist, spornt er als sichtbarer Erfolg, „als unpersönliches Signal“ zum Nacheifern an und hält damit den Prozeß der Evolution überhaupt in Gang. Zivilisation läßt sich nicht aufrechterhalten, wenn diejenigen Achtung finden, die zur Nachahmung nicht bereit sind („den Kodex durchbrechen“), oder wenn denjenigen die Anerkennung verweigert wird, die das unpersönliche Signal des finanziellen Gewinns aussenden.

Gruppen, die im Sinne des Egalitarismus soziale Gerechtigkeit fordern und hierfür das Parlament einsetzen oder sich in Gewerkschaften zusammenschließen, Gruppen also, die sich letztlich „nicht der Disziplin unterwerfen, der wir den (zivilisationsbedingten) Reichtum verdanken“, verbiegen oder hindern die Evolution oder machen sie rückgängig. Dies wiederum kann im allgemeinen Interesse der Zivilisation (und damit im Interesse des Überlebens der Menschheit) nicht zugelassen werden. Deswegen ist der Staat legitimiert, hier Zwangsmaßnahmen zu gebrauchen, um die Konformität mit den allgemeinen Regeln herzustellen. (Dies regelt die Gesetzgebende Versammlung.)

Da der herkömmliche Parlamentarismus, die unbeschränkte Demokratie, auf die Unterstützung der Schlechtesten angewiesen ist – das sind die wirtschaftlich Erfolgreichen und/oder diejenigen, die sich der genannten Disziplin nicht unterwerfen –, ist das Parlament weitgehend zu entmachten. Wer demnach unter dem Vorwand, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Sozialstaat allgemein verwirklichen zu wollen, die Autonomie der Eigentümer, des Reichtums in Frage stellt, handelt zivilisationswidrig und muß notwendigerweise das Objekt staatlicher Zwangsmaßnahmen sein.

Der Neoliberalismus verspricht Freiheit und Nichtmischung des Staates. Tatsächlich handelt es sich

um ein Konzept, das den autoritären Staat im Interesse der Reichen legitimiert. Neoliberalismus fordert das Ende von Volkssouveränität, von gleichem und allgemeinem Wahlrecht, von wirklicher Demokratie. Neoliberalismus, darauf verweist Hayek in vielen seiner Arbeiten, ist der erklärte Gegner der europäischen Aufklärung bzw. der Traditionen, wie sie etwa von Spinoza, Descartes, Voltaire oder Rousseau begründet wurden.

Anmerkungen

(1) Bedeutend ist hier eine größere Anzahl von Gesellschaften, die in der Hauptsache Wissenschaftler und Publizisten vereinen und neoliberales Gedankengut mit Energie und Ausdauer verbreiten. Die wichtigste ist die von Friedrich von Hayek 1947 mit großer Unterstützung der Geschäftswelt gegründete „Mont Pelerin Gesellschaft“ (vgl. Richard Cockett, *Thinking the unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931-1983*. London 1995, S. 100, des weiteren das „Institute of Economic Affairs“ (London), das „Centre for Policy Studies“ und das „Adam Smith Institute“. In Deutschland ist besonders der Kronberger Kreis / Frankfurter Institut zu nennen und im Bereich der Wirtschaftsforschungsinstitute das Institut für Weltwirtschaft in Kiel.

(2) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, 1981, Ziffer 301

(3) Der hier dargestellte Aufriß ist nicht in jedem Punkt die Position von Keynes. Für die Richtung des Keynesianismus insgesamt vgl. U.a. Joan Robinson, Nicholas Kaldor, Michael Kalecki, Joseph Steindl, Amit Bhaduri. Trotz aller Differenzierungen ist das 24. Kapitel in Keynes Allgemeiner Theorie der Beschäftigung, des Zinses, des Geldes „Schlußbetrachtungen über die Sozialphilosophie, zu der die Allgemeine Theorie führen könnte“ eine gute Darstellung der erkenntnisleitenden Grundlagen keynesianischen Denkens. Vgl. Zu diesem Komplex auch Hyman P. Minsky, John Maynard Keynes, Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus, Marburg 1990, Kapitel 8, „Sozialphilosophie und Wirtschaftspolitik“, S. 187-204, und Kapitel 9, Wirtschaftspolitische Implikationen der alternativen Interpretation, S. 205-214.

(4) F. Hayek, Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, Ordo 1967, S. 11-33, hier zitiert nach F. Hayek, Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze von F. von Hayek, Tübingen 1969, S. 121. In den Grundsätzen ist die neoliberale Position sehr klar und knapp zusammengefaßt. Bei den Grundsätzen handelt es sich um ein Referat, das Hayek im September 1966 auf einer Sondertagung der „Mont Pelerin-Gesellschaft“ in Tokio vorgelesen hat.

(5) F. Hayek, Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 3, Landsberg am Lech, 1981, S. 218

(6) ebenda, S. 219

(7, 8) ebenda, S. 223

(9) ebenda, S. 227

(10) F. Hayek, Grundsätze ..., a.a.O., S. 109

(11) F. Hayek, Mißbrauch und Verfall der Vernunft. Ein Fragment, Frankfurt, 1959

(12) A. Peacock, Keynes and the Role of the State, in: D. Crabtree und A.P. Thirlwall (Hrsg.), Keynes and the Role of the State. The Tenth Keynes Seminar held at the University of Kent at Canterbury, 1991, Houndmills und London 1993, S. 13ff.

(13) F. Hayek, Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, a.a.O., S. 119

(14, 15) ebenda, S. 123

(16) ebenda, S. 125

(17) ebenda, S. 123

(18) ebenda, S. 111

(20) ebenda, S. 110

(21) ebenda, S. 113 (Infrastrukturinvestitionen sind für diese Leistungen ein Beispiel; ebenfalls Sozialausgaben)

(22) ebenda, S. 113

(23) ebenda

(24) Hayek, Wohin zieht die Demokratie?, in: Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Walter-Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1977, S. 18f.

(25) S. Blankenburg, Neoliberalismus oder „Neue politische Ökonomie“, Theoretische Grundlagen des Rechtsextremismus, Arbeitspapier, Hamburg 1994. Röpke charakterisiert das anzustrebende Ziel in ähnlicher Weise, nachdem er zunächst die Vermassung und Verklumpung, die Zentralisierung und Bürokratisierung beklagt hat: „Dies aber weist in manchen Ländern auf den gefahrenreichen, aber auf die Dauer kaum zu umgehenden Weg von Verfassungsreformen, die den ehrlicherweise nicht zu leugnenden Gefahren des allgemeinen Wahlrechts entgegenwirken und eine wirkliche Regierung der Verantwortlichen ermöglichen.“ W. Röpke, Civitas Humana, Erlenbach-Zürich 1946, S. 188. An anderer Stelle spricht Röpke von einer „Nobilitas Naturalis“, die die Staatsgeschäfte im wesentlichen lenken soll.

(26) F. Hayek, Die Anschauungen der Mehrheit und die zeitgenössische Demokratie, in: F.A.v. Hayek, Freiburger Studien, Gesammelte Aufsätze, Tübingen 1969, S. 57

(27) S. Blankenburg, Neoliberalismus ..., a.a.O., S. 89

(28) F. Hayek, Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 3, Landsberg am Lech, 1981, S. 212

(29) ebenda, S. 221f.

(30) ebenda, S. 227

(31) F. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, München 1991, S. 254; 1. Auflage: The Road to Serfdom, Chicago 1944

(32) ebenda, S. 131

(33) ebenda, S. 231f.

Interessenvertretung und kollektive Normen – was kann die Kritische Theorie beitragen?

VON HANS WASCHKAU

Schon mehrmals haben wir in unserem Arbeitskreis darüber diskutiert, ob tarifliche Normen zur Arbeitszeit Schutz oder Einschränkung für die Kolleginnen und Kollegen bedeuten. Eine Klärung dieses Problems, mit der alle einverstanden sind, haben wir bisher nicht herbeiführen können. Ich möchte deshalb zu diesem Thema einige neue Gesichtspunkte beitragen. Es handelt sich dabei um Überlegungen der Philosophen Horkheimer und Adorno, die diese in ihrem Buch „Dialektik der Aufklärung“ dargelegt haben, das während des zweiten Weltkrieges entstanden ist. Im ersten Abschnitt mit dem Titel „Begriff der Aufklärung“ ist eines der Themen die Entstehung von kollektiven Normen, die es ja nicht nur in Tarifverträgen gibt. Um dem dort entwickelten Gedankengang folgen zu können, muß zunächst kurz der Begriff „Aufklärung“ erläutert werden, um den es, wie schon der Name sagt, in dem Werk geht.

Ziele der Aufklärung

Die Aufklärung ist eine geistige Strömung, die bei Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft aufgekomen ist und in deren Tradition wir auch heute noch stehen. Horkheimer und Adorno zitieren den englischen Philosophen Francis Bacon, der um das Jahr 1600 herum gelebt hat. Mit seinen Worten wird ein wichtiges Ziel der Aufklärung vorgestellt. Bacon beklagt, daß die Überlegenheit der Menschen, die in ihrem Wissen liege, viel zu wenig zur Anwendung komme: „Heute beherrschen wir die Natur in unseren bloßen Meinung und sind ihrem Zwange unterworfen; ließen wir uns jedoch von ihr in der Erfindung leiten, so würden wir ihr in der Praxis gebieten.“ (S. 10) Es geht der Aufklärung um die Entfaltung des Menschen als Selbst, als handelndes Subjekt, dem die gesamte Natur als manipulierbares Objekt zur Verfügung steht.

Horkheimer und Adorno weisen darauf hin, daß dieses Anliegen der Aufklärung keineswegs neu ist. Das Erwachen des Subjekts beginnt bereits früh in der Menschheitsgeschichte. Bei Völkern, die sich auch heute noch in diesem Stadium befinden bzw. bis vor wenigen Jahrzehnten befanden, wie z.B. einige Indianerstämme, kann oder konnte dies genauer beobachtet werden. Für einen Stamm, der gemeinsam auf Büffeljagd geht, ist der Büffel Beute und somit Objekt. Es lohnt sich, dieses Beispiel genauer zu untersuchen, weil sich daran auch erkennen läßt, was der Aufklärung verloren geht.

Beziehungen zwischen Subjekt und Objekt sowie zwischen Seiendem

Wird der Büffel als Beute betrachtet, so wird er darauf reduziert, wie er den Jägern nützt. Die wichtigste Eigenschaft des Büffels ist seine Funktion als Nahrungsmittel. Wichtig ist außerdem, wie er gejagt und erlegt werden kann. Dabei geht es um Regeln, die bei der Jagd zu beachten sind. Welche Waffen sind nötig – Speer oder Pfeil und Bogen? An welcher Stelle muß der Büffel getroffen werden, damit er sofort tot ist und nicht mit der Waffe davonrennt? Wie kommt man nahe genug heran an den Büffel, um ihn zu treffen?

Neben diesen Regeln gibt es aber auch noch ein anderes Verhalten dem Büffel gegenüber. Wenn sich der Stamm vor der Jagd trifft, um sich auf die Jagd einzustimmen, tanzt der Schamane den Büffeltanz. Dabei handelt es sich um die Nachahmung des Büffels in allen Einzelheiten. Dieser Tanz ist ähnlich dem Verhalten von kleinen Kindern, die Tiere nachahmen. Der Büffeltanz entstammt einer Beziehung zur Umwelt, die einen ganz anderen Charakter hat als die Subjekt-Objekt-Beziehung.

Der Schamane reduziert in seinem Tanz den Büffel noch nicht auf die für den Stamm nützlichen Eigenschaften. Das Verhalten des Schamanen gegenüber dem Büffel ist eine Beziehung zwischen Seiendem, wie Horkheimer und Adorno dies nennen. Da der Büffel ebenso wie der Mensch Be-

standteil der Natur ist, wird er als gleichberechtigt behandelt und in allen seinen Eigenschaften zur Kenntnis genommen.

Auch wenn das Verhalten von Seiendem untereinander grundverschieden ist von dem Verhalten des Subjekts gegenüber seinem Objekt, so ist der Büffeltanz doch schon der Subjekt-Objekt-Beziehung untergeordnet. Denn der Tanz des Schamanen hat natürlich eine bestimmte mythologische Bedeutung. Der Büffel-Geist, an den der Stamm glaubt, soll durch den Tanz in eine Stimmung versetzt werden, die für den Ausgang der Jagd günstig ist. Daneben hat der Tanz auch noch einen ganz praktischen Nutzen. Die Jäger können sich vergegenwärtigen, wie der Büffel ist, mit was sie alles zu rechnen haben, wenn sie gerade dabei sind, ihn zu stellen und zu erlegen. Wichtig ist dafür, daß der Büffel im Tanz vollständig abgebildet wird, während schmückende Übertreibungen nicht störend sind.

Einseitige Förderung der Subjekt-Objekt-Beziehung

Keihen wir zurück zur Aufklärung. Ein zentrales Anliegen von Horkheimer und Adorno besteht darin, das Verhältnis der Aufklärung zu den Mythen zu klären, auf das wir deshalb immer wieder stoßen werden. Für die Aufklärung hat die Beziehung von Seiendem wie im Büffeltanz keine Bedeutung. Sie will das Selbst, das handelnde Subjekt entwickeln. Der hohe Anspruch der Aufklärung wurde bereits aus dem Zitat von Bacon deutlich. Die Mythen werden von den Vertretern dieser Strömung als Ausdruck der Angst des Menschen vor der Natur und vor dem Unbekannten gedeutet, die es zu überwinden gilt. „Der Verstand, der den Aberglauben besiegt, soll über die entzauberte Natur gebieten.“ (S. 10)

Das Beispiel des Büffeltanzes zeigt aber, daß die Mythen einen ganz praktischen Nutzen gebracht haben, der durch die Abqualifizierung der Mythen verloren geht. Der Tanz hat es den Angehörigen des Stammes erlaubt, sich einen Begriff davon zu machen, wie der Büffel ist. „Der Mythos wollte berichten, nennen, den Ursprung sagen: damit aber darstellen, festhalten, erklären.“ (S. 14) Das Verständnis der Natur, das die Mythen ermöglichen, wird von der Aufklärung über Bord geworfen. „Auf dem Weg zur neuzeitlichen Wissenschaft leisten die Menschen auf Sinn Verzicht. Sie ersetzen den Begriff durch die Formel, Ursache durch Regel und Wahrscheinlichkeit.“ (S. 11)

Aufklärung setzt auf das Herausfinden von Regeln, die es erlauben, die Natur zu beherrschen. „Ihr Ideal ist ein System, aus dem alles und jedes folgt“ (S. 13), ihr Ziel ist die Berechenbarkeit der Welt. Auch diese Vorgehensweise ist fatal. Denn die angestrebte Berechenbarkeit soll natürlich auch für Menschen gelten. Aus Regeln werden daher rasch Normen, nach denen sich jeder richten muß. „Was anders wäre, wird gleichgemacht.“ (S. 18)

Der Zwang zur Konformität besteht nicht nur in der Theorie, sondern auch ganz real. Die Marktwirtschaft, die von der bürgerlichen Gesellschaft allgemein durchgesetzt wurde, entwertet die von der Aufklärung propagierte Entwicklung des Selbst. „Die Wohltat, daß der Markt nicht nach Geburt fragt, hat der Tauschende damit bezahlt, daß er seine von Geburt verliehenen Möglichkeiten von der Produktion der Waren, die man auf dem Markt kaufen kann, modellieren läßt.“ (S. 19) Die Entwicklung des Selbst, mit der die Aufklärung die Menschen beglücken wollte, verliert damit praktisch erheblich an Wert. „Den Menschen wurde ihr Selbst als ein je eigenes, von allen anderen verschiedenes geschenkt, damit es desto sicherer zum gleichen werde.“ (S. 19) Menschen, die nach dem Anspruch der Aufklärung über die Natur herrschen sollten, werden in der Marktwirtschaft zu berechenbaren Konsumgrößen.

Beim Büffeltanz schon war die Beziehung zwischen Mensch und Büffel als Beziehung von Seienden zueinander der Subjekt-Objekt-Beziehung untergeordnet. Die Aufklärung nun verdrängt die Beziehung zwischen Seienden und will nur noch das Subjekt entwickeln. Die Folgen für die Menschen sind fatal.

Während die Grundlage der Beziehungen von Seienden zueinander die Gleichberechtigung ist, entsteht aus der Beziehung von Subjekt zu Objekt Herrschaft. Damit werden auch Beherrschte möglich. Indem die Dinge der Umwelt als Objekte behandelt werden, gewöhnt sich der Mensch an Unterordnung. Aus der Beziehung Subjekt-Objekt folgt, daß sich Menschen auch gegenseitig als Objekte behandeln können. Der Mißbrauch von Menschen als Kostenfaktor oder auch als Lustobjekt wird möglich, während Menschlichkeit und Mitgefühl für das Leiden anderer Menschen ständig in der Gefahr sind zu verkümmern. Die Subjekt-Objekt-Beziehung ist eine der Wurzeln der Herrschaft von Menschen über Menschen, die zu

beseitigen wir als Gewerkschafter uns auch verpflichtet fühlen.

Arbeitsteilung und Herrschaft

Herrschaft wird zwar durch die Subjekt-Objekt-Beziehung ermöglicht, damit sie sich aber als gesellschaftliche Realität durchsetzen konnte, mußte sie Vorteile bringen. Herrschaft konnte sich erst zusammen mit der Arbeitsteilung entwickeln. Die historische Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau sorgt dafür, daß das herrschende Selbst geschlechtsspezifisch ist, „der identische, zweckgerichtete, männliche Charakter des Menschen“ (S. 40). Herrschaft beginnt schon früh in der Menschheitsgeschichte mit der Absonderung des Zaubers, der bereits Herrschaft ausübt. Die Arbeitsteilung führt später zur Trennung der Menschen in Klassen, wo die Macht auf der einen, der Gehorsam auf der anderen Seite liegt. „Herrschaft verleiht dem gesellschaftlichen Ganzen, in welchem sie sich festsetzt, erhöhte Konsistenz und Kraft. Die Arbeitsteilung, zu der sich die Herrschaft gesellschaftlich entfaltet, dient dem beherrschten Ganzen zur Selbsterhaltung.“ (S. 28)

Und Selbsterhaltung war für die Menschen ja lange Zeit überhaupt nicht selbstverständlich. Auch um das Jahr 1600 herum, als der zu Beginn dieses Beitrags zitierte Francis Bacon lebte, waren Hungersnöte und Seuchen wie die Pest noch an der Tagesordnung. Die Entwicklung des Selbst, die von der Aufklärung betrieben wird, ist denn auch deutlich vom Zwang zur Selbsterhaltung geprägt. Dem Gebot zu herrschen steht die Tabuisierung von allem gegenüber, das vom Ziel der Selbsterhaltung ablenkt, wie z.B. das Genießen von sexueller Lust, insbesondere, wenn sie nicht der Fortpflanzung dient.

Mit Entstehen und Entwicklung der modernen Industrie wird die Unterdrückung der sinnlichen Bedürfnisse noch gesteigert. „Je weiter ... der Prozeß der Selbsterhaltung durch bürgerliche Arbeitsteilung geleistet wird, um so mehr erzwingt er die Selbstentäußerung der Individuen, die sich an Leib und Seele nach der technischen Apparatur zu formen haben.“ (S. 36) Die Durchsetzung dieser Selbstentäußerung ist Aufgabe der Herrschenden. „Durch die Unterstellung des gesamten Lebens unter die Erfordernisse seiner Erhaltung garantiert die befehlende Minorität mit ihrer eigenen Sicherheit auch den Fortbestand des Ganzen.“ (S. 38)

Kollektiv und Herrschaft

Die enge Verquickung von Herrschaft und Arbeitsteilung hat eine eigentümliche Konsequenz: Nicht die wenigen Menschen, die die Herrschaft ausüben, zwingen dem einzelnen die Rolle auf, die er spielen muß. Dies erledigen statt dessen alle, mit denen der einzelne zusammenarbeitet, da das Funktionieren aller das Funktionieren jedes einzelnen voraussetzt. So kommt es z.B. häufig vor, daß sich Beschäftigte nicht trauen, bei Krankheit daheim zu bleiben, weil dann Kolleginnen und Kollegen die Arbeit mitmachen müssen oder womöglich sogar nicht mehr weiterarbeiten können. Hinter diesem Druck durch viele verbirgt sich eine Arbeitsorganisation, in der die Beteiligten nur in ihrer Funktion zählen, nur wichtig sind durch das, was sie arbeiten, während ihre Bedürfnisse darin gar nicht auftauchen und zum Ausräumen von Krankheiten meist nicht einmal Zeit eingeplant ist. Hinter der Arbeitsorganisation wiederum stehen Menschen, die die Arbeit so organisiert haben.

„Die Herrschaft tritt dem Einzelnen als das Allgemeine gegenüber, als die Vernunft in der Wirklichkeit. ... Was allen durch die Wenigen geschieht, vollzieht sich stets als Überwältigung Einzelner durch Viele: stets trägt die Unterdrückung der Gesellschaft zugleich die Züge der Unterdrückung durch ein Kollektiv. Es ist diese Einheit von Kollektivität und Herrschaft und nicht die unmittelbare gesellschaftliche Allgemeinheit, Solidarität, die in den Denkformen sich niederschlägt.“ (S. 28) Wichtige Aspekte des Charakters von kollektiven Normen in Tarifverträgen werden hier schon deutlich. Bevor wir aber zu Konsequenzen für tarifvertraglichen Regelungen kommen, soll zunächst der Gedankengang von Horkheimer und Adorno bis zum Ende dargestellt werden.

„Aufklärung ist radikal gewordene mythische Angst“ Bisher wurden Mythen mit dem Beispiel des Büffeltanzes veranschaulicht, das aber nur einen Aspekt dieses Begriffs hervorhebt. Die Ursache von Mythen ist die Verschlingung des Menschen mit der Natur und seine Angst vor dem Unbekannten, das in der Natur lauert. Es handelt sich um den Versuch, die Furcht dadurch zu bannen, daß dem Unbekannten der Namen eines Gottes oder eines Dämonen gegeben wird. Dieser Versuch, der unbekannten und bedrohlichen Natur ihren Schrecken zu nehmen, ist aber nicht sehr erfolgreich. Ein als Dämon verdoppelter Schrecken ist

eben immer noch ein Schrecken.

„Obwohl die Aufklärung Mythen als Gegner betrachtet, ist ihr Ziel, den Menschen von der Angst vor der Natur zu befreien, dem Entstehungsgrund von Mythen ganz ähnlich. Wenn die Aufklärung also die Mythen entzaubern will, bekämpft sie nicht die Angst selber, sondern nur die Form, in der Angst geäußert wird. Während ein Mythos die Furcht vor dem Unbekannten bannen will, indem es diesem einen Namen gibt, will die Aufklärung das Unbekannte selber ausmerzen. „Aufklärung ist radikal gewordene mythische Angst.“ (S. 22)

Diese Angst ist der tiefere Grund für das Streben der Aufklärung, die Welt berechenbar zu machen. Denn in einer berechenbaren Welt kommt Neues nicht mehr vor. Mathematische Algorithmen sollen vor dem Unbekannten schützen. „Wenn im mathematischen Verfahren das Unbekannte zum Unbekannten einer Gleichung wird, ist es damit zum Altbekannten gestempelt, ehe noch ein Wert eingesetzt ist.“ Aufklärung „setzt Denken und Mathematik in eins. ... Denken verdinglicht sich zu einem selbsttätig ablaufenden, automatischen Prozeß, der Maschine nachelfend, die er selber hervorbringt, damit sie ihn schließlich ersetzen kann. Aufklärung hat die klassische Forderung, das Denken zu denken ... beiseitegeschoben, weil sie vom Gebot, der Praxis zu gebieten, ablenke ...“ (S. 31)

Der traurige Höhepunkt dieser Entwicklung wird durch den Positivismus erreicht, der das letzte Produkt der Aufklärung darstellt. Der Positivismus ist eine Erkenntnistheorie, die alle objektiven Erklärungsversuche gesellschaftspolitischer Fragen aus dem sogenannten „Positiven“, d.h. dem Erfahrbaren entwickeln will. „Die Weltherrschaft über die Natur wendet sich gegen das denkende Subjekt selbst ... Das abstrakte Selbst, der Rechtstitel aufs Protokollieren und Systematisieren hat nichts sich gegenüber als das abstrakte Material, das keine andere Eigenschaft besitzt als solchem Besitz Substrat zu sein.“ (S. 33) Ein Beispiel für die Tragikomik, die dabei herauskommt, sind die ständigen Versuche, die Qualität von Software mit formalen Kriterien festzustellen, um vor schlechten Programmen sicher zu sein. Dabei muß sich doch jedes Softwaresystem erst in der Praxis bewähren, wo sich zeigt, ob es für die Anwendung angemessen realisiert wurde oder nicht.

Was beim positivistischen Herangehen auf der Strecke bleibt, ist die Erkenntnis selber, die Fähigkeit, sich einen Begriff von dem zu bilden, was ist. Dazu gehört auch das Vermögen, die Gegebenheiten „als die Oberfläche, als vermittelte Begriffsmomente zu denken, die sich erst in der Entfaltung ihres gesellschaftlichen, historischen, menschlichen Sinnes erfüllen ...“. (S. 33) Das Ersetzen von Erkenntnis durch bloßes Wahrnehmen, Klassifizieren und Berechnen führt zu geistiger Verkümmern. „Die Gleichung von Geist und Welt geht am Ende auf, aber nur so, daß ihre beiden Seiten gegeneinander gekürzt werden. ... Was als Triumph subjektiver Rationalität erscheint, die Unterwerfung alles Seienden unter den logischen Formalismus, wird mit der gehorsamen Unterordnung der Vernunft unters unmittelbar Vorfindliche erkaufte.“ (S. 33)

Auch wenn Aufklärung die Mythen bekämpft, entrichten kann sie ihnen nicht. Die Mythen suchen den Grund für immer wiederkehrende Ereignisse in Geschehen, die in der Vorzeit passiert sind, und kommen auf diese Weise zu dem Ergebnis, daß alles so bleiben wird, wie es ist. Aufklärung dagegen erreicht das gleiche Ergebnis mit mathematischem Formalismus, der „das Neue als Vorbestimmtes erscheinen (läßt), das somit in Wahrheit das Alte ist“. (S. 34) Damit besteht auch hier keine Hoffnung auf Änderung.

Aufklärung macht die Menschen wehrlos

Aufklärung macht die Menschen völlig wehrlos gegen all die schlimmen Folgen, die die Herrschaft für den einzelnen haben kann. „Unter dem Titel der brutalen Tatsachen wird das gesellschaftliche Unrecht, aus dem diese hervorgehen, heute so sicher als ein dem Zugriff ewig sich entziehendes geheiligt, wie der Mediziner unter dem Schutze seiner Götter sakrosankt war. Nicht bloß mit der Entfremdung der Menschen von den beherrschten Objekten wird für die Herrschaft bezahlt: mit der Verschlichung des Geistes wurden die Beziehungen der Menschen selber verhext, auch die jedes einzelnen zu sich. Er schrumpft zum Knotenpunkt konventioneller Reaktionen und Funktionsweisen zusammen, die sachlich von ihm erwartet werden.“ (S. 34)

„Durch die ungezählten Agenturen der Massenproduktion und ihrer Kultur werden die genormten Verhaltensweisen dem Einzelnen als die allein natürlichen, anständigen, vernünftigen aufgeprägt. ... Sein Maßstab ist die Selbsterhaltung, die gelungene oder

mißlungene Angleichung an die Objektivität seiner Funktion und die Muster, die ihr gesetzt sind. Alles andere, Idee und Kriminalität, erfährt die Kraft des Kollektivs, das von der Schulklasse bis zur Gewerkschaft aufpaßt.“ (S. 35)

Auch wenn das Kollektiv für die Aufrechterhaltung der Herrschaft nötig sind, so darf es doch nicht mit der Herrschaft verwechselt werden. „Selbst das drohende Kollektiv jedoch gehört nur zur trügenden Oberfläche, unter der die Mächte sich bergen, die es als gewalttätiges manipulieren.“ (S. 35) Für die Mitglieder des Kollektivs führt die Rolle im Kollektiv, wo sie bei der Durchsetzung eines fremden Willens zugleich Unterdrückte und Unterdrückter sind, ohne daß sie aus dieser Rolle ausbrechen können, zur Panik: „Die Menschen erwarten, daß die Welt, die ohne Ausgang ist, von einer Allheit in Brand gesetzt wird, die sie selber sind und über die sie nichts vermögen.“ (S. 35) Zu der Angst vor Krieg ist heute sogar noch die Angst gekommen, daß mit der Zerstörung der Umwelt die eigenen Lebensgrundlagen zerstört werden.

Gründe für Katastrophen im monopolisierten Kapitalismus

Bei der Gesellschaft, die das Thema der Überlegungen von Horkheimer und Adorno ist, handelt es sich nicht mehr um den Kapitalismus aus der Zeit von Karl Marx. Es handelt sich um eine monopolisierte Ökonomie, in der der freie Handel längst beseitigt wurde. Nach wie vor gilt zwar das Wertgesetz, d.h. die Produkte werden nach der für ihre Herstellung nötigen Arbeitszeit bewertet und nicht nach dem Nutzen, den sie für Menschen bringen. Entfallen aber ist die Grundlage für das Wertgesetz, eine Gesellschaft mit Produzenten, die zwar für einen gemeinsamen Markt, aber ansonsten unabhängig voneinander Waren herstellen.

Die Gründe für Katastrophen wie Arbeitslosigkeit und Kriege, die regelmäßig über die Welt hereinbrechen, haben sich damit ebenfalls geändert: „Es sind nicht die objektiven Marktgesetze, die in den Handlungen der Unternehmer walteten und zur Katastrophe trieben. Vielmehr vollstreckt die bewußte Entscheidung der Generaldirektoren als Resultante, die an Zwangsläufigkeit den blinden Preismechanismen nichts nachgibt, das alte Wertgesetz und damit das Schicksal des Kapitalismus. Die Herrschenden selbst glauben an keine objektive Notwendigkeit, wenn sie auch zuweilen so nennen, was sie aushecken. Sie spielen sich als Ingenieure der Weltgeschichte auf.“ (S. 44)

„Nur die Beherrschten nehmen die Entwicklung, die sie mit jeder dekretierten Steigerung der Lebenshaltung um einen Grad ohnmächtiger macht, als unantastbar notwendige hin. Nachdem man den Lebensunterhalt derer, die zur Bedienung der Maschinen überhaupt noch gebraucht werden, mit einem minimalen Teil der Arbeitszeit verfertigen kann, die den Herren der Gesellschaft zur Verfügung steht, wird jetzt der überflüssige Rest, die ungeheure Masse der Bevölkerung als zusätzliche Garde fürs System gedrillt, um dessen großen Plänen heute und morgen als Material zu dienen. Sie werden durchgefüttert als Armee der Arbeitslosen. Ihre Herabsetzung zu bloßen Objekten des Verwaltungswesens, die jede Sparte des modernen Lebens bis in Sprache und Wahrnehmung präformiert, spiegelt ihnen die objektive Notwendigkeit vor, gegen die sie nichts zu vermögen glauben. Das Elend als Gegensatz von Macht und Ohnmacht wächst ins Ungemessene zusammen mit der Kapazität, alles Elend dauernd abzuschaffen. Undurchdringlich für jeden Einzelnen ist der Wald von Cliquen und Institutionen, die von den obersten Kommandohöhen der Wirtschaft bis zu den letzten professionellen Rackets (Gauereien, Erpressungen, d. Verf.) für die grenzenlose Fortdauer des Status sorgen.“ (S. 45)

Nach dem Ich verschwindet auch das Selbst

Kehren wir noch einmal zurück zur Entwicklung des Selbst durch die Aufklärung. Sie hatte begonnen mit der Verdrängung des Ichs als Seiendes. Am Beispiel des Büffeltanzes war gezeigt worden, daß schon dies einen schweren Verlust für die Menschen bedeutete. Wir hatten weiter gesehen, daß die Entwicklung des Selbst immer wieder zu Ergebnissen führte, die sich gegen eben dieses Selbst richten. In der modernen Industrie nun sorgt der Positivismus – die höchste Sprosse der Aufklärung – dafür, daß das Selbst der meisten Menschen verschwindet.

„Der Positivismus, der schließlich auch vor dem Hirngespinnst im wörtlichsten Sinne, Denken selber, nicht Halt machte, hat noch die letzte unterbrechende Instanz zwischen individueller Handlung und gesellschaftlicher Norm beseitigt. Der technische Prozeß, zu dem das Subjekt nach seiner Tilgung aus dem Bewußtsein sich versachlicht hat, ist frei von der Viel-

deutigkeit des mythischen Denkens wie von allem Bedeuten überhaupt, weil Vernunft selbst zum bloßen Hilfsmittel der allumfassenden Wirtschaftsapparatur wurde. Sie dient als allgemeines Werkzeug, das zur Verfertigung aller anderen Werkzeuge taugt, starr zweckgerichtet, verhängnisvoll wie das genau berechnete Hantieren in der materiellen Produktion, dessen Resultat für die Menschen jeder Berechnung sich entzieht.“ (S. 36f)

Daß Menschen, die unter diesen Bedingungen arbeiten müssen, jedes Gefühl für sich selber verlieren können, ist nicht erstaunlich. Ingenieure oder Programmierer, die zwar fähig sind, komplizierte Maschinen zu bedienen, während sie gleichzeitig nicht in der Lage sind, eigene physische Grenzen zu erkennen, und sich bis zum Zusammenbruch überarbeiten, funktionieren genau so, wie sie von Gesellschaft und Betrieb geprägt werden. So bedroht wie das Gefühl für sich selber, ist in der allumfassenden Wirtschaftsapparatur auch die Menschlichkeit. Die Menschen werden reif für so schlimme Auswüchse wie im 3. Reich, wo sich viele an der modernen Organisation von grauenhaften Massenmord beteiligten, ohne sich das Geringste dabei zu denken.

Fortschritt geht einher mit Regression

Während Horkheimer und Adorno bis jetzt aufgezeigt haben, wie die arbeitenden Menschen durch die modernen Industrie verkümmern, weisen sie jetzt darauf hin, daß sich die Kommandierenden in ähnlicher Weise entwickeln. „Unter den gegebenen Verhältnissen bedeutet das Ausgenommensein von Arbeit, nicht bloß bei den Arbeitslosen sondern selbst am sozialen Gegenpol, auch Verstümmelung. Die oberen erfahren das Dasein, mit dem sie nicht mehr umzugehen brauchen, nur noch als Substrat und erstarren ganz zum kommandierenden Selbst.“ (S. 41)

Die Arbeitsteilung, die den Fortschritt der Produktion möglich gemacht hat, führt zum Rückschritt bei allen, die an der Produktion beteiligt sind. „Die Menschheit, deren Geschicklichkeit und Kenntnis mit der Arbeitsteilung sich differenziert, wird zugleich auf anthropologisch primitivere Stufen zurückgezwungen, denn die Dauer der Herrschaft bedingt bei technischer Erleichterung des Daseins die Fixierung der Instinkte durch stärkere Unterdrückung. Die Phantasie verkümmert. ... Der Fluch des unaufhaltsamen Fortschritts ist die unaufhaltsame Regression.“ (S. 42)

Durch die Trennung von Kopf- und Handarbeit und die Herrschaft der ersteren über die zweite wird dies noch verschärft. Die Regression „beschränkt sich nicht auf die Erfahrung der sinnlichen Welt, die an leibhaftige Nähe gebunden ist, sondern affiziert (steckt an, verändert krankhaft, d. Verf.) zugleich den selbstherrlichen Intellekt, der von der sinnlichen Erfahrung sich trennt, um sie zu unterwerfen. Die Vereinheitlichung der intellektuellen Funktion, kraft welcher die Herrschaft über die Sinne sich vollzieht, die Resignation des Denkens zur Herstellung von Einstimmigkeit, bedeutet Verarmung des Denkens so gut wie der Erfahrung; die Trennung beider Bereiche läßt beide als Beschädigte zurück.“ (S. 42)

„Von der Unreife der Beherrschten lebt die Überreife der Gesellschaft. Je komplizierter und feiner die gesellschaftliche, ökonomische und wissenschaftliche Apparatur, auf deren Bedienung das Produktionssystem den Leib längst abgestimmt hat, um so verarmter die Erlebnisse, deren er fähig ist. Die Eliminierung der Qualitäten, ihre Umrechnung in Funktionen überträgt sich von der Wissenschaft vermöge der rationalisierten Arbeitsweisen auf die Erfahrungswelt der Völker und ähnelt sie tendenziell wieder der der Lurche an. Die Regression der Massen heute ist die Unfähigkeit, mit eigenen Ohren Ungehörtes hören, Unergriffenes mit eigenen Händen tasten zu können, die neue Gestalt der Verblendung, die jede besiegte mythische ablöst. Durch die Vermittlung der totalen, alle Beziehungen und Regungen erfassenden Gesellschaft hindurch werden die Menschen zu eben dem wieder gemacht, wogegen sich das Entwicklungsgesetz der Gesellschaft, das Prinzip des Selbst gekehrt hatte: zu bloßen Gattungswesen, einander gleich durch Isolierung in der zwanghaft gelenkten Kollektivität.“ (S. 43)

Kann hierarchische Arbeitsteilung durch menschliche Kooperation ersetzt werden?

Soweit die Darstellung der Überlegungen von Horkheimer und Adorno. Nachdem wir uns in unserem Arbeitskreis bereits mehrmals mit der Krise der Institution Management auseinandergesetzt haben, zunächst dazu einige kurze Gedanken. Horkheimer und Adorno weisen auf eine groteske Eigenschaft von Arbeitsteilung hin. Auch wenn alle daran beteiligten

Menschen dabei verblöden, kommt insgesamt doch mehr dabei heraus, als wenn jeder für sich alleine arbeiten würde. Das Management mag sich noch so unfähig anstellen, als Organisator dieser Arbeitsteilung genießt es dennoch hohes Ansehen.

Trotzdem ist es natürlich ein Verlust, daß die kreativen Eigenschaften der produzierenden Menschen nicht genutzt werden. Um aber Fortschritte zu erzielen, kann es nicht darum gehen, Kooperation überhaupt zu beseitigen. Es muß vielmehr das Kunststück vollbracht werden, zu Formen von Kooperation zu gelangen, die den menschlichen Eigenschaften gerecht werden. Dies wird nicht mit einem großen Schlag und auch nicht mit einer revolutionären Erhebung gelingen. Es wird statt dessen ein langwieriger Prozeß von kleinen Veränderungen nötig sein, die – Schritt für Schritt, immer mit der Gefahr von Irrwegen – die Produktionsformen wieder in menschliche Bahnen lenken.

Dazu soll kurz versucht werden, einige Grundelemente zu benennen, die zu einer menschlichen Kooperation erforderlich sind:

Die Trennung von führenden und ausführenden Menschen muß überwunden werden. Die Ideen aller Menschen müssen gleiches Gewicht bekommen.

– Die großen, anonymen Apparate, wie sie die Großkonzerne oder zum Teil auch der Staatsapparat darstellen, müssen grundlegend umgestaltet werden. Einerseits muß in Einheiten gearbeitet werden, die für die beteiligten Menschen überschaubar sind und von ihnen mitgestaltet werden können. Andererseits müssen aber auch nach Wegen gesucht werden, die allen die Möglichkeit geben, an den Entscheidungen mitzuwirken, welche Produkte bzw. Dienstleistungen entstehen sollen.

– Eine Großraumwirtschaft, die die Produktion weiträumig verteilt, daß die beteiligten Menschen sich nicht mehr miteinander verständigen können, gehört auf den Müllhaufen der Geschichte (zumindest in Ländern mit einem Produktivitätsniveau wie in Deutschland). Es muß in so kleinen Einheiten produziert werden, daß der Vorteil, daß denkende Menschen etwas miteinander machen, genutzt werden kann. Nur kurzfristig die Lohnkosten zu senken, darf auf diesen Vorteil nicht verzichtet werden.

– Die Menschen müssen lernen, ihren eigenen Kopf zu gebrauchen, anstatt ohne Verstand Regeln auszuführen. Es geht dabei natürlich nicht um die Beseitigung von Regeln, sondern um Menschen, die in jedem Einzelfall entscheiden können, welche Regeln zur Anwendung kommen und wo Neues ausprobiert werden muß. Dies erfordert übrigens auch eine Umwälzung des Bildungssystems.

Konsequenzen der Überlegungen von Horkheimer und Adorno für gewerkschaftliches Handeln

Kommen wir jetzt zu den Konsequenzen, die die Überlegungen von Horkheimer und Adorno für die Gewerkschaften haben. Der Vorwurf, den die beiden machen, wiegt schwer. Sie halten Gewerkschaften eines der Instrumente, das die Beherrschten bei der Stange hält und ihre Rebellion verhindert. Dabei spielen kollektive Regelungen eine entscheidende Rolle.

An den Tarifverträgen im Metallbereich läßt sich leicht zeigen, daß dieser Vorwurf leider nicht unbegründet ist. In den Tarifgruppen ist z.B. die Trennung von Hand- und Kopfarbeit festgeschrieben. Sollte sich ein Arbeiter am Fließband daran stören, daß seine Arbeit geistig doch etwas öde ist, so wäre eine Beschwerde darüber abwegig. Denn es ist ja tarifvertraglich so geregelt und hat damit seine Richtigkeit. Widerstand gegen die Gestaltung der Fließbandarbeit wird damit praktisch unmöglich.

Die Auswirkungen von normierten Arbeitszeiten sollen an einem extremen Beispiel demonstriert werden. Wer den Versuch unternimmt, sich vorzustellen, daß bei tariflichen Arbeitszeiten Genies entstehen könnten, der wird diesen Gedanken als absurd zurückweisen. Egal, was auch immer genau ein Genie letztlich ausmacht, unerlässlich ist dafür jedenfalls eine sehr zeitintensive Auseinandersetzung mit einem Problem. Sollten Beschäftigte im Tarifbereich das Bedürfnis haben, Genies zu werden, so ist auch klar, was IG-Metall-Betriebsräte dazu sagen: „Unsolidarisch! – „Nimmt anderen die Arbeitsplätze weg!“

Gründe für Mißerfolge bei der Verteidigung alter Tarifnormen

Wir erleben zur Zeit einen Generalangriff der Metall-Unternehmer auf den Flächentarifvertrag. Der Angriff richtet sich aber nicht gegen Normen überhaupt. Es geht vielmehr darum, daß den Unternehmern die Normen zu pauschal sind. So soll z.B. die Länge der Ar-

beitszeit nicht mehr einheitlich für ein ganzes Tarifgebiet festgelegt werden, sondern sie soll unterschiedlich festlegbar sein – von Betrieb zu Betrieb, von Abteilung zu Abteilung oder auch von Jahreszeit zu Jahreszeit, so wie es jeweils für den Ertrag des Unternehmens am günstigsten ist.

Der Versuch, sich dagegen zu verteidigen, indem einfach die alten Normen hochgehalten werden, ist praktisch schon gescheitert. Die Überlegungen von Horkheimer und Adorno zeigen, wie problematisch dieser Versuch selbst schon war. Denn auch die alten Normen sind schon reaktionär. Ihre Verteidigung richtete sich nicht nur gegen die Unternehmer, sondern zugleich gegen ständige Versuche von Beschäftigten, aus diesen Normen auszubrechen. Die Unternehmer konnten sich in dieser Lage demagogisch als Anwalt der Beschäftigten aufspielen, obwohl sie ganz anderes im Sinn hatten.

Gerade der gewerkschaftliche Kampf für Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen Arbeitslosigkeit hat ungewollt die Bemühungen der Unternehmer um differenziertere Normen unterstützt. Denn damit wurde die Unterwerfung der einzelnen Beschäftigten unter die Wirtschaftsapparatur gestärkt. Immerhin treten auch die Gewerkschaften auf diese Weise dafür ein, daß die Beschäftigten das Versagen kapitalistischen Wirtschaftens ausbügeln müssen und daß dabei das, was die einzelnen Beschäftigten selber für ihre Bedürfnisse halten, keine Rolle spielt. Damit wurde aber Widerstand gegen 9-Stunden-Schichten am Fließband, gegen Saisonarbeit, gegen Samstagsarbeit u.ä. stark geschwächt.

Eine neue Tarifpolitik ist nötig, um die Verdrängung des Ichs wieder rückgängig zu machen

Horkheimer und Adorno haben eine Fehlentwicklung analysiert, die sich durch die Aufklärung ergeben hat. Praktische Vorschläge, was zur Korrektur dieser Fehlentwicklung getan werden könnte, haben sie nicht gemacht. Aus ihren Überlegungen lassen sich aber auch für die Tarifpolitik einige Grundzüge einer Korrektur ableiten.

Eine neue Tarifpolitik muß versuchen, die von der Aufklärung betriebene Verdrängung des Ichs wieder rückgängig zu machen. Das erfordert den Abschied von Tarifen, die mit kollektiven Normen den Beschäftigten vorgeben, was deren Bedürfnisse sind. Es ist

schon schlimm genug, daß die Unternehmen den einzelnen vorschreiben, wie sie zu sein haben. Gewerkschaften dürfen das nicht auch noch tun. Sie sollten vielmehr nach Wegen suchen, wie sie ihre Mitglieder dabei unterstützen können, über sich selber zu bestimmen.

Tarifverträge müssen deshalb den Beschäftigten die Möglichkeit geben, jeweils für sich selber zu entscheiden, was ihr Bedürfnis ist. Dies setzt im Grunde eine neue Haltung gegenüber Bedürfnissen voraus. Was jemand als sein Bedürfnis bezeichnet, muß respektiert werden, egal, ob es einem in den Kram paßt oder nicht. Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht zu Objekten degradiert werden, denen ein bestimmtes Verhalten aufgezwungen wird, damit andere davon einen Vorteil haben. Denn darum handelt es sich, wenn z.B. ein generelles Verbot von Überstunden verhängt wird, um zu verhindern, daß einzelne zu Überstunden gezwungen werden können.

Natürlich richtet sich diese Forderung nicht gegen Diskussionen darüber, ob es sich bei einem geäußerten Bedürfnis nicht in Wirklichkeit um eine Lösung eines Problems handelt, die vom Unternehmer durch Nötigung erzwungen wurde. Sollte das aber der Fall sein, dann müssen doch andere Lösungen gesucht und durchgesetzt werden. Eine alleinerziehende Mutter beispielsweise, die erklärt, daß sie gerne nachts arbeitet, wird wahrscheinlich anders darüber denken, wenn es auch ohne Nachtschichten Möglichkeiten gibt, sich um die Kinder zu kümmern und trotzdem genug zu verdienen. Extrem ungemütlich sind dagegen Diskussionen, die dazu mißbraucht werden, Kolleginnen oder Kollegen geäußerte Bedürfnisse auszureden: Diese Methode würde auf Dauer jeden Respekt vor den Gewerkschaften untergraben.

Ganz überflüssig werden Normen durch eine neue Tarifpolitik aber nicht. Denn Mindestanforderungen an das menschliche Dasein, z.B. wieviel Entgelt mindestens für ein menschenwürdiges Leben nötig ist, müssen in Tarifen festgeschrieben werden. Dazu brauchen Normen aber keinen Zwangscharakter annehmen.

Fernziel für gewerkschaftliches Handeln: Wiederbelebung des Subjekts der Beschäftigten

Nicht nur dem verdrängten Ich, sondern auch dem ausgelöschten Subjekt des Menschen muß wieder zu

seinem Recht verholfen werden. Dazu gehört zum einen, daß die Beschäftigten selber bestimmen können, wie sie ihre Arbeit ausführen wollen. Dazu gehört aber auch, daß sie auch entscheiden können, welche Ziele mit ihrer Arbeit verwirklicht werden sollen.

Wenn zur Zeit die Unternehmer darüber philosophieren, daß es nicht richtig sei, den Untergebenen alles bis ins Detail vorzugeben, und Überlegungen angestellt werden, wie deren Sachkompetenz in der Ausführung von Detailarbeiten genutzt werden kann, dann handelt es sich dabei nur um einen sehr kleinen Schritt zur Wiederbelebung des Subjekts. Darüber, wofür diese Detailarbeit geleistet werden soll, ist Mitdenken nur wenig und Mitentscheiden überhaupt nicht gefragt.

Dabei ist doch gerade der Umstand, daß nur einige wenige Manager darüber entscheiden dürfen, was produziert wird, ein wichtiger Grund für die gegenwärtige Krise auf dem Arbeitsmarkt. Denn diese kleine Clique von Führungskräften hat nur ganz beschränkte Vorstellungen darüber, welche Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigt werden müßten. Außerdem ist sie fast nie imstande, Überlegungen darüber anzustellen, was mit Produktionsmitteln angestellt werden kann, wenn für das bisher produzierte kein Bedarf mehr da ist. Zur Beantwortung dieser Frage haben natürlich die Bediener der Maschinen bessere Vorkenntnisse.

Völlig zu recht ist den Gewerkschaften die Beseitigung von Arbeitslosigkeit ein wichtiges Anliegen. Der richtige Hebel dafür wäre die Schaffung von Mitwirkungsmöglichkeiten der Beschäftigten an Produktentscheidungen. Es ist klar, daß zur Durchsetzung mindestens einige Jahrzehnte nötig sein werden. Aber in kleinen Schritten kann damit schon begonnen werden, erste Ansätze dazu gibt es ja bereits. So wurden z.B. in einigen Firmen, wo Arbeitsplatzabbau droht, Kreativitätszirkel über die Entwicklung von neuen Produkten eingerichtet. Und muß man damit wirklich immer erst warten, bis es brennt? Forderungen mit dem Ziel, Rechte der Belegschaften über Produktentscheidungen in Tarifverträgen oder im Betriebsverfassungsgesetz zu verankern, könnte der eigentlich unglaublichen Dreistigkeit von Managern Schranken setzen, die die Folgen ihres Versagens auf die Beschäftigten abwählen und zur Zeit aller Welt mit Erfolg weismachen, daß die Möglichkeiten zu immer größerem Wohlstand dazu führen, daß sich die Beschäftigten immer weniger leisten können.

Linke Winterschule 1996 in Schnepfenthal

Einladung

Wann und wo?

Anfang Januar findet zum achten Mal die von der ARGE Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung getragene Linke Schule in Schnepfenthal statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Die Kurse beginnen am **Donnerstag, den 4.1., um 14.00 Uhr** und enden je nach Vereinbarung am **Sonntag, den 7.1., gegen Mittag**, so daß Anreise und Abreise am Donnerstag bzw. Sonntag möglich und damit nur zwei Urlaubstage zu nehmen sind.

Wie stets findet die Schule im **Hotel Hermannstein, Am Hermannstein 12** (Tel. 0 36 22 / 29 17) statt. Der Ort ist zu erreichen: *mit dem Auto* von der A4 die Abfahrt Waltershausen und etwa 6 km in Richtung Friedrichsroda fahren; in Schnepfenthal nach der Bahnschranke die Hinweisschilder auf „Hotel Hermannstein“ beachten. *Mit der Bahn*: entweder umsteigen in Fröttstädt (liegt auf der Strecke Eisenach – Gotha) in den Zug in Richtung Friedrichsroda; Schnepfenthal hat einen eigenen Bahnhof. Oder umsteigen in Gotha und die Thüringerwaldbahn benutzen. Vom Bahnhof Schnepfenthal sind dann noch etwa 900 m zu laufen.

Die Tagungsstätte liegt landschaftlich sehr schön. Die Unterbringung erfolgt in Bungalows in Zweibettzimmern (wahlweise etwas preisgünstiger in Dreibettzimmern). Die Kosten für die Übernachtung plus Vollpension betragen knapp 60 DM pro Tag. (Vegetarische Kost ist möglich, wenn dies bei Ankunft abgesprochen wird.)

Anmeldungen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer • aus den westlichen Bundesländern bei: Christiane Schneider, c/o GNN Hamburg, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel 0 40 / 38 13 93, Fax 0 40 / 3 89 83 31; • aus den östlichen Bundesländern bei: Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. 0365/7 10 19 88.

Wir bitten um (verbindliche) Anmeldung bis zum 22.12.

AG Geschichte

Sozialistische Kommunalpolitik historisch und aktuell

Die folgenden Themenkomplexe werden behandelt:

- Pariser Kommune: Wie wirkt sich der neue Staat auf die kommunale Verfassung aus?
- Kommunale Räte 1918/19
- Die Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik
- Kommunale Realität in den neuen Bundesländern: PDS als Krisenverwalter in ostdeutschen Kommunen?
- Schwerpunkte antifaschistischer Kommunalpolitik heute – (jöd)

AG Wirtschaft

Kommunales Wirtschaften

Ein Ergebnis der letzten Sommerschule war, daß die AG Wirtschaft sich im Januar 1996 mit dem Thema „Kommunales Wirtschaften“ befassen will. Dies soll verbunden werden mit dem Thema Ausbildung und der Frage, welche Konsequenzen sich daraus ergeben, daß die Kapitalisten sich immer mehr der Verpflichtung zur betrieblichen Ausbildung entziehen. Voraussichtlich werden Mitglieder der AG Junge GenossInnen sich an der Vorbereitung dieses Punktes beteiligen.

Wie in den letzten Jahren soll eine Verbindung zwischen Auseinandersetzung mit aktueller Wirtschaftspolitik und theoretischen und praktischen Ansätzen alternativen Wirtschaftens stattfinden.

Folgende Themen sind zur Bearbeitung anhand von Materialien und Vorträgen vorgesehen:

1. Der derzeitige gesetzliche Rahmen kommunaler Wirtschaft
2. Aktuelle Entwicklungen in Thüringen und den westlichen Bundesländern
3. Theoretische und praktische Ansatzpunkte alternativen Wirtschaftens auf kommunaler Ebene

4. Theorie und Praxis der öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen in den östlichen und westlichen Bundesländern

5. Betriebliche Ausbildung, „duales Ausbildungssystem“ und kommunale Wirtschaft – (chc)

AG Philosophie

Staat und Religion

Im Kurs Philosophie soll geht es diesmal um den Problemkomplex „Glaube und Gewalt, Staat und Religion“. Das Thema ergab sich aus praktischen Gründen, da die Bedeutung des Fundamentalismus für die Politik zunimmt, einen Vorgeschmack bot der Kreuzkonflikt in Bayern. Andererseits führte uns auch die Auseinandersetzung mit Platons *Politeia* zur Vermutung, daß hier eine Traditionslinie im europäischen Denken angelegt ist, die aus dem Glauben an das ideale Gute die Legitimation zieht, als Agent dieses Guten Gewalt zur Besserung der weniger Erleuchteten zu üben. Zur Erörterung dieses Problems suchen wir gegenwärtig noch nach Texten bzw. Textauschnitten. Für das *Christentum* ist die Zeit des Übergangs von einer staatskritischen zur staatstragenden Religion im vierten Jahrhundert ein vielversprechender Zeitraum, in der *jüdischen Tradition* die Verarbeitung des Verlustes des Glaubensstaates in den Jahrhunderten nach nach der Zerstörung des Tempels durch den römischen Staat, für den *Islam* erwarten wir uns viel von dessen Auseinandersetzung mit der griechischen Philosophie, die dann auf Europa übergriff.

Die Zusammenstellung konkreter Textvorschläge wird bis zum Beginn des Kurses dauern. Autoren, die bis jetzt im Gespräch sind: Christentum: Augustinus, Boethius, Evangelien. Jüdische Tradition: Salomon Ibn Gebirol, Maimonides ... Islamische Tradition: Averroes, Avicenna, al-Ghazali Für die nächsten Ausgabe der *Politischen Berichte* ist eine Rezension eines Bloch-Textes über Avicenna in Vorbereitung. d Textvorschläge an Chr. Schneider (s.o.) – (maf)

Dokumente der Neukonstituierung

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Linken Sommerschule 1995 hatten vereinbart, für den frühen Herbst zu einer Arbeitstagung öffentlich einzuladen, auf der sich die Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – soziale Befreiung in und bei der PDS Thüringen als bundesweite Arbeitsgemeinschaft neu konstituiert. Diese Arbeitstagung fand am 1.10. in Erfurt unter Beteiligung von Menschen aus Thüringen, Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hamburg statt.

Die vorläufige Erklärung zur Neukonstituierung, mit der zur Arbeitstagung eingeladen wurde, ist auf dieser Seite dokumentiert.

Die ARGE gab sich eine Satzung, die ebenfalls noch vorläufig ist, weil Einwände gegen einige Regelungen nicht bzw. noch nicht ausreichend erörtert werden konnten. Das soll auf der nächsten Mitgliederversammlung, die im zeitlichen und örtlichen Zusammenhang mit der Linken Winterschule am 6. Januar stattfinden wird, nachgeholt werden.

Als Sprecherin und Sprecher wurden Christiane Schneider und Dieter Strützel benannt.

Weitere Fragen wie die Mitwirkung an Parteirat und Parteitag der PDS, der ARGE-Rundbrief, Regelungen zu den Finanzen und den Aufgaben und Befugnissen der Sprecher sowie Vorhaben der ARGE werden auf der Mitgliederversammlung am 6.1. , 19.00 Uhr, in Schnepfenthal, Hotel Hermannstein, beraten, zu der wir hiermit herzlich einladen.

(Christiane Schneider)

Vorläufige Satzung

1. Die ARGE ist eine Gemeinschaft, die für die Verständigung und das Zusammenwachsen der historisch-biographisch gewordenen Linken aus Ost und West in gemeinsamer Diskussion und koordinierter Aktion als Beitrag zu einer Neukonstituierung einer international solidarischen Linken nach der gemeinsamen weltweiten Niederlage in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts wirkt.

2. Sie sieht Chancen, die in Existenz, Programmatik und Statut der PDS für dieses Ziel gegeben sind;

für ein Einhalten auf dem verhängnisvollen Weg der durch Verwertungsbedürfnisse beherrschten, auf Wachstum und Expansion von Kapital orientierten Industriegesellschaft;

für einen uneingeschränkten emanzipatorischen Neuanfang menschlichen Zusammenlebens;

für den erforderlichen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft;

für eine Politik der produktiven Vielfalt, für eine diskutierende Partei von unten, gegen Ausgrenzung und Fortsetzung ideologischer Vernichtungskämpfe.

3. Sie wirkt daher in selbstbestimmter Entscheidung jedes einzelnen Mitglieds ihrer Gemeinschaft in Übereinstimmung mit dem programmatischen Grundkonsens und den statutarischen Rechten und Pflichten von Arbeitsgemeinschaften in und bei der PDS.

4. Ihre Mitglieder verpflichten sich mit dem Eintritt untereinander und gegenüber den Gliederungen der PDS und anderer gesellschaftlicher Organisationen zu gegenseitiger Achtung, zu Suche nach Konsens, zur Achtung von Mehrheiten und zum Schutz von Minderheiten, zum Verzicht auf alle Formen von Hegemonie. Sie erwarten Gleiches von anderen als Voraussetzung für einen partnerschaftlichen Umgang.

5. Sie ist offen für alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen, insofern und solange sie sich im Sinne dieser Grundaussagen betätigen wollen. Sie organisiert ihre Tätigkeiten nach basisdemokratischen Grundsätzen, die allen Mitwirkenden gleiche Rechte sichern. Die Mitgliedschaft wird durch Erklärung gegenüber der Mitgliederversammlung oder dem Sprecherrat bekundet. Sie wird sechs Wochen nach der Erklärung wirksam. Es gibt nur die persönliche Mitgliedschaft. Die Zugehörigkeit zu anderen Organisationen ist den Mitgliedern unbenommen.

6. Fühlen sich Mitglieder der ARGE oder von Gliederungen der PDS durch die erklärte oder praktizierte Mitgliedschaft einzelner Personen oder durch die

Tätigkeit von Mitgliedern der ARGE in anderen Zusammenhängen in ihren Rechten und Werten verletzt, so können sie das der ARGE gegenüber unter Darlegung der Gründe kundtun. Die Mitgliederversammlung ist verpflichtet, diesen Widerspruch in einer den vorgebrachten Gründen angemessenen Frist zu verhandeln, und kann den Betroffenen mit Zweidrittelmehrheit die Mitarbeit in der Gemeinschaft verwehren. Den Widersprechenden steht die Teilnahme an einer solchen Verhandlung frei. In jedem Fall sind ihnen Verlauf und Ergebnis der Verhandlung unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Wer mit der Entscheidung nicht einverstanden ist, kann die Schiedskommission der PDS anrufen.

7. Einziger Souverän der ARGE ist die Mitgliederversammlung. Sie findet mindestens einmal im Halbjahr statt. Mitglieder, die nicht an der Versammlung teilnehmen, können sich von anderen vertreten lassen. Diese Vertretung umfaßt das Vorbringen von Standpunkten in der Debatte und das Einbringen von Anträgen. Abstimmen und das aktive Wahlrecht ausüben können nur Anwesende.

8. Die Mitgliederversammlungen sind öffentlich und entsprechend vorher öffentlich bekanntzumachen. Jede Frau und jeder Mann haben das Rederecht. Erklärungen zur Mitgliedschaft werden sechs Wochen nach Abgabe wirksam. Erklärungen zur Mitgliedschaft zu Beginn der aktuellen Mitgliederversammlung bedürfen des Konsenses der Mitgliederversammlung. Wird Widerspruch geäußert, gilt die Sechs-Wochen-Frist.

9. Die Mitgliederversammlung wählt in allgemeiner, direkter und geheimer Wahl mindestens zwei gleichberechtigte Sprecherinnen und Sprecher sowie die der ARGE zugebilligten Vertreterinnen und Vertreter für den Parteirat sowie den Bundesparteitag der PDS. Gewählt ist, wer 50% + 1 Stimmen der Wahlberechtigten erhält. Durch die Annahme der Wahl verpflichten sich die Gewählten, über ihre Tätigkeit für die ARGE der MV zu berichten.

10. Die Mitgliederversammlung berät und entscheidet im Konsens oder mit einfacher Mehrheit über politische Standpunkte wie über praktische Projekte und die erforderlichen materiellen Voraussetzungen. Eine Entscheidung im Konsensverfahren ist erforderlich, wenn dies von einem Viertel der stimmberechtigten Mitglieder gefordert wird. Satzungsänderungen, die Verweigerung der Mitgliedschaft sowie die Aberkennung von Wahlmandaten (Abwahl) bedürfen einer Zweidrittelmehrheit.

11. Die Mitgliederversammlung beschließt über ihren nächsten Termin und inhaltliche Schwerpunkte ihrer nächsten Tagung. Fordert ein Viertel der erklärten Mitglieder die Einberufung einer außerordentlichen MV, ruft der Sprecherrat die außerordentliche MV ein. Weigert sich der Sprecherrat, haben die Erstunterzeichneten des Antrags das Recht, die Versammlung einzuberufen.

Vorläufige Erklärung zur Neukonstituierung

Mit dem Landesverband Thüringen der PDS wurde auch die Arbeitsgemeinschaft (neudeutsch ArGe) „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ gegründet. Ihr Ziel war und ist das Zusammenwachsen der historisch-biographisch gewordenen Linken aus Ost und West in gemeinsamer Diskussion und koordinierter Aktion als Beitrag zu einer Neukonstituierung einer international solidarischen Linken in Deutschland nach der gemeinsamen weltweiten Niederlage in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. Bei der Verarbeitung dieser Erfahrungen erweist sich die Tradition theoretischer oder politischer Alleinvertretung sozialer Bewegungen als verhängnisvoll. Die ArGe leistet gegen all solche Versuche Widerstand und ist deswegen ganz bewußt um eine diskursiv angelegte Meinungsbildung bemüht und sieht Vielfalt und Verschiedenheit nicht im Gegensatz, sondern als Bestandteil politischer Klärungsprozesse („Partei von

unten“). Resultat und Stätte des Kommunikations- und Kooperationsprozesses der ArGe sind die Rundbriefe und das seit dreieinhalb Jahren kontinuierlich und erfolgreich betriebene Projekt der Linken Sommer- bzw. Winterschulen. In ihnen erfolgt ein Verständigungsprozeß von Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS aus Thüringen, Berlin und den westlichen Landesverbänden. Im Vorfeld der 2. Tagung des IV. Parteitags hielten es die zur Sommerschule 1995 versammelten Mitglieder der ArGe für angebracht, sich über Schule und Rundbriefe hinaus in die Diskussion und Politik der PDS einzubringen. Das heißt, den inhaltlichen Anliegen der ArGe ein breiteres, bundesweites Diskussionsforum zu schaffen und ein umfassenderes Zusammenwirken zu ermöglichen. Die bei der Sommerschule in Schnepfenthal versammelten Mitglieder der ArGe meinten, daß dazu die inhaltliche und formale Bestimmung der Arbeit festzuhalten sei (Grundsatzerklärung, Satzung), und kamen überein, dazu zu einem Arbeitstreffen in Erfurt einzuladen. Als inhaltliche Anliegen der ArGe haben sich in der Diskussion und Praxis der letzten Jahre Gesichtspunkte ergeben, die - auf der Grundlage des Programmes der PDS und in Anerkennung der Landesatzung der PDS Thüringen etwa wie folgt formuliert werden können:

- „Soziale Befreiung“ von der Herrschaft des Kapitalverwertungsbedürfnisses zugunsten sozialer Grundrechte, wie sie auch in den Menschenrechten verankert sind. (Aktuell: Stopp der Umverteilung von unten nach oben, Geltendmachen des Sozialpflichtgebotes des Grundgesetzes, Verteidigung und Ausbau der Lebensfähigkeit der Kommunen.) Befreiung von allen Formen rassistischer, nationaler, sexistischer, kultureller und ökonomischer Diskriminierung.

- „Konkrete Demokratie“: Widerstand gegen die zur Staatsräson erhobenen Versuche, innere und äußere Konflikte durch vermehrte Macht und Gewalt zu lösen. Ablehnung aller an Herrschaft gebundenen Macht. Jetzt und praktisch Eintreten für jedes mögliche Beschränken und Zurückdrängen von Herrschaft und die Verminderung der an sie gebundenen Macht. In einer Welt der Übermacht eines Geschlechts über das andere, des Nordens über den Süden, des Kapitals über die lebendige Arbeit, der Apparate über die lebenden Menschen, von Massenmedien über die Öffentlichkeit von Bürgerinnen und Bürgern wollen wir das Recht auf Widerstand als Grundlage aller Menschenrechte verfechten, versuchen, Gegenmacht zu mobilisieren, und uns mit allen solidarisieren, die Gleiches tun. Selbst an das Prinzip des gewaltfreien Widerstandes, der friedlichen Gegenmacht gebunden, anerkennen wir das Recht auf angemessene Notwehr. Wir wissen aus schmerzlicher eigener Geschichte, daß ein Ausweg aus dem verhängnisvollen Zirkel von Auge um Auge, Zahn um Zahn, Diktatur um Diktatur gefunden werden muß. Die sozialistische Bewegung hat lernen müssen, daß jeder Schritt weg von der Demokratie gegen die eigene emanzipatorische Bewegung zurückschlägt. Konkrete Demokratie in Verteidigung und Fortführung der demokratischen Verfaßtheit der Gesellschaft, wie sie sich auch im Grundgesetz der BRD niedergeschlagen hat, heißt aktuell: Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, Überwindung der obrigkeitstaatlichen Einschränkungen der Kommunalverfassungen, Widerstand gegen alle Beschneidungen der individuellen und kollektiven Grundrechte. Ausbau der grundgesetzlichen Mitwirkung in Wahlen und Abstimmungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, Widerstand gegen die Usurpation der politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger durch die Parteien, Überwindung der Herrschaft von Cliquen, Klüngeln und Geld in den modernen Parteien, strikte Verteidigung – auch in der PDS – der blutig verfolgten und geistig unterdrückten Traditionen der radikalen Demokratie und des demokratischen Kommunismus. Auf der Beratung am Sonntag, den 1.10., um 12.30 in Erfurt, Eislebener Str. 1 wäre nach unserer Meinung über solche Gesichtspunkte für eine Grundsatzklärung und anhand eines Entwurfes, der vorliegen wird, über die nötigen Satzungsbestimmungen zu sprechen. Außerdem wird an diesem Termin auch die Schlußredaktion für den nächsten Rundbrief stattfinden.

Unterzeichner/innen: Sabine Fache (PDS Thüringen), Martin Fochler (PDS Bayern), Mario Hesselbarth (PDS Thüringen), Christiane Schneider (PDS Hamburg), Dieter Strützel (PDS Thüringen).